Die Internationale

Jahrgang 2 Ausgegeben am 1. Dezember 1920 Heft 26

Adresse für Zusendungen:
„Die Internationale", Berlin S 14, Annenstraße 1 (Arbeiter-Buchhandlung)
Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Friedrich Engels politisches Testament.

Von V. Göh.

Es ist ein äußeres Zeichen für den Siegeslauf des Marxismus, daß die Epigonen der kleinbürgerlichen Demokratie und des kleinbürgerlichen Sozialismus des 19. Jahrhunderts nicht anders vor die Oeffentlichkeit treten und treten können, als wenn sie sich als die Erben von Marx und Engels ausgeben. Aber haben sie nicht in einem Falle recht? Und enthält nicht jene Schrift von Engels, die man sein politisches Testament genannt hat, die berühmte Vorrede zu den „Klassenkämpfen in Frankreich", die Absage an die gewaltsame Revolution, jene Gegenüberstellung von parlamentarischem und revolutionärem Kampf, die Sanktionierung des Nurparlamentarismus? Hatte Kautsky nicht recht, wenn er dieses Testament zur Grundlage seiner „Ermattungsstrategie" gemacht hat, deren Auswirkungen wir heute in der Politik der U. S. P. erleben?

Ja und nein. Ja, wenn man das Lebenswerk von Marx und Engels als einen Garderobenschrank betrachtet, aus dem man bei jeder Gelegenheit den passenden Anzug hervorholt, wenn man Parlamentarismus und Reform einerseits, Massenaktion und Revolution andererseits als einander ausschließende Gegensätze betrachtet, mit einem Worte: wenn man nicht von der konkreten Situation ausgeht, wenn man den Klassenkampf des Proletariats betrachtet nicht als einen historischen Prozeß, der die Massen zur Zertrümmerung der Staatsmacht der Bourgeoisie führt, denn da lösen sich die scheinbaren Widersprüche auf als notwendige Stadien im allgemeinen Prozeß, der zur Revolution führt, sondern wenn man ihn ganz abstrakt auffaßt und es die einzelnen Momente in der geschichtlichen Entwicklung nicht als Glieder eines ganzen, sondern für sich selbst erscheinen und so der ganze Weg zur proletarischen Revolution unabsehbar erscheint.

Wenn man aber die Sätze, die Engels im Jahre 1895 geschrieben hat, marxistisch betrachtet, d. h. als taktische Anweisung für eine bestimmte historische Situation und sie den veränderten Verhältnissen gemäß umändert, gelangt man zu ganz anderen Ergebnissen wie Kautsky und seine Jünger.

Wenn man die Dinge so betrachten will, bietet nichts einen besseren Leitfaden als die Schrift von Engels selbst. Diese Schrift ist eine geniale Untersuchung über die Bedingungen und Voraussetzungen der proletarischen Revolution. In der allgemeinen historischen Betrachtung treten die so oft wiederholten Sätze ganz in den Hintergrund. Es ist charakteristisch für die Kautskyaner, daß sie gerade diese Stellen aufgegriffen haben.

Engels untersucht zunächst den Verlauf der Revolution von 1848, die Geschichte nach 1848 und kommt zu folgendem Ergebnis: Es müssen vor allem die ökonomischen Voraussetzungen für die Revolution herangereift sein, während 1848 und später der Kapitalismus noch sehr ausdehnungsfähig war. Die proletarische Revolution kann auch nicht wie die bürgerliche als Handstreich einer Minderheit siegen, sie muß getragen sein von der bewußten Aktion der proletarischen Massen. Und 1848 und später noch in der Kommune war der Marxismus noch nicht in die Massen des Proletariats gedrungen. Engels sagt wörtlich:

„Die Zeit der Ueberrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt. . ."

Und daraus folgert Engels im Jahre 1895, zur Zeit der Hochblüte des Kapitalismus, wo große Massen des Proletariats noch Vorteile vom bürgerlichen Staat erlangen konnten, wo noch größere Massen vollkommen in der bürgerlichen Ideologie befangen waren, daß man alle Mittel anwenden müsse, um an die Massen überhaupt heranzukommen.

Und Engels schreibt die berühmten Sätze:

„Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst deren die Arbeiter-

Klasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.

Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet."

Dann folgen die bekannten Darlegungen über die Aussichtslosigkeit des Straßenkampfes.

Die Kritik der Barrikadenkämpfe erscheint hier in ganz anderem Lichte. Es ist eine Kritik des Versuchs, die alten blanquistischen Methoden in einer Zeit anzuwenden, wo die Masse des Proletariats noch in bürgerlichen Vorurteilen befangen war. Es ist eine Entgegenstellung nicht von Revolution und Parlamentarismus, sondern von Putsch und Massenaktion.

Freilich konnte dieser Gegensatz in der damaligen Periode, wo die objektiven Voraussetzungen für die revolutionären Massenaktionen fehlten, wo die spezifische Form für den Kampf der Massen um die Macht, die weder ausgeklügelt noch erfunden werden kann, noch nicht entdeckt war, nicht klar genug ausgedrückt werden. Die Kritik von Engels wurde notwendig einseitig negativ; so mußte die Verneinung des Barrikadenkampfes nach 48er Muster als eine Verneinung des bewaffneten Aufstandes überhaupt erscheinen.

Die wesentlich reformistische parlamentarische Taktik mußte in vielen Köpfen sich aus einem Mittel, die Massen zur Aktion zu gewinnen, in einen Selbstzweck verwandeln. So wurde von den findigen Auslegern die Gegenüberstellung von Engels verallgemeinert zu einer Gegenüberstellung von Parlamentarismus und Massenaktion, und Engels zum Vater der Kautskyschen „Ermattungsstrategie" proklamiert.

Engels selbst sah ganz deutlich die Grenzen der Taktik, die er damals empfohlen hatte. Aus taktischen Rücksichten hatte er vielleicht zu sehr die Ablehnung von Aufstandsversuchen, Straßenkämpfen usw. in den Vordergrund gestellt. Doch verkannte er keineswegs die kleinbürgerlichen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung. Seine Auffassung aber war, im Interesse der Massenbewegung diese Gegensätze, die vorläufig nur theoretisch waren, zurückzustellen, bis sie von der Bewegung der Massen selbst überwunden werden. So schreibt er noch 1885 an Sorge:

„Sobald wir aber wieder etwas Elbow-Room in Deutschland haben, wird die Spaltung wohl kommen und dann nur nützen. Eine kleinbürgerlich-sozialistische Fraktion ist in einem Lande wie Deutschland unvermeidlich, wo das Spießbürgertum, noch mehr als das historische Recht, „keinen Datum nicht hat". Sie ist auch nützlich, sobald sie sich getrennt von der proletarischen Partei konstituiert hat. Diese Trennung aber würde jetzt nur schaden, wenn sie von uns provoziert würde. Sagen sie selbst sich aber faktisch vom Programm los, dann ist's um so besser und man kann draufschlagen . . ."

In einem Brief über die amerikanische Bewegung von 1886 sagt Engels:

„Es ist bedeutend wichtiger, daß die Bewegung sich ausbreite, harmonisch vorangehe, Wurzel fasse und soviel als möglich das ganze amerikanische Proletariat umfasse, als daß sie von vornherein auf theoretisch vollständig korrekter Bahn fortschreite. An den eigenen Fehlern zu lernen, „durch Schaden klug werden", ist der beste Weg zu theoretischer Klarheit des Verständnisses . . .

Unsere Theorie ist kein Dogma, sondern die Darstellung eines Evolutionsprozesses. Und dieser Prozeß bringt aufeinander folgende Erscheinungen (verschiedene Phasen) zutage."

Engels verkannte auch keineswegs die Tendenzen, die zu einer Aenderung der von ihm vorgeschlagenen Taktik führen mußten. Er verkannte keineswegs die umwälzende Rolle der Kartelle und Trusts. Wiederholt schrieb er, daß ein Weltkrieg in jenem Stadium zu einer revolutionären Krise führen müsse. Er war sich vollständig darüber im Klaren, daß die Entwicklung der allgemeinen Wehrpflicht die Bedingungen der Barrikadenkämpfe und des bewaffneten Aufstandes ändern müsse, wenn die Masse der Soldaten von der revolutionären Propaganda erfaßt sein wird.

Die Entwicklung nach Engels Tode mußte notwendig zu einer Aenderung der von ihm im Jahre 1895 empfohlenen Taktik führen im Namen seines allgemeinen Grundsatzes, des revolutionären Kampfes der Massen des Proletariats. Die imperialistische Entwicklung zeigte deutlich die Grenzen des Kapitalismus selbst, kündete den Anbruch einer revolutionären Periode an. Der Imperialismus war ganz deutlich als eine Epoche des Niedergangs des Kapitalismus zu erkennen, offenbarte den völligen Bankrott der bürgerlichen Demokratie. Die Massen des Proletariats hatten keine Vorteile vom Kapitalismus mehr zu erwarten. Auf Reformen war nicht mehr zu rechnen, der bürgerliche Staat enthüllte sich offen als die Diktatur des Kapitals. Somit waren die objektiven Voraussetzungen für die revolutionäre Aktion der Massen gegeben. Der rein defensive parlamentarische Kampf war angesichts der wachsenden

Not der proletarischen Massen, der immer mehr drohenden Kriegsgefahr überlebt, es mußte zum offensiven Massenkampf übergegangen werden.

Die russische Revolution war das erste Zeichen der kommenden Stürme. Die russische Revolution hat der proletarischen Revolution der ganzen Welt den Weg gewiesen, sie hat zugleich alle typischen Kampfesformen des Proletariats in der Revolution entwickelt. Die gewaltigen Massenaktionen des russischen Proletariats haben das Problem, das Engels gestellt hat, gelöst, die russische Revolution hatte die Fehler von 1848 überwunden, sie war das bewußte Werk der proletarischen Massen.

Das Verdienst, dies erkannt und dadurch die Einseitigkeiten der Engelschen Einstellung vom Jahre 1895 überwunden zu haben, gebührt Rosa Luxemburg. Ihre Broschüre über den Massenstreik ist die direkte Fortsetzung von Engels politischem Testament. Sie schreibt dort:

„Der Massenstreik, wie ihn die russische Revolution zeigt, ist nicht ein pfiffiges Mittel, ausgeklügelt zum Zwecke einer kräftigeren Wirkung des proletarischen Kampfes, sondern er ist die Bewegungsweise der proletarischen Masse, die Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution . . .

In den früheren bürgerlichen Revolutionen, wo einerseits die politische Schulung und Anführung der revolutionären Masse von den bürgerlichen Parteien besorgt wurde und wo es sich andererseits um den nackten Sturz der alten Regierung handelte, war die kurze Barrikadenschlacht die passende Form des revolutionären Kampfes. Heute, wo die Arbeiterklasse sich selbst im Laufe des revolutionären Kampfes aufklären, selbst sammeln und selbst anführen muß, und wo die Revolution ihrerseits ebenso gegen die alte Staatsgewalt, wie gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichtet ist, erscheint der Massenstreik als das natürliche Mittel, die breitesten proletarischen Schichten in der Aktion selbst zu rekrutieren, zu revolutionieren und zu organisieren, ebenso wie es gleichzeitig ein Mittel ist, die alte Staatsgewalt zu unterminieren und zu stürzen und die kapitalistische Ausbeutung einzudämmen . . .

Die frühere Hauptform der bürgerlichen Revolutionen, die Barrikadenschlacht, die offene Bewegung mit der bewaffneten Macht des Staates ist in der heutigen Revolution nur ein äußerster Punkt, nur ein Moment in dem ganzen Prozeß des proletarischen Klassenkampfes . . ."

Massenstreik bedeutet hier nicht den Generalstreik, wie ihn die Gewerkschaftler auffassen, sondern den ganzen wechselvollen langen Prozeß des proletarischen Massenkampfes in der Revolution, der im bewaffneten Aufstand gipfelt. Der bewaffnete Aufstand, den Engels in seiner Erscheinungsform von 1848 kritisierte, ersteht so wieder auf als bewußte Aktion der Massen selbst.

Gegenüber dieser Auffassung, die den Hauptgrundsatz des Engelsschen Testaments weiter führte und weiter entwickelte für den

Kampf um die Diktatur des Proletariats, seine Kritik des Putschismus durch die Kritik des Nur-Parlamentarismus ergänzte, beriefen sich die Kautskyaner auf den Buchstaben der Engelsschen Schrift und zwar ausgerechnet auf die Stellen, die sich auf die bestimmte Situation in Deutschland nach dem Sozialistengesetz beziehen.

In der späteren Entwicklung — Weltkrieg und Revolution — hat sich dieser Buchstaben-Marxismus als glatter Verrat an der Revolution erwiesen. Es sind die Kommunisten gewesen, die sich als die Testamentsvollstrecker von Engels erwiesen haben, indem sie alles daran setzten, um die Massen für die Aktion, für den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen, in Erfüllung des Satzes aus der Schrift von Engels, der da heißt:

„Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie eintreten sollen."

Die Vereinigte Kommunistische Partei.

(Zum Verschmelzungsparteitag vom 3. Dezember.)

Am 4. Dezember, rund zwei Jahre nach Gründung der Kommunistischen Partei, wird der alte Spartakusbund durch organisatorische Vereinigung mit der Linken der Unabhängigen Partei sich zur Vereinigten Kommunistischen Partei erweitern. Der Tag, an dem der Parteitag beginnt, der dieses Ereignis formell vollziehen soll, bezeichnet streng genommen weder den Beginn der Verschmelzung noch den Abschluß: denn politisch genommen hat die Zusammenarbeit beider Parteien schon eingesetzt unmittelbar nach dem Moskauer Kongreß, organisatorisch hat sie angefangen nach dem Parteitag zu Halle; und wenn sie organisatorisch im wesentlichen abgeschlossen werden wird durch den Parteitag, so wird sie politisch sicherlich nicht durch ein solches Datum wie mit dem Zirkel abgezirkelt sein.

Die politische Verschmelzung zweier Parteien mit so verschiedenem Entwicklungsgang, mit einer so langen Tradition der wechselseitigen Gegnerschaft und Kritik, kann nicht mit dem Kalenderdatum, das die organisatorische Verschmelzung festsetzt, abgeschlossen sein. Das ist geschichtlich gesprochen, eine platte Selbstverständlichkeit. Programmatische und taktische Traditionen schleppen immer ein Bleigewicht nach. Was davon überwunden werden muß, wird überwunden durch die stärkste aller

Kritiken, durch die Kritik der gemeinsamen Aktion, die ergänzt werden muß durch die Aktion der gemeinsamen Kritik.

Die bevorstehende Verschmelzung hatte die letztere, die wechselseitige Kritik, vielleicht mehr in den Hintergrund treten lassen, als ratsam war. Die vollzogene Verschmelzung wird die wechselseitige Parteikritik zur inneren, zur Selbstkritik der Partei machen und es ist zu wünschen, daß sie so lebendig und scharf wie möglich wird, denn sie ist die Lebensluft einer gesunden Partei.

*

Je weiter der Rahmen der Kommunistischen Partei sich ausdehnen wird, je straffer sie im Gang der Revolution genötigt sein wird, Zentralisation und Disziplin zu spannen, um so notwendiger wird die Selbstkritik werden.

Wenn es nötig war, zur Ueberwindung von mancherlei Reibungsflächen, zur Schaffung der Temperatur, die für eine Verschmelzung notwendig ist, die andere Seite, das Zusammentreffen, der verschiedenen geschichtlichen Entwicklungslinien beider Parteien in den Vordergrund zu schieben, so scheint es uns nunmehr angebracht, diese Seite mehr hervorzuheben.

Revolutionäre Zuversicht, revolutionärer Optimismus waren von Nöten, um den Schritt der Vereinigung zu tun. Aber die Partei wäre des Namens einer revolutionären Partei nicht wert, würde sie nicht diesem berechtigten und notwendigen Optimismus in Zukunft nicht die reichliche Gabe revolutionärer, d. h. rücksichtsloser Selbstkritik hinzufügen. Sie kann dadurch an innerer Stärke und Geschlossenheit nur gewinnen, ja diese ist dadurch nur erst herzustellen; während ihr nichts mehr schaden könnte, als ein Nichtaussprechen und Nichtaustragen von Differenzen, wo sie noch vorhanden sind oder wo sie noch auftauchen. Die Partei wird ein gemeinsames Aktionsprogramm annehmen, die Gemeinsamkeit und Geschlossenheit der Aktion wird jedoch — wieder eine Selbstverständlichkeit, die jedoch gesagt werden muß, weil sie leicht übersehen wird — nicht durch das Programm allein gewährleistet. Ein Programm kann immer nur allgemeine Richtlinien geben, es kommt auf die Anwendung im Einzelnen an und auf den Geist, der dabei bestimmend ist. Dieser Geist ist ein geschichtliches Produkt, nur die lebendige Geschichte selbst kann ihn erzeugen und befestigen. Organisatorische Bestimmungen sind dabei eine Hilfe, aber auch nie mehr als eine Hilfe, ein Auskunftsmittel, und es wäre so verkehrt als möglich, sich auch nur vorwiegend auf irgendwelche organisatorischen Garantien zu stützen. Die einfachsten Auskunftsmittel sind durchaus nicht immer die zweckmäßigsten und wirksamsten.

Die Aufgaben, vor die die Revolution die Vereinigte Kommunistische Partei stellt, sind gewaltig. Sie sind programmatisch in knappen, einfachen, klaren Formeln zu bestimmen, aber die Revolution ist immer mannigfaltiger, verwickelter, reicher als jede Formel, und je umfassender die Aufgaben, die zu lösen sind, je näher sie an das nächste große Ziel, die Eroberung der politischen Macht, heranrücken, um so größere Anforderungen werden an die Fähigkeit der Partei gestellt, die größte taktische Beweglichkeit mit der absoluten grundsätzlichen Sicherheit zu verbinden.

Ein Beispiel dafür ist die Aufgabe, die die Partei innerhalb der Gewerkschaften hat. Die nächsten entscheidenden Fortschritte der Revolution wie der Partei sind an die Bewältigung dieser Riesenaufgabe geknüpft. Die revolutionäre Aufgabe der Produktionskontrolle, nicht minder aber die geschlossene und entschlossene Kampfstellung der mehrheitssozialistischen und rechtsunabhängigen Gewerkschaftsbürokratie zwingen die Partei, die Revolutionierung der Gewerkschaften unverzüglich und mit ganz anderer Intensität und Zielklarheit, als das bis jetzt der Fall war, in Angriff zu nehmen. Taktische Fehler können dabei von verhängnisvoller Wirkung werden. Jetzt schon aber ist übersehbar, daß diese Aufgabe im Einzelnen sehr verwickelt ist und die überraschendsten Wendungen mit sich führen kann.

Dies nur ein Beispiel unter vielen.

Ein neues breites Feld eröffnet sich für die Vereinigte Partei auf dem Gebiet der parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag, in den Landtagen und den Gemeinden. Ein sehr klippenreiches Feld: denn die Grundlinien kommunistischer Taktik auf diesen Gebieten liegen nur in den allgemeinsten Umrissen fest. Sie müssen im Einzelnen in der Schule der Erfahrung ausgemittelt werden.

Das Aktionsprogramm, das dem gemeinsamen Parteitag vorgelegt wird, — die Leser finden es hier abgedruckt — versucht, die Erfahrungen zweier Jahre der Weltrevolution zu verwerten. Ein Vergleich mit dem Spartakusprogramm, aus dem es so viel Bausteine als möglich aufgenommen hat, lehrt, daß an den Grundlagen des Baues nur wenig zu ändern war. Aber der Ausgangspunkt ist verschieden und eine Reihe taktischer Probleme, die damals noch nicht sichtbar waren, sind aufgetaucht und mußten ausgewertet werden. Das Programm des Spartakusbundes knüpfte an an den ersten Abschnitt der Revolution, der in der äußeren Form das proletarische Gepräge trug, die Form der Arbeiter- und Soldatenräte, während der politische Inhalt dieser Formen noch bürgerlich-demokratisch war. Damals galt es, an diese ersten instinktiven Schritte der proletarischen Revolution anzuknüpfen, und

den Arbeitern praktisch zum Bewußtsein zu bringen, wie von diesen dumpfen Anfängen auf dem kürzesten Wege zum Inhalt der proletarischen Revolution zu gelangen sei, wie die Arbeiterräte aus nominellen Souveränen, aber tatsächlichen Hilfsorganen und Feigenblättern des bürgerlichen Staates, in wahre Souveräne, in die Lenker des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens zu verwandeln seien. Diesen Weg hat das Programm des Spartakusbundes in klassischer Weise vorgezeichnet.

Die breiten Massen der Arbeiterklasse sind diesen kürzesten Weg nicht gegangen. Sie verweilten allzulange in den Bahnen der Demokratie. Die Bourgeoisie erholte sich, während die Arbeiterklasse zögerte. Da die Arbeiterklasse ihre Räteorgane nicht rasch genug zu dem der proletarischen Revolution angemessenen Inhalt fortzuentwickeln vermochte, da sie nicht verstand, sie in Organe der proletarischen Diktatur zu verwandeln, so gelang es der Bourgeoisie, diese Formen, die nur Formen blieben, noch einmal zu zerbrechen. Da die Arbeiterräte die bürgerlichen Staatsorgane nicht zu beseitigen wagten, so beseitigten diese Staatsorgane die Arbeiterräte. Die ersten Ansätze der Arbeiterräte, statt sich fortzuentwickeln, entwickelten sich rückwärts und verschwanden schließlich unter den Sensenhieben des Noskeregiments.

Heute müssen diese Formen erst wieder neu geschaffen werden. Aber der Maulwurf der Revolution hat gut gewühlt unterdessen. Die bürgerliche Demokratie, die vor zwei Jahren noch die Arbeitermassen mit jugendlichen Reizen, mit der Anziehungskraft des Unbekannten lockte, hat inzwischen Zeit gehabt, ihre wahre Gestalt vor den Arbeitern zu enthüllen. Heute, wo die Formen der proletarischen Demokratie, die Arbeiterräte, verschwunden sind, sind gleichzeitig die geistigen Grundlagen der bürgerlichen Demokratie in den Arbeiterklassen, wenn auch sicherlich noch nicht ganz verschwunden, so doch im Verschwinden begriffen.

Dieser Stand der Dinge bedingt eine andere taktische Einstellung des Programms. Damals vor zwei Jahren war der Weg zu zeigen von der erst formellen zur wirklichen Herrschaft des Proletariats, heute von der formellen und tatsächlichen Herrschaft der Bourgeoisie zur tatsächlichen und formellen Herrschaft des Proletariats.

Weiter. Zu Beginn der Revolution wurzelte in den proletarischen Massen noch der Gedanke, der Wiederaufbau der Wirtschaft und erträgliche Lebensbedingungen für das Proletariat seien noch im Rahmen des kapitalistischen Systems, durch die Teilung der Herrschaft mit der ausbeutenden Klasse im Betrieb, durch die wirtschaftliche „Demokratie“ und durch die Hilfe des Ententekapitalismus zu erreichen.

Zwei Jahre immer tieferen, hoffnungsloseren Zerfalls der Wirtschaft, zusammen mit den Wirkungen des Versailler Vertrags, haben diese naiven Illusionen zerstört.

Alles das, was das Programm des Spartakusbundes als Perspektiven der Revolution und der Konterrevolution entwickelte, alle diese theoretischen Voraussagungen sind eben dadurch, daß die Arbeiterklasse sie noch nicht erfaßte, praktische Erfahrungen geworden.

Dieser Gang der Dinge drückt sich im Entwicklungsgang des Kommunismus in Deutschland aus. Zu Beginn der Revolution eine kleine Schar, die dem Kommunismus folgte aus der die Erfahrung vorwegnehmenden Einsicht, zuweilen aber auch nur aus dem die Erfahrung überspringenden Temperament. Nach zwei Jahren der Revolution der Ansatz einer Massenpartei als Niederschlag der revolutionären Erfahrung breiter proletarischer Massen, kristallisiert durch die ständig auf sie wirkende theoretische Einsicht.

Die Vereinigte Kommunistische Partei unterscheidet sich also von der Kommunistischen Partei vom Dezember 1918 nicht nur durch den äußeren Umfang. Sie unterscheidet sich von ihr wie der Mann vom Jüngling.

Das Mannesalter ist die Zeit der Erfüllung! A. Th.

Aktionsprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

(Entwurf.)

I.

Der beispiellose Zusammenbruch der deutschen Militärmacht auf den französischen Schlachtfeldern eröffnete für Deutschland das Zeitalter der Revolution. Vier Jahre waren Arbeiter und Soldaten der Raubfahne des Imperialismus gefolgt, zu Millionen zerrissen und verstümmelt auf Tausend Schlachtfeldern, verkommen im Schmutz und Schlamm der Schützengräben, die die Erdteile durchzogen, eisern niedergehalten durch die brutale Militärdespotie in Deutschland, Weiber und Kinder ausgeplündert und ausgehungert von den Hyänen des Kapitals. Vier Jahre ließen sie sich führen und schleppen gegen die Arbeiter und Soldaten, die der englische, französische, italienische, amerikanische Imperialismus an seinen Wagen gespannt, aber auch gegen das russische Proletariat, das die Fesseln des Zarismus, der Großgrundbesitzer und Ausbeuter gesprengt hatte, aber auch gegen die finnischen Arbeiter, die

sich gegen die Bourgeoisie erhoben hatten: Vier Jahre Mordknechte des Imperialismus und Schlächter der proletarischen Revolution im Namen des deutschen Kapitals.

Die militärische Niederlage brach den Zauber, löste den Bann der Unüberwindlichkeit der deutschen Militärherrschaft. Arbeiter und Soldaten erhoben sich gegen ihre militärischen Unterdrücker und die, die das Gebäude der Militärherrschaft krönten, die Hohenzollern und die anderen Fürstendynastien. Den Offizieren wurde die Führung aus der Hand gerissen, Soldaten- und Arbeiterräte sprangen wie mit einem Zauberschlag aus dem Boden. Die Hohenzollern und die anderen Dynastien verschwanden wie Nebelstreifen.

Aber die Bourgeoisie blieb zurück. Schon im Begriff, die Hohenzollern der Entente zu opfern, gaben sie die Fassade ihrer Klassenherrschaft, die Monarchie, dem heraufziehenden revolutionären Gewitter preis, um ihre Klassenherrschaft selbst zu retten, und neu aufzubauen in der Gestalt der bürgerlichen Republik.

Die Sozialdemokraten, die Ebert und Scheidemann, die treuen Diener des Imperialismus im Weltkriege, die Verräter des Sozialismus und Bekämpfer der Revolution bis zuletzt, und die Unabhängigen Führer vom Schlage der Haase-Dittmann, die den Imperialismus durch Verständigung zu zähmen gedachten und denen vor der Revolution graute; sie wurden von der Geschichte ausersehen, die bürgerliche Republik zu begründen. Die letzten Minister der Hohenzollern, bis zuletzt bemüht, die Dynastie zu retten, verwandelten sich von Morgen bis Mittag in die ersten „Volksbeauftragten" der Revolution.

Die Ebertrepublik begann ihre Laufbahn mit der Heiligsprechung des Privateigentums, mit der Garantie der Kriegsanleihen, mit der Proklamierung der Unverletzlichkeit der alten wilhelminischen Bürokratie.

Hieß das nicht in aller Form das Erbe des Imperialismus antreten? Hieß das nicht das Kapital als den legitimen Herren nach wie vor anerkennen? Hieß das nicht in der Tat die bürgerliche Republik proklamieren? Die Arbeiter- und Soldatenräte stimmten in den Ruf ein. Das, was die Ebert und Haase an der Staatsspitze proklamierten, das war auch das tatsächliche Werk der Arbeiter- und Soldatenräte: die Rettung der Bourgeoisie, die Zurückführung der Armee, der Schutz des bürgerlichen Eigentums. Dem Namen nach die obersten Gewalten, tatsächlich Hilfsorgane, Beigeordnete der alten bürokratischen Maschine, das revolutionäre Feigenblatt, das sie den Blicken des Proletariats verbarg, hinter dem der bürgerliche Staat sich ungesehen wieder befestigen konnte. Die Arbeiter- und Soldatenräte hatten am 9. November gesagt: Privateigentum, Kriegsanleihe, Demokratie. Sie hatten das ABC der bürgerlichen Demokratie angefangen zu buchstabieren, sie buchstabierten weiter; Nationalversammlung, Bürokratie und Offiziere buchstabierten zu Ende. Die Arbeiter- und Soldatenräte, diese erste ihrer selbst unbewußte Gestalt der proletarischen Revolution, verworrenes Echo der russischen Revolution, dankten ihre Souveränität ab in die Hände der Nationalversammlung. Die neue oberste Gewalt räumte zum Dank dafür auf mit den Arbeiter- und Soldatenräten. Die bürgerliche Demokratie ist ein eifervoller Gott. Sie duldet keine proletarischen Götter neben sich.

Privateigentum, Kriegsanleihen, Bürokratie, Nationalversammlung, die breiten Massen des Proletariats erkannten sie an in der Tat, die Arbeiter- und Soldatenräte beugten sich ihnen, aber Arbeiter und Soldaten hatten noch die Waffen in der Hand, mit denen sie die Schlachten des Imperialismus geschlagen und mit denen sie schließlich die Monarchie gestürzt. Aber die Waffen in der Hand des Proletariats, das war die bürgerliche Demokratie, schwankend auf den Bajonetten des Proletariats. Privateigentum, Kriegsanleihe, Demokratie, Nationalversammlung, lebten in den Köpfen der Arbeiter, aber auch gefährliche Träume vom Sozialismus. Das Kapital bedurfte sicherer Grundlagen. Das Proletariat mußte entwaffnet werden. Es wurde entwaffnet im blutigen Bürgerkrieg, nacheinander in den einzelnen Orten niedergeschlagen, die revolutionäre Vorhut unter die Erde gejagt. Gestützt auf die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, verrichtete Noske das Henkerwerk für die Bourgeoisie. Aus dem Dampf des Bürgerkriegs, auf den Leichen von 15 000 Proletariern erhob sich die bürgerliche Republik. Der Soldat, der Bauer, der Offizier, der Junker, der Kleinbürger hatten die bürgerliche Republik aus der Taufe gehoben. Der Soldat, der Junkeroffizier, waren ihr Unterbau, ihre Stütze, ihre Zuflucht, ihr letztes Wort in allen Nöten. Die bürgerliche Demokratie, aus der gefährlichen Umarmung des Proletariats gelöst, stürzte in die eiserne Umarmung des Militärs. Militärs und Junker erhoben sich im Kapp-Putsch, um die lästige Vormundschaft loszuwerden, um die sozialistisch-demokratische Kulisse in die Rumpelkammer zu werfen.

Von neuem erhob sich die Arbeiterklasse. Von neuem ward die bürgerliche Republik gerettet von Sozialdemokratie, Gewerkschaftsführern und rechtsunabhängigen Parteiführern. Sie erhielten dafür den verdienten Dank, sie wurden beiseite geschleudert. Die bürgerliche Republik entäußerte sich der sozialistischen Verkleidung. Die Bourgeoisie aber gegenüber dem drohenden Ansturm der Arbeiterklasse ergänzte den legalen Machtapparat ihres Staates durch ihren eigenen illegalen Machtapparat. Die bürgerliche Republik liquidierte die verfassungswidrige Konterrevolution, indem sie sich selbst als die verfassungsmäßige Konterrevolution etablierte. Sie entfernte die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer von der Staatsspitze, um sie zu inoffiziellen freiwilligen Staatsstützen zu verwandeln. Die große Bourgeoisie, Junkerschaft und Kleinbürgertum aber konstituiert sich unter und gegenüber der bürgerlichen Republik als die verfassungswidrige, als die monarchistische Konterrevolution. Die bürgerliche Republik geht schwanger mit der Monarchie. Die sozialistisch-demokratische Republik bereitet den Offiziersputsch in die offen bürgerliche Republik vor. Die bürgerliche Republik bereitet den konterrevolutionären Bürgerkrieg vor, die Erhebung der Offiziere, der Junker, der großen Bourgeoisie, der Bauern zur Niederschlagung der Revolution, dem vollständigen Rückfall in die alte monarchisch-gekrönte Militärherrschaft.

II.

Der Weltkrieg hinterließ die deutsche Wirtschaft als einen ungeheuren Trümmerhaufen. Produktionsmittel sind im ungeheuren Maßstab vernichtet und zerschlissen. Rohstoffe verzehrt, der Zugang zum Welt-

markt abgeschnitten. Millionen Arbeitskräfte, der beste und tüchtigste Stamm, hingeschlachtet, die Ueberlebenden zu Millionen verkrüppelt, durch Hungersnot und Krankheiten entkräftet, die Staatsfinanzen erdrückt von der ungeheuren Last der Kriegsschulden.

„Der Weltkrieg" — rief der Spartakusbund zu Beginn der Revolution der Arbeiterklasse zu — „der Weltkrieg hat die Gesellschaft vor die Alternative gestellt: entweder Fortdauer des Kapitalismus, neue Kriege und baldigster Untergang im Chaos und in der Anarchie oder Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung."

„Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Ueber den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodert ein feuriges Menetekel, die Worte des Kommunistischen Manifestes:

Sozialismus oder Untergang in der Barbarei."

Der Mahnruf des Spartakusbundes verhallte. Erst eine kleine heldische Schar der energischsten und klassenbewußtesten Proletarier nahm den Kampfruf auf. Sie ward in greuelvollem Bürgerkrieg, in einer Reihe von blutigen Kämpfen, niedergeworfen. Die bürgerliche Republik ward aufgerichtet, die Kapitalsherrschaft auf den Bajonetten weißer Truppen, hinter denen die Kapitalsmächte der Welt standen, neu befestigt.

Die breite Masse der Arbeiterklasse schreckte zurück vor der Größe und Schwere des Kampfes um den Sozialismus, begriff nicht die Losung der Stunde.

Die Geschichte zweier Jahre bürgerlicher Herrschaft hat der Arbeiterklasse die Voraussage des Spartakusbundes im nationalen wie im internationalen Rahmen bestätigt.

Die bürgerliche Klassenherrschaft hat sich als unfähig erwiesen, die Gesellschaft aus dem furchtbaren Zusammenbruch herauszuführen.

Anarchie, Chaos, fortschreitender wirtschaftlicher Zerfall: das ist die ökonomische Geschichte der zwei Jahre seit Ausgang des Krieges.

Nur die planmäßige zentrale Zusammenfassung der Produktionsmittel, Rohstoffe, Arbeitskräfte der ganzen Welt könnte den Wiederaufbau der vernichteten Wirtschaft einleiten.

Die bürgerliche Klassenherrschaft, wie sie aus dem Kriege hervorging, trieb jedoch den Gegensatz der nationalen Wirtschaft auf die Spitze, warf die besiegten Staaten den Siegern als wehrlose Beute vor die Füße, schröpfte sie bis zum letzten Blutstropfen aus, errichtete durch den Mechanismus der kapitalistischen Zirkulation selbst unübersteigliche Mauern zwischen den nationalen Wirtschaftsgebieten, sperrte Rohstoffe und Lebensmittel von den Industrien, sperrte die Industriewaren von den Verbrauchern ab, verwandelte den Weltkandel in nackten Raub und Prellerei, legte die Industrien ganzer Länder lahm oder brach sie ab, schwang aufs neue die Geißel des Hungers über den millionenköpfigen Proletariermassen.

Der imperialistische Friede hat sich aller Welt, den herrschenden Klassen selbst, enthüllt als die Fortführung des Zerstörungswerkes des Krieges.

Zerreißung des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs der kapitalistischen Staaten untereinander, Zusammenbruch des Produktions-

zusammenhangs im Innern des einzelnen kapitalistischen Staates; die internationale wie die nationale Losung des Kapitals: „Rette sich, wer kann!“ Der Mechanismus des kapitalistischen Getriebes herrscht dem einzelnen Kapitalisten diese Losung als Zwangsgesetz auf.

Im letzten Stadium, dem Stadium des Untergangs wendet sich die kapitalistische Produktionsweise gegen die Grundlagen der Produktion selbst. Ehedem gewaltigste Triebkraft der Entwicklung der Produktivkräfte wendet sie sich zerstörend gegen die Produktionsmittel, lebt als ein Vampir von ihrer Vernichtung. „Nur die Arbeit kann uns retten,“ rief das Kapital wutschnaubend den Proletariern zu, die der Krieg entkräftet hatte und die Rebellion gegen die Ausbeutung auf die Straße führte. „Nur euer Müßiggang kann uns retten,“ ruft es jetzt den Proletariern zu, schließt die Fabriken, bricht die Maschinen und Fabrikgebäude ab, bringt sie in die flüssige Geldform, flüchtet das Kapital aus dem Lande, jagt sich in wilder Jagd die erraffte Beute gegenseitig ab, vergeudet die angesammelten Arbeitserzeugnisse und die Arbeitsmittel und die Lebensmittel selbst, die die geschwächte Arbeitskraft der Arbeiter wieder aufrichten müßten in toller barbarischer Verschwendung. Die Staatsfinanzen sind praktisch bankrott.

Blut- und schmutztriefend kam der Kapitalismus in die Welt. Blut- und schmutztriefend über Millionen Leichen, über die zerstörten verkapitalisierten Kulturen von vier Erdteilen hinweg setzte er sich durch. Blut- und schmutztriefend, Wirtschaft und bürgerliche Kultur in Trümmer legend, die Grundlagen des künftigen Aufbaues der Kultur und Wirtschaft zerstörend, die Arbeitskraft der Massen durch Hunger verwüstend: so rast er dem Untergang entgegen.

Der Untergang in der Barbarei ist keine geschichtliche Fernsicht mehr, er ist eine vor den Augen der Volksmassen sich vollziehende Tatsache. Der Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise stellt die Arbeiterklasse vor den Untergang im buchstäblichen Sinne. Das Aufhalten dieses Untergangs, der Wiederaufbau der Wirtschaft ist geknüpft an die Durchsetzung des Sozialismus durch die Arbeiterklasse. Der Kapitalismus muß sterben, damit die Arbeiterklasse leben kann. So ist die Frage von der Geschichte selbst gestellt, so ist sie gestellt vor allem für die deutsche Arbeiterklasse.

Nieder mit dem Lohnsystem: das ist die Losung der Stunde. An Stelle der Lohnarbeit und der Klassenherrschaft soll die genossenschaftliche Arbeit treten. Die Arbeitsmittel müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein. Sie müssen Gemeingut aller werden. Keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr! Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit! Abschaffung der heutigen Produktionsweise, die Ausbeutung und Raub, so des heutigen Handels, der nur Betrug ist.

An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven: freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit Niemandes Qual, weil Jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein Jedem, der seine Pflicht gegen die Menschheit erfüllt! Der Hunger hinfür nicht der Arbeit Fluch, sondern des Müßigganges Strafe.

III.

Die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaftsordnung ist die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution der Weltgeschichte zugefallen ist. Diese Aufgabe erfordert einen vollständigen Umbau des Staates und eine vollständige Umwälzung in den wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen der Gesellschaft. Dieser Umbau und die Umwälzung können nicht dekretiert werden durch eine Behörde, Kommission oder ein Parlament, sie können nicht verwirklicht werden in Gemeinschaft mit der Kapitalistenklasse und mit den Organen des bürgerlichen Staates, sie können nur von den Volksmassen selbst in Angriff genommen und durchgeführt werden.

Nicht in trügerischen Verhandlungen mit der Bourgeoisie, nicht im Rahmen des bürgerlichen Staates, nur durch den Hammerschlag der proletarischen Revolution, in dem die Arbeiterklasse alle politische Gewalt in die Hand nimmt und der Bourgeoisie jegliche politische Gewalt entzieht, kann die Grundlage für den kommunistischen Aufbau geschaffen werden.

Die proletarische Revolution ist kein verzweifelter Kampf einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach einem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen, und die geschichtliche Notwendigkeit in Wirklichkeit umzusetzen . . . Aber die proletarische Revolution ist zugleich die Sterbeglocke für jede Knechtschaft und Unterdrückung. Darum erheben sich gegen die proletarische Revolution alle Kapitalisten, Junker, Kleinbürger, Offiziere, alle Nutznießer und Parasiten der Ausbeutung und der Klassenherrschaft wie ein Mann zum Kampf auf Leben und Tod.

Die gutmütige Einbildung von Teilen des Proletariats, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung oder eines Rätekongresses fügen, sie würden ruhig auf Besitz, Profit und das Vorrecht der Ausbeutung verzichten, ist grausam zerstört worden durch die blutigen Erfahrungen, die das Proletariat gemacht hat in Rußland, in Ungarn, in Finnland und in Deutschland selbst. Die russische Bourgeoisie hat, gestützt auf die Weltbourgeoisie, gegen den russischen Proletarierstaat Verschwörung auf Verschwörung, Bürgerkrieg auf Bürgerkrieg angezettelt, sie hat die mittleren und großen Bauern, sie hat rückständige Arbeiterschichten aber und abermals gegen ihn ins Feld geführt, die Aufstachelung religiöser, nationaler, kultureller Vorurteile, nichts hat sie ungenützt gelassen, um das verhaßte proletarische Gemeinwesen umzustürzen. Sie hat dutzendfach, Jahr um Jahr, Landesverrat verübt, sie hat immer neue auswärtige Feinde ins Land gerufen. Sie hat in diesem Kampfe selbst die Greuel der Kolonialkriege und des Weltkrieges überboten, sie hat tierisch-grausame Rache genommen an den Arbeitern und Bauern, die in ihre Gewalt fielen. Aushungerung von Millionen Weibern und Kindern, Abschneiden selbst der Arznei- und Verbandsmittel, Niedermetzelung, Meuchelmorde, Folterung, Vergewaltigung Hunderttausender revolutionärer Arbeiter und Arbeiterinnen, Zerstörung ganzer Industrien, Verwüstung ganzer Landstriche, Ausrottung ganzer Volksschichten: die bürgerlichen Klassen Rußlands, Ungarns, Finnlands, Deutschlands haben alle diese Greuel ohne Wimperzucken verübt, die

bürgerlichen Klassen der anderen Länder haben ihnen Vorschub geleistet und applaudiert im Namen der „Zivilisation und Ordnung“: Die Methoden des weißen Schreckens, die die Bourgeoisie, die letzte Ausbeuterklasse gegen das Proletariat anwendet, übergipfeln die barbarischen Unterdrückungsmethoden aller Zeitalter, sie sind die Verkehrung aller Mittel der Zivilisation zu Werken teuflischer Bosheit.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt, mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. Den Methoden des weißen Terrors der Bourgeoisie der rote Terror des Proletariats. Den Anschlägen, Ränken, Zettelungen der Bourgeoisie die unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität der proletarischen Massen. Der in Waffen starrenden Gegenrevolution die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die Entwaffnung der herrschenden Klassen. Der Allgewalt und den tausend Machtmitteln der bürgerlichen Gesellschaft — die konzentrisch zusammengefaßte, aufs höchste gesteigerte Macht der Arbeiterklasse. Die geschlossene Front des gesamten deutschen Proletariats, des süddeutschen mit dem norddeutschen, des städtischen mit dem ländlichen, die lebendige geistige Fühlung, das engste politische, militärische und organisatorische Zusammenwirken der deutschen Revolution mit der Kommunistischen Internationale, die Eingliederung der deutschen in die Weltrevolution des Proletariats vermag allein die granitne Basis zu schaffen, auf der das Gebäude der Zukunft errichtet werden kann.

Der Kampf um den Sozialismus ist der gewaltigste Bürgerkrieg, den die Weltgeschichte gesehen, und die proletarische Revolution muß sich für diesen Bürgerkrieg geistig und organisatorisch vorbereiten, sie muß sich für ihn das nötige Rüstzeug bereiten, sie muß lernen, es zu gebrauchen — zu Kämpfen und Siegen. Eine solche Ausrüstung der kompakten arbeitenden Volksmassen mit der ganzen politischen Macht für die Aufgaben der Revolution, das ist die Diktatur des Proletariats, und damit die wahre Demokratie. Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen zu debattieren; dort, wo die millionenköpfige Proletariermasse die Staatsgewalt mit ihrer schwieligen Faust ergreift, um sie, wie der Gott Tor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern: dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist.

IV.

Die proletarische Diktatur ist die staatliche Organisation, in der das Proletariat sich als herrschende Klasse zusammenfaßt, um den Widerstand der Bourgeoisie endgültig zu brechen und die kapitalistische Produktionsweise Schritt für Schritt in die kommunistische überzuführen. Die proletarische Diktatur ist eine notwendige Uebergangsform, sie ist die letzte Form der Staatsgewalt überhaupt. Sie wird der rein gesellschaftlichen Organisation der sozialistischen Gesellschaft weichen. Die politische Gewalt wird überflüssig werden in dem Maße, wie die Gewalt der ausbeutenden Klassen niedergerungen wird, wie die Ausbeutung, und mit ihr Klassen und ihre Gegensätze verschwinden, wie die wirt-

schaftliche Organisation sich von der kapitalistischen Ausgangsform freimacht, und das ganze wirtschaftliche Leben in die planmäßige gesellschaftliche Regelung einbezieht.

Die geschichtlich gegebene Form der proletarischen Diktatur ist die Räterepublik, die alle staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen von der Gemeindeverwaltung bis zur obersten Spitze des Staates, von der Leitung der einzelnen Fabrik bis zur zentralen Verwaltung der gesamten Wirtschaft in die Hände der Räte der Kopf- und Handarbeiter in Stadt und Land und der lokalen und zentralen Organe dieser Räte legt.

Die proletarische Masse muß alle überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch die eigenen Klassenorgane, die Arbeiter- und Kleinbauernräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den kommunistischen Aufgaben messen. Nur in ständiger lebendiger Wechselwirkung zwischen den Volksmassen und ihren Organen, den Arbeiter- und Bauernräten kann ihre Tätigkeit den Staat mit kommunistischem Geiste erfüllen.

Das Wesen der Räterepublik besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, sondern das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.

Alle bisherigen Staatsformen organisierten in offener oder versteckter Form die Herrschaft einer kleinen ausbeutenden Minderheit über die ausgebeutete Mehrheit. Der Rätestaat proklamiert frank und frei die Herrschaft der arbeitenden Mehrheit über die schmarotzerische, ausbeutende Minderheit.

Alle bisherigen Staatsformen faßten zugleich die Macht der in ihnen herrschenden Klassen zusammen zum Kampf, zur Selbstbehauptung und zur Niederringung der umgebenden Staaten. Der Rätestaat ist der natürliche Verbündete jedes anderen Rätestaates und jeder um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse jedes Landes. Er bedarf keiner Machtmittel, keiner diplomatischen Ränke gegenüber anderen Rätestaaten, Rätestaaten bilden untereinander eine brüderliche offene Gemeinschaft. Aber der Rätestaat ist durch sein bloßes Dasein Angriffsziel der umgebenden bürgerlichen Staaten. Um gegenüber den Angriffen der bürgerlichen Staaten gewappnet zu sein, um den um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklassen dieser Staaten, um den von den imperialistischen Raubstaaten unterdrückten Kolonialvölkern tatkräftig Hilfe zu leisten, dazu bedarf der Rätestaat selbst der Waffen und der unverbrüchlichen Waffenbrüderschaft mit den an seiner Seite stehenden Rätestaaten.

V.

Die Räte können die Organe der staatlichen Gewalt des Proletariats nur werden, indem sie zuvor als Kampforgane die gesamte arbeitende Klasse um das Ziel des Kommunismus sammeln, zum Sturm führen gegen den bürgerlichen Staat. Die politischen Arbeiterräte zu Beginn der deutschen Revolution gingen unter an dem Widerspruch, daß sie als Organe des Proletariats die bürgerliche Demokratie vertraten. Sie werden wieder erstehen und siegen können nur, wenn sie die

bewußten Kampforgane der proletarischen Diktatur gegen die bürgerliche Demokratie werden, wenn also ihr politischer Inhalt sich deckt mit ihrer organisatorischen Form, kurz wenn sie die breite Proletariermasse zum Kampf um den Kommunismus einen.

Daher können politische Arbeiterräte nur lebenskräftig sein, wenn sie sich stützen auf die breitesten arbeitenden Massen, die für den Kampf um die politische Macht sich in Bewegung setzen. Sie müssen geschaffen werden, wenn die objektive Zuspitzung des Klassenkampfes und die wachsende Kampfbereitschaft der proletarischen Massen dem Zusammenstoß mit der bürgerlichen Staatsgewalt entgegenführen. Die politischen Arbeiterräte als Kampforgane der gesamten Arbeiterklasse sind nicht parteilos, sie umfassen vielmehr alle Parteien mit proletarischer Zusammensetzung samt den Parteilosen. Sie sind der Boden, auf dem die geistige Vereinheitlichung der Arbeiterklasse im Ringen der proletarischen Parteien um die Köpfe und Herzen der Proletarier sich verwirklicht, auf dem die Arbeiterklasse sich der rückständigen konterrevolutionären Ideologien und ihrer Träger entledigt, auf dem sie sich die geistige Reife, den Willen und die organisatorische Geschlossenheit erwirbt, die sie befähigen, die Herrschaft zu erobern und festzuhalten.

Den Kampf um die Macht kann nur die Aktion der Massen selbst, der Generalstreik und der Generalaufstand, zum Siege führen. Diese, die Entscheidung herbeiführenden Kampfmittel können nur aus der bewußten Steigerung und Verschärfung aller überkommenden Mittel des proletarischen Klassenkampfes herauswachsen. Die parlamentarische Aktion behält daher revolutionäre Bedeutung bis zu dem Augenblick, wo der offene Kampf um die Macht einsetzt. Die revolutionäre Ausnützung des Parlaments hat zum Ziel die geistige Entwurzelung der bürgerlichen Demokratie der Volksmassen. Sie muß logischer Weise münden in die revolutionäre Massenaktion, die die bürgerliche Demokratie, das Parlament, selbst zertrümmert. Sie muß daher fortlaufend Hand in Hand gehen, sich stützen auf die revolutionäre Aktion der Massen und trachten, sie hervorzurufen und zu steigern. Die parlamentarische Tätigkeit der Vertreter des revolutionären Proletariats wendet sich daher nicht an die Vertreter der Bourgeoisie und ihrer Handlanger, um ihnen „Reformen" abzuhandeln, sie wendet sich an die proletarischen Massen, um sie für die proletarische Revolution zu gewinnen und dafür in Bewegung zu setzen.

Die Schulung, Sammlung und Mobilisierung der proletarischen Massen muß überall da geschehen, wo diese Massen stehen: in den Gewerkschaften, den Betriebsräten, den Arbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften, den Kriegsbeschädigten-Vereinigungen, den Mieterräten usw.

Die Gewerkschaften sind die umfassendste proletarische Massenorganisation zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe. Die in ihnen zusammengefaßten revolutionären Kräfte sind aber gelähmt und in den Dienst der Bourgeoisie gestellt durch die Gewerkschaftsbürokratie, die auf dem Boden der Interessenharmonie der Arbeit und des Kapitals, der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern steht. Von dieser Fesselung gilt es die Proletarier zu befreien, indem der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter um die Aufrechterhaltung der Existenz, um ausreichende Löhne und erträgliche Arbeitsbedingungen innerhalb der

kapitalistischen Wirtschaft hinausgeführt wird zum Kampf gegen das kapitalistische System selbst, zum Kampfe um die Kontrolle und schließliche Leitung der Produktion durch die Arbeiter, der schließlich einmündet in den Kampf der gesamten proletarischen Klasse gegen die bürgerliche Staatsmacht. Der steigende Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft, die steigende Ausplünderung der Arbeiter durch die Monopolisierung der Lebensmittel und Industriewaren und durch die Steuermaschine, die unbegrenzte Entwertung des Geldes schlägt fortlaufend dem Arbeiter die jeweils errungenen Vorteile aus der Hand, wirft ihn bei jedem neuen Anlauf wieder weiter zurück. An der Hand dieser eigenen Erfahrungen der Arbeiter müssen diese notwendigen Lohnkämpfe erweitert und gesteigert werden zum Kampf gegen das Lohnsystem selbst, zum Kampfe um die Kontrolle und Leitung der Produktion. Die Gewerkschaften zusammen mit den Betriebsräten unter der Leitung der zentralen Organe des proletarischen Staates sind berufen, die Arbeitsbedingungen zu regeln und die Produktion zu organisieren.

In dem Maße, wie es gelingen wird, die breitesten gewerkschaftlich organisierten Massen in den Kampf gegen die Verfügungsgewalt des Unternehmers über den Betrieb zu führen, um ihm die Macht aus der Hand zu nehmen, die Industrie lahmzulegen und selbst zu zerstören, im selben Maß wird in den Gewerkschaften die Herrschaft der konterrevolutionären Bürokratie gebrochen werden, werden die Gewerkschaften revolutionäre Kampforgane und dem allgemeinen Rahmen der revolutionären Bewegung eingegliedert. Der Kampf um die Kontrolle und Leitung der Produktion muß Brust an Brust mit dem Unternehmer in jedem Betrieb, in jeder Werkstatt geführt werden. Er erfordert das engste Zusammenarbeiten und letzten Endes den unmittelbaren organisatorischen Zusammenschluß der Hand- und Kopfarbeiter jeder Industrie: die Umwandlung des Berufsverbandes in den Industrieverband.

Die Betriebsräte sind berufen, im Kampf um die Kontrolle und Leitung der Produktion die Pionierarbeit zu übernehmen, die Initiative zu ergreifen. Ihre Aufgabe ist es, durch diese Initiative im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften, Bresche zu legen in die reaktionäre Gewerkschaftsbürokratie, um schließlich die Gewerkschaften geistig und organisatorisch entsprechend den Notwendigkeiten dieses Kampfes umzuformen.

Gewerkschaften und Betriebsräte können wirksam um die Kontrolle der Produktion nur kämpfen, wenn sie die Arbeitslosen sich eingliedern.

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion mündet unfehlbar aus in den Kampf gegen die bürgerliche Staatsgewalt, in den politischen Kampf also. Er kann sein Ziel nur erreichen durch Umsturz der Staatsgewalt der Bourgeoisie. Sobald der Kampf um die Produktionskontrolle einmündet in den politischen Kampf um die Staatsmacht, ist der Augenblick gekommen, wo die politischen Arbeiterräte die Führung übernehmen müssen, denen Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften usw. als Teilorgane der Arbeiterschaft sich einordnen müssen.

VI.

Die Bourgeoisie, die Junker, die Offiziere haben von Anbeginn an den Kommunismus als ihren Todfeind erkannt. Sie haben die Kommunisten verfolgt, gehetzt, verleumdet, gemeuchelt mit tierischer Grausamkeit.

Die Kommunisten gestehen offen, daß sie in der Tat die Todfeinde der bürgerlichen Gesellschaft sind, Todfeinde jeglicher Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind nicht geschont worden von der Bourgeoisie, sie werden keine Schonung üben ihr gegenüber.

Kleinbürger, Kleinbauern, mißbrauchte Arbeiterschichten haben sich von der Bourgeoisie mitreißen lassen zu den Verfolgungen. Sie haben sich täuschen lassen von den Lügen und Verleumdungen über den Kommunismus. Wo sind diese Lügen und Verleumdungen geblieben? All diese Anschuldigungen: sind sie nicht auf diese Bourgeoisie selbst zurückgefallen, alle die angeblichen Verbrechen des Kommunismus gegen Wirtschaft, Kultur und Moral, hat nicht die Bourgeoisie sie selbst wahr gemacht?

„Der Kommunismus stürzt die Wirtschaft in ein Chaos." Hat nicht die Bourgeoisie die Wirtschaft in Chaos und Anarchie gestürzt?

„Der Kommunismus läßt der schrankenlosen Selbstsucht der Proletarier die Zügel schießen."

Die Bourgeoisie hat sich wie eine Meute von Schakalen auf die Trümmer der Wirtschaft gestürzt, die der Krieg hinterlassen hat. Die bürgerliche Klasse wie der einzelne Bourgeois haben sich in reine Schmarotzer an der Wirtschaft verwandelt, in die widrigen Leichenwürmer des absterbenden Wirtschaftskörpers.

„Der Kommunismus will den Bürgerkrieg!"

Führt die deutsche Bourgeoisie nicht den Bürgerkrieg seit der Revolution, hat sie nicht die revolutionäre Arbeiterschaft planmäßig provoziert, kaum daß sie von der ersten Betäubung der Novembertage zur Besinnung kam, steht sie nicht heute gerüstet zum Bürgerkrieg? Bürgerkrieg und Kriege gegen die proletarische Revolution und Kolonialkriege, sind sie nicht die Ueberschrift über dem ganzen Zeitabschnitt nach Ende des Weltkrieges? Wozu also diese Heuchelei?

„Der Kommunismus zerstört die Zivilisation und die Kultur."

Aber die Bourgeoisie läßt ihre eigene Kultur, Wissenschaft, Technik, Kunst gleichmütig untergehen, während sie sich in barbarischen Orgien wälzt. Ihre Zivilisation geht vor unseren Augen unter, während das Proletariat Rußlands mitten in Hunger und Bürgerkrieg und Revolutionskrieg die Grundlagen einer neuen Kultur legt.

„Der Kommunismus ist das Ende aller Freiheit, die schlimmste Despotie."

Der untergehende Kapitalismus läßt dem kapitalistischen Individuum volle Freiheit, die Produktion zu zerstören, ihre aufgehäuften Schätze zu vergeuden und zu verprassen.

Die Kommunisten gestehen, daß sie diese Freiheit abschaffen wollen.

Der Kapitalismus läßt der Schule, der Kanzel, der bürgerlichen Presse die Freiheit, die Volksmassen zu belügen und konterrevolutionär zu vergiften.

Wir Kommunisten gestehen ein, daß wir der bürgerlichen Gesellschaft diese Freiheit nicht lassen werden.

Der Kapitalismus läßt dem Arbeiter die Freiheit, zu verhungern, wenn der Unternehmer für gut findet, den Betrieb stillzulegen.

Wir Kommunisten gestehen, daß wir diese Freiheit des Kapitalisten abschaffen wollen. Wir bekennen uns schuldig, daß wir selbst Junker und Kapitalisten zur Arbeit verpflichten wollen.

„Der Kommunismus ist die Herrschaft einer Minderheitspartei über die Arbeiterklasse."

Das sagt die kleine Minderheit der ausbeutenden Klasse, die die große Mehrheit jeder Nation beherrscht durch ökonomische und physische Gewalt, durch den Betrug der bürgerlichen Demokratie, durch die geistige Beeinflussung der Volksmassen auf tausend Wegen.

Das sagt die kleine ausbeutende Minderheit, die nach mehr als drei Jahren des Aufgebots aller ihrer Kräfte, die Siegerin über den mächtigen Militärstaat Deutschland, eingestehen muß, daß sie das kommunistische Staatswesen Rußland nicht mit Waffengewalt niederwerfen kann.

Die bürgerliche, die „wahre Demokratie", sieht sich außerstande, die Arbeiterklasse zum Kampf gegen Sowjetrußland aufzubieten, sie sieht sich beschränkt auf die Verwendung von Landsknechtbanden, Kolonialtruppen und die Unterstützung ihrer Vasallenstaaten durch Geld, Kriegsmaterial, Lebensmittel, Offiziere.

Die „Diktatur über das Proletariat" in Rußland versammelt unter der Fahne der Räterepublik Arbeiter, Bauern, selbst einen Teil der alten Offiziere, sie schlägt, sechs Jahre abgeschnitten von der Welt, ihre Feinde siegreich nieder!

Die proletarische Diktatur verfügt über die freudige Zuversicht auf die Unterstützung bis in den Tod durch die breitesten Volksmassen. Die bürgerliche Demokratie muß durch die Tat ihre wachsende Ohnmacht bekennen, die Massen für sich in Bewegung zu setzen. Sie muß sich so als ein plumper Schwindel enthüllen.

VII.

Damit das Proletariat sich den Weg zur proletarischen Diktatur und zum Aufbau der kommunistischen Wirtschaft bahne, fordert die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale):

I. Als Maßnahme zur Abwehr der Konterrevolution und zur Sicherung der Macht des Proletariates:

1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, der konterrevolutionären Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen.
2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände, sowie Rüstungsbetriebe, Uebergabe in den Schutz der revolutionären Arbeiterschaft.

   Solange dies nicht geschehen: Verweigerung aller Waffen-, Munitions- und Truppentransporte, Vernichtung der durch die Arbeiter beschlagnahmten Waffen.
3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen revolutionär zuverlässigen proletarischen Bevölkerung als Arbeiterwehr, Bildung einer Roten Armee aus den der Revolution ergebenen Proletariern zum ständigen Schutz der Revolution, zur Unterstützung und Förderung der Weltrevolution.

4. Internierung sämtlicher Offiziere, Einfügung der der Revolution ergebenen Soldaten in die Rote Armee. Statt des militärischen Kadavergehorsams die strengste revolutionäre Disziplin. Politische Kommissare zur Ueberwachung der Führer der Roten Armee. Einsetzung der oberen Führer durch die zentralen Organe der Arbeiterräte.

4a. Bildung von Soldatenräten in der Reichswehr und der Sicherheitspolizei, unter Ausschluß der Offiziere.

5. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitvertreter, sowie alle Schuldigen an den Verbrechen der Gegenrevolution und alle konterrevolutionären Verschwörer abzuurteilen sind.

II. Auf politischem und sozialen Gebiet.

1. Abschaffung aller Einzelstaaten, einheitliche deutsche kommunistische Räterepublik. Engstes wirtschaftliches und politisches Bündnis mit dem revolutionären Deutsch-Oesterreich.

2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte, Uebernahme der Gesetzgebung und Verwaltung durch die Arbeiter- und Kleinbauernräte, sowie deren Ausschüsse und Organe.

3. Wahl von politischen Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die Arbeiterschaftt und die kleinen Bauern beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben. Wahl von Soldatenräten durch die Mannschaften der Reichs- und Sicherheitswehr unter Ausschluß der Offiziere. Recht der Arbeiter, Bauern und Soldaten, zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter.

Die Arbeiter-, Kleinbauern- und Soldatenräte im ganzen Reiche wählen Delegierte für den Zentralrat der Arbeiterräte, der den Vollzugsrat als sein oberstes ausführendes Organ zu wählen hat.

Die Arbeiterräte leiten den gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen die bürgerliche Staatsgewalt, um nach ihrem Sturz alle gesetzgebende und vollziehende Gewalt in die Hand zu nehmen.

Zusammentritt des Zentralrats mindestens alle drei Monate unter jedesmaliger Neuwahl aller Delegierten — zur ständigen Kontrolle der Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der Arbeiterräte und ihrem obersten Organ. Recht der lokalen Arbeiterräte zu jederzeitiger Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln.

4. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter.

5. Einschneidende soziale Gesetzgebung.

6. Beschlagnahme aller Wohnräume durch die Gemeindeorgane. Gleichmäßige Unterbringung der Bevölkerung in ihnen. Festsetzung der Mietspreise durch die Mieterräte.

7. Gründliche Umgestaltung des Gesundheitswesens im Sinne der proletarischen Revolution als öffentlicher Organisation zur Erhaltung und Kräftigung der Volksgesundheit.

8. Gründliche Umgestaltung des Erziehungswesens. Vollständige Trennung von Staat und Kirche, von Kirche und Schule. Einheitliche unentgeltliche Arbeitsschule für das gesamte heranwachsende Geschlecht bis zum 18. Lebensjahr. Oeffentlicher Unterhalt aller Lernenden. Eröffnung der Hoch- und Fachschulen für alle.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen und Aufgaben.

1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit.
2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlicher Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen bis zu einer bestimmten Höhe, die durch den Zentralrat der Arbeiterräte festzusetzen ist.
3. Entschädigungslose Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Großbetriebe. Bildung kommunistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften, Rätewirtschaften und Landkommunen, unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; Großgrundbesitz, der im Kleinbetrieb bewirtschaftet wird oder der eingesprengt ist in kleinbäuerliche Betriebe und keine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung hat, kann aufgeteilt werden. Bäuerliche Klein- und Mittelbetriebe bleiben im Besitze ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligen Anschluß an oder Zusammenschluß zu kommunistischen Landgenossenschaften.
4. Entschädigungslose Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten, sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik.
5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch die zentralen Organe der Räterepublik festzusetzen sind.
6. Besteuerung ausschließlich auf direktem Wege der Bevölkerungsklassen, die von Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben. Beseitigung aller indirekten Steuern und aller direkten Steuern auf Löhne, Gehälter und Einkommen unter Mark.
7. Uebernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik.
8. Zusammenfassung der Betriebsräte nach Wirtschaftsgebieten und zentral für das ganze Reich, die zusammen mit den Gewerkschaften die inneren Angelegenheiten des Betriebes zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich im Verein mit den zentralen wirtschaftlichen Organen und Beauftragten der Räterepublik die Betriebsleitung zu übernehmen haben.
9. Engste Vereinigung der Kopf- und Handarbeiter in den in Industrieverbände umzuwandelnden Gewerkschaften.
10. Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, Festsetzung der Arbeitszeit und Löhne, der Roh- und Brennstoffverteilung, der Art und des Umfanges der Produktion sowie der Warenpreise, Kontrolle aller Transporte, des Innen- und Außenhandels, der Banken und des Handels durch die Betriebsräte in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, Beschlagnahme des Betriebskapitals der Unternehmer zur Wiedereröffnung stillgelegter oder zur Erweiterung verkürzt arbeitender Betriebe durch die Arbeiterschaft und zur

Steuerung der Arbeitslosigkeit. Eingliederung der Arbeitslosen in die Gewerkschaften und Betriebsräte, Unterhalt der Arbeitslosen in voller Lohnhöhe. Der Betrag ist auf die Gesamtunternehmerschaft umzulegen. Sechsstündiger Höchstarbeitstag.

11. Einstellung der industriellen Produktion auf die Bedürfnisse der das Land bearbeitenden Bevölkerung. Wechselseitige Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Industrie- und Handelswaren, der industriellen Bevölkerung mit Lebensmitteln und Rohstoffen durch den unmittelbaren Austausch der städtischen Betriebsräte, Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften auf der einen Seite, der Gutsräte der Landarbeiter und der Kleinbauernkomitees auf der anderen Seite.

VIII.

Internationale Aufgaben und Forderungen.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands als Sektion der Kommunistischen Internationale nimmt die Losung auf, unter der der Spartakusbund sich zusammenschloß und sich abschied von allen opportunistischen Elementen des Sozialismus:

„In der Internationale liegt der Schwerpunkt der Klassenorganisation des Proletariats. Die Pflicht zur Ausführung der Beschlüsse der Internationale geht allen anderen Organisationspflichten voran."

Das Proletariat Deutschlands kann siegen und sich behaupten nur in engster Gemeinschaft mit der russischen Räterepublik und mit dem revolutionären Proletariat aller anderen Länder. Die Vereinigte Kommunistische Partei fordert: Engste politische und Wirtschaftsgemeinschaft mit der russischen Räterepublik. Das deutsche Proletariat ist verpflichtet, jeden Anschlag und jeden Angriff gegen die russische Räterepublik mit Aufgebot der höchsten Energie als Angriff auf die Weltrevolution abzuwehren. Das deutsche Proletariat als Teil des kommunistischen Weltproletariats ist verpflichtet, alle revolutionären nationalen Erhebungen der Kolonialvölker gegen den Weltimperialismus aufs energischste zu unterstützen, wobei es die Interessen der proletarischen Schichten und der armen Bauern gegenüber den sie ausbeutenden einheimischen Herrenschichten ständig festzuhalten hat. Es hat diesen Völkern, nach ihrer Befreiung vom Joch der imperialistischen Raubstaaten, zu helfen, den Weg zum Kommunismus abzukürzen.

Das deutsche Proletariat muß die Verantwortung für den Versailler Vertrag ausschließlich der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und ihren Helfern überlassen. Es lehnt ab, zusammen mit der deutschen Bourgeoisie den Revanchekrieg gegen den Entente-Imperialismus zu führen. Es muß jedoch, im Besitz der Staatsgewalt, sein Verhältnis zur Entente-Bourgeoisie aufs neue regeln: Friedlich, selbst unter Opfern, wenn es geht; mit den Waffen in der Hand, wenn die Entente-Bourgeoisie ihm den friedlichen Wiederaufbau seiner eigenen und damit der zerfallenden Wirtschaft Gesamteuropas gewaltsam verwehren wird. Das bewaffnete deutsche Proletariat ist die einzige tatsächliche Garantie dafür, daß kein neuer Raubüberfall von Seiten Deutschlands den Frieden der Völker stört. Aber es muß bereit sein, gegen jeden Ueberfall des

Welt-Imperialismus, der die deutsche proletarische Revolution entwaffnet, der Konterrevolution jedoch die Waffen gelassen hat, und der schon im voraus die künftige deutsche Räterepublik strategisch umstellt hat, sich zur Wehr zu setzen.

IX.

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands bekämpft die mehrheitssozialistische und unabhängige Partei als die Vorposten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats selbst. Sie kämpft mit den proletarischen Massen, die in diesen Parteien organisiert sind, überall da, wo sie sich feindlich gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Unternehmerklasse wenden. Sie sucht diese Massen überall da auf, wo sie zum Kampf gegen die Bourgeoisie vereinigt sind. Die Vereinigte Kommunistische Partei lehnt die Grundsätze und Taktik der K. A. P. als unverträglich mit den Erfordernissen der proletarischen Revolution ab, sie ist jedoch bereit, überall da mit der K. A. P. sich zu verständigen, wo sie gegen die Bourgeoisie kämpft. Die Kommunistische Partei ist die fortgeschrittenste, zielklarste, energischste, revolutionäre Vorhut des Gesamtproletariats. Zum Unterschied von den menschewistischen Parteien, den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, vertritt sie nicht die Sonderinteressen der Arbeiter-Aristokratie oder kleinbürgerlicher Arbeiterschichten gegenüber dem Gesamtproletariat. Sie stellt in jeder Phase des Kampfes das proletarische Gesamtinteresse dem Interesse einzelner proletarischer Schichten, und das Interesse des Weltproletariats dem Interesse der nationalen Arbeiterklasse voran. Zum Unterschied im besonderen von der Unabhängigen Partei leugnet sie, daß Kompromisse mit der Bourgeoisie Etappen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur sein können. Die unabhängige Partei weicht den unvermeidlichen Zusammenstößen mit dem bürgerlichen Staat aus feiger Furcht vor dem Bürgerkrieg und vor dem wirtschaftlichen Chaos immer wieder aus. Aber die Leiden der Arbeiterklasse werden durch dies feige Ausweichen ins Unabsehbare verlängert, der wirtschaftliche und kulturelle Verfall schreitet fort, das Proletariat findet, wenn es diesem Kampf ausweicht, schließlich einen Trümmerhaufen vor, auf dem sich keine sozialistische Wirtschaft aufbauen läßt. Diese Parteien sind daher verdammt zum Untergang. Die Kommunistische Partei geht der Auseinandersetzung mit den ausbeutenden Klassen und ihrer Staatsgewalt bewußt und entschlossen entgegen. Sie treibt den Kampf des Proletariats um die proletarische Diktatur bewußt voran. Nur so kann der Rückfall in die Barbarei und der Zerfall der Wirtschaft gehemmt und schließlich zum Stillstand gebracht, nur so kann der kommunistische Aufbau beschleunigt werden.

Die Kommunistische Partei strebt nicht, zur Herrschaft zu gelangen gegen oder über das Proletariat.

Die Kommunistische Partei wird die Regierung nur übernehmen, gestützt auf die in Taten des Kampfes sich äußernde Zustimmung der entscheidenden Massen des Proletariats.

Der Sieg der Kommunistischen Partei an der Spitze der proletarischen Massen ist so sicher wie der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft. Die herrschenden Klassen selbst haben das Proletariat in der rauhen Schule des imperialistischen Gemetzels und des Bürgerkriegs

gehärtet. Das Proletariat wird seine Unterdrücker mit stählernem Arme niederkämpfen. Eine Welt von Trümmern stürzt über den Proletariern zusammen, droht sie unter sich zu begraben. Die Proletarier werden mit der ganzen Gesellschaft untergehen, oder sie müssen den Kampf um den Kommunismus aufnehmen. Die Proletarier müssen das Leben einsetzen, um das nackte Leben zu gewinnen.

Arbeiter! Zu diesem letzten und größten Kampf schließt Euch zusammen und rüstet Euch! Zum Sturz der Ausbeuterherrschaft, zum Sieg der Arbeit, tretet an!

Agrarprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands.

(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

(Entwurf.)

I.

Einleitung.

Das gewaltige wirtschaftliche Zerstörungswerk des Weltkrieges hat die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland unterwühlt. Der Produktionsapparat ist in diesem Höllenfeuer zusammengeschmolzen. Arbeitskräfte, Arbeitsmaschinen, Rohstoffe, Hilfsstoffe, der Goldbestand wurde dezimiert. Im selben Maßstabe aber, wie die Gebrauchswerte vernichtet wurden, wuchs die Kriegsschuld, der Anspruch der kapitalistischen Klasse auf die Früchte der Arbeit. Im selben Maße wuchs die Anarchie in der Produktion. Das Kapital, dessen geschichtliche Rolle die breiteste Entfaltung der Produktionskräfte der Gesellschaft war, hat sich in einen reinen Schmarotzer am Körper der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt, in eine Kraft der Zerstörung und Verwirrung. Seine geschichtliche Stunde hat geschlagen. Das Proletariat ist berufen, das Urteil der Geschichte zu vollziehen bei Strafe des Untergangs der Produktion.

Der militärische Zusammenbruch des deutschen Imperialismus auf den Schlachtfeldern Frankreichs gab den Anstoß zum Beginn dieser Auseinandersetzung, die im Schoße der Gesellschaft vorbereitet lag. Ihr Auftakt war die Revolution des 9. November. Aber diese Revolution, obwohl getragen von kriegsmüden und enttäuschten Soldaten und den Arbeitern, ließ die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft unberührt. Sie erfaßte nur die äußere Staatsform. Sie verwandelte den monarchischen Militärstaat in eine bürgerliche Republik, mit den Verrätern des Sozialismus als Firmenträgern. Die politische Form der Kapitalsherrschaft ward oberflächlich reformiert, neu unterbaut.

Aber diese politische Revolution ward zugleich der Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die in einer Reihe gewaltiger Streikwellen und bewaffneter Aufstände Deutschland überzog und deren Ergebnis nur der Sturz der Kapitalsherrschaft sein kann. Das Industrieproletariat leitete die Rebellion der Lohnarbeit gegen das Kapital ein. In seinen Spuren folgten die Arbeiter und Angestellten des Handels- und Geldkapitals.

Es ist klar, daß die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf die Städte beschränkt bleiben kann. Die Kapitalsherrschaft lastet noch schwerer wie auf dem städtischen auf dem ländlichen Proletariat. Ihr Zusammenbruch droht auch dem Kleinbürgertum den Untergang an.

Das ländliche Proletariat und das Kleinbauerntum sind in ihrem Kampf gegen das Kapital gehemmt durch die örtliche Zersplitterung und die ländliche Abgeschlossenheit. Sie können nur überwunden werden durch das engste Zusammenwirken mit dem städtischen Proletariat.

Im landwirtschaftlichen Großbetrieb ist die sozialistische Produktion vorgebildet durch das Kapital selbst. Es bedarf hier nur des Zerbrechens der Schranken des Privateigentums, der Aneignung des Landes und der Arbeitsmittel durch die Gesellschaft und des innigen Zusammenwirkens mit der sozialisierten Industrie und Handel, damit auch hier die sozialistische Arbeitsweise sich entfalten kann. Das Kleinbauerntum und der im kleinbäuerlichen Betrieb bewirtschaftete Großgrundbesitz leidet nicht minder schwer wie das Landproletariat unter dem Druck der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Aber in seiner Betriebsform ist die sozialistische Wirtschaftsweise noch nicht vorgebildet. Sie kann nicht mit Gewalt durchgesetzt werden. Die bürgerliche Wirtschaft hat das bäuerliche Kleineigentum durch einen jahrhundertelangen gewaltsamen Prozeß der wirtschaftlichen Entwurzelung und des Betrugs unterhöhlt, der den Kleinbauern völlig in das Proletariat hinabschleudert oder ihn ein Zwitterdasein zwischen Industrieproletarier und Landproletarier führen läßt, der ihn vom Grund und Boden und seinen Arbeitsmitteln trennt und unter die Fuchtel des Großgrundbesitzers oder des industriellen Unternehmer stellt. Er wurde massenhaft in einen Land-Taglöhner oder industriellen Lohnarbeiter verwandelt. Oder sein Landsitz wurde derart verzwergt oder verschuldet, daß er, als Fußkugel an seinem Bein, ihn in die drückendste Hörigkeit gegenüber dem Großgrundbesitz und dem Industriekapital versetzte. Die Methode der zur Herrschaft gelangten Arbeiterklasse dem Kleinbauern gegenüber kann dagegen nur die der Hilfe und der Erziehung sein, damit er den Weg zum Sozialismus finde. Es gilt, die Lage des Kleinbauern als Kleinbauern wirtschaftlich zu erleichtern durch allseitige Hilfe der sozialisierten Industrie und des Handels. Es gilt den Kleinbauern von der bürokratischen Schreiberzunft, die ihn bevormundete, zu befreien und ihm den Weg zur Verwaltung seiner eigenen Angelegenheiten durch ihn selbst zu eröffnen; es gilt schließlich, die Ansätze der kleinbäuerlichen Genossenschaften auszubauen, damit der Kleinbauer stufenweise zur genossenschaftlichen Produktion auf großer Stufenleiter gelangt. Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellen wir folgendes Programm auf:

II.

Gliederung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Landwirtschaftliche Großbetriebe sind diejenigen, die ständig fremde Arbeitskraft gegen Lohnarbeit zur Erzielung kapitalistischen Profits anwenden und deren Inhaber nicht selbst landwirtschaftliche Arbeit verrichten.

Landwirtschaftliche Kleinbetriebe sind diejenigen Betriebe, die fremde Arbeitskraft nicht oder nur in der Weise beschäftigen, daß sie der Hauswirtschaft nach Lebensweise oder Arbeitsweise eingegliedert sind, wie die Besitzer und ihre Familienangehörigen selbst, und deren Ertrag nicht ganz oder gerade noch ausreicht, um ihre Besitzer zu erhalten.

Landwirtschaftliche Zwergbetriebe sind diejenigen, deren Ertrag nur einen Bruchteil des Unterhalts ihrer Besitzer liefert, deren Besitzer ihr Haupteinkommen aus anderen Quellen: landwirtschaftlicher oder industrieller Lohnarbeit, Kleinhandwerk oder Kleinhandel usw. beziehen.

Landwirtschaftliche Mittelbetriebe sind solche, die einen regelmäßigen Ueberschuß über den Bedarf ihrer Besitzer erzielen, die aber in der Hauptsache auf die Arbeitskraft ihrer Besitzer und deren Familienangehörige sich stützen.

Großbäuerliche Betriebe sind diejenigen, die überwiegend sich fremder Arbeitskraft bedienen, deren Besitzer aber selbst sich an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligen.

III.

Forderungen.

Um das Ziel der Befreiung des ländlichen Proletariats und des Kleinbauerntums von kapitalistischer Ausbeutung und der sozialistischen Betriebsweise in der Landwirtschaft zu erreichen, stellt die Vereinigte Kommunistische Partei die folgenden Forderungen auf:

A. Für den Großbetrieb.

1.

Aller Großgrundbesitz, der im Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird samt lebendem und totem Inventar und den dazugehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebskapital ohne Entschädigung vom sozialistischen Staat enteignet. Er wird Gemeineigentum der sozialistischen Gesellschaft.

2.

Alle bisherigen gutsherrlichen Rechte und Patronate (gutsherrliche Jagd- und Fischereirechte, Steuerbefreiungen, Polizeirechte usw.) sowie alle Fideikommißrechte werden ohne Entschädigung aufgehoben.

3.

Auf jedem landwirtschaftlichen Großbetrieb bilden die ständig auf ihm beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsleute, Gutshandwerker, Angestellte und die hauswirtschaftlich tätigen Familienangehörigen einen Gutsrat.

4.

Der Gutsrat übernimmt unter Hinzuziehung landwirtschaftlicher Fachleute die genossenschaftliche Bewirtschaftung des Betriebes unter zentraler einheitlicher Leitung für die gesamten landwirtschaftlichen Großbetriebe.

5.

Der Gutsrat bestimmt im Rahmen der zentralen Anordnungen:

1. Die Anstellung und Entlassung von Arbeitskräften.
2. Die Festsetzung der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne.
3. Die Anbau- und Verwendungsart der landwirtschaftlich benutzten Flächen und die Oberleitung der mit dem Gutsrat verbundenen gewerblichen Betriebe.
4. Die Ablieferung der über den Eigenbedarf des Großguts hinaus überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse.
5. Die Feststellung der Bedürfnisse des Großguts an landwirtschaftlichen Arbeitsmitteln, die es nicht selbst erzeugt (Saatgut, Nutzvieh, Milchvieh, Zuchtvieh, Zuchtgut, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Düngemittel, Futterstoffe, chemische Hilfsstoffe, Baumaterial usw.).
6. Die Feststellung und Verteilung des Bedarfs an industriellen Erzeugnissen und Handelsartikeln für den Einzelbedarf (Nahrungsmittel, Kleidung, Hausgerät und Mobiliar an Erzeugnissen der Literatur und Kunst).
7. Die Feststellung des Bedarfs an Betriebskapital.

6.

Die Höhe der für den Eigenbedarf der Genossenschafter des Großguts notwendigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse des Großguts wird zentral festgesetzt. Die Ueberschüsse darüber werden an örtliche Sammelstellen abgeliefert, ebenso wie die Bedürfnisse der Güter an landwirtschaftlichen, industriellen und Handelsartikeln an die örtlichen Sammelstellen überwiesen werden.

7.

Die abgelieferten überschüssigen Erzeugnisse des Großgutes werden der Gutsgenossenschaft gutgeschrieben.

Die Finanzierung des Großgutes wird der Zentralbank des Rätestaates übertragen.

8.

Die Wälder und die Jagd werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammengeschlossenen Wald- und Forstarbeiter und Forstbeamten, die ebenfalls in Räten organisiert sind.

9.

Die Nutzung von Waldungen, die bisher Eigentum bäuerlicher Gemeinden waren, verbleibt den Gemeinden im Rahmen ihrer örtlichen Bedürfnisse. Die Bewirtschaftung geschieht zentral, wie die der übrigen Waldungen.

10.

Die Wasserläufe werden nach Flußgebieten einheitlich bewirtschaftet.

11.

Für die Zeiten der größten Arbeitshäufung im landwirtschaftlichen Betrieb, die eine Erledigung der Arbeit innerhalb bestimmter Fristen erfordern (Bestellung, Ernte), werden landwirtschaftliche Arbeiterkolonnen gebildet, deren örtliche Verteilung zentral bestimmt wird.

12.

Um das Aufgebot ländlicher Arbeiter in den Höhezeiten des Landwirtschaftsbetriebes jederzeit zu ermöglichen, ist erforderlich, daß auch die industrielle Arbeiterschaft von Jugend auf in den Elementen landwirtschaftlicher Arbeit ausgebildet wird.

Andererseits ist erforderlich die Ausbildung der seßhaften Landarbeiterschaft in den Elementen der landwirtschaftlichen und industriellen Technik, im Interesse der technischen Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes selbst, sodann aber um denen, die für die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht in Betracht kommen, den reibungslosen Uebergang in die Industrie zu ermöglichen.

13.

Für landwirtschaftliche Kulturarbeiten großen Stils (Urbarmachung von Oedland, Bewässerung, Entwässerung, Feldbereinigung, Wegebau, Tier- und Pflanzenversuche usw.) werden vom Staat die Mittel und die Arbeitskräfte den Gutsräten zur Verfügung gestellt.

14.

Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz, soweit er nicht im Großbetriebe bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pachten aufgeteilt ist, wird ebenso wie Großbetriebe ohne Entschädigung enteignet. Soweit dieser Landbesitz im Kleinen bewirtschaftet wurde, wird er zur weiteren Nutzung und Bewirtschaftung an die örtlichen Landarbeiter- und Kleinbauernräte überwiesen. Diese haben seine Nutzungs- und Betriebsart unter Beachtung der Interessen der bisherigen kleinbäuerlichen Bewirtschafter zu regeln.

15.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, die in kleinbäuerliche Betriebe eingesprengt und von keiner ausschlaggebenden wirtschaftlichen Bedeutung sind, können unter die Klein- und Zwergbauern der Umgebung aufgeteilt werden, um deren Betriebe so zu erweitern, daß ihre Besitzer sich selbst erhalten können.

16.

Die staatlichen Domänen, soweit sie nicht in Kleinpachten zerteilt sind, bilden Muster- und Versuchswirtschaften unter unmittelbarer Leitung der provinziellen oder Staatszentrale. Ihnen werden landwirtschaftliche Fach- und Hochschulen angegliedert.

17.

Die Ueberwindung des kulturellen Gegensatzes zwischen Stadt und Land soll vom Staat eingeleitet werden dadurch, daß alle Elemente städtischer Kultur dem Lande zugänglich gemacht werden durch Ausbau eines engen Netzes von Schnellbahnen und anderen Verkehrsmitteln. Ferner, im Interesse der Produktion selbst, durch weitgehende Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft, Gas usw. und endlich durch planmäßige Vereinigung von landwirtschaftlichen mit industriellem Großbetrieb.

B. Für den klein- und mittelbäuerlichen Betrieb.

1.

Das Privateigentum des Klein- und Mittelbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet. Er erhält das bisher von ihm bewirtschaftete Land zur freien Verfügung überwiesen.

2.

Der Kleinbauer verwaltet seine wirtschaftlichen und Verwaltungsangelegenheiten selbst im Wege der Räteverfassung. Diese Selbstverwaltung tritt anstelle der bürokratischen Bevormundung im kapitalistischen Staat.

3.

Die in kleinbäuerlichen Betrieben beschäftigten Werktätigen einschließlich der in ihrer Hauswirtschaft tätigen weiblichen Familienangehörigen schließen sich örtlich zu Kleinbauernräten zusammen.

Den Kleinbauernräten gehören auch die in den Dörfern ansässigen Kleinhandwerker und Kleinkaufleute an, die keine fremden Arbeitskräfte ausbeuten. Die örtlichen Kleinbauernräte schließen sich ihrerseits mit den Gutsräten, die innerhalb der Markung bestehen, und mit den im Dorfe etwa ansässigen industriellen Arbeitern zu Dorfräten zusammen.

Die Kleinbauernräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kleinbauern. Die Dorfräte besorgen die gemeinsamen wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Gemeindeverwaltung des Dorfes.

4.

Die Kleinbauernräte vermitteln den gemeinsamen Bezug von Düngemitteln, Futtermitteln, Saatgut, Zuchtvieh, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen und Lebensbedarf aller Art.

Sie kontrollieren zusammen mit den örtlichen Guts- und Arbeiterräten die Ablieferung ihrer überschüssigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an die örtlichen Sammelstellen.

5.

Die sozialistisch organisierte Industrie versorgt die Kleinbauern mit industriellem Lebensbedarf. Sie fördert die Vergenossenschaftlichung

der Kleinbetriebe durch den Ausbau eines feinmaschigen elektrischen Kraftnetzes, durch Lieferung gemeinschaftlich zu benutzender Maschinen und Gebäude, durch Ausbau der bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften, durch Ausweitung des allgemeinen und Fachunterrichts, durch kostenloses Zurverfügungstellen von Fachleuten für technische Verfahren usw.

6.

Eine Uebergangsstufe zum genossenschaftlichen, landwirtschaftlichen Großbetrieb bildet die Zusammenlegung der Kleinbetriebe einer Markung zu einem einheitlichen Betrieb der Markgenossenschaft (Landkommune), die von den Markgenossen gemeinsam bewirtschaftet wird. Eine Markgenossenschaft wird durch freien Beschluß der kleinbäuerlichen Ansassen der Dorfmarkung gebildet.

Der Ansatz einer Markgenossenschaft kann durch freie Vereinigung einer beliebigen Anzahl von Kleinbauern gebildet werden, die sich als Landgenossen zusammenschließen.

In den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Vereinen bilden die Klein- und Zwergbauern Fraktionen, die bei der Lieferung von industriellen Erzeugnissen gegenüber Mittel- und Großbauern besonders bevorzugt werden.

7.

Die Markgenossenschaft wie kleinere Landgenossenschaften werden von der sozialistischen Industrie unterstützt durch Errichtung von Markscheunen, Markställen und anderen Markgebäuden, durch Zurverfügungstellung von Geometern, Technikern, landwirtschaftlichen Fachleuten, durch Stellung von Landarbeiterkolonnen zur Bestell- und Erntezeit, durch Stellung von Inventar und Betriebskapital.

8.

Schulunterricht, der allgemeine Fachausbildung umfaßt, Lehrmittel und Unterhalt während der Schulzeit sind frei.

9.

Allen Schulen in Stadt und Land soll hinreichender Boden zur praktischen Ausbildung der Schüler in den Hauptzweigen landwirtschaftlicher Arbeit vom Staat zur Verfügung gestellt werden.

10.

Die Hypotheken auf Grundbesitz werden verstaatlicht. Sie sind unkündbar und können vom Staat gelöscht werden.

11.

Das Privateigentum der Großbauern an Land- und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet, es sei denn, daß sie der Räterepublik feindlich gegenübertreten.

In diesem Falle werden die Betriebe in staatliches Gemeineigentum überführt, um entweder unter die umliegende Kleinbauernschaft und die auf ihnen beschäftigten Arbeiter, Knechte und Mägde aufgeteilt oder diesen zu genossenschaftlichen Bewirtschaftung überwiesen zu werden.

C. Die wirtschaftliche und politische Gliederung der Guts-Kleinbauern- und Dorfräte.

1.

Die örtlichen Guts-, Kleinbauern- und Dorfräte schließen sich nach wirtschaftlichen Bezirken und schließlich für das ganze Staatsgebiet zusammen.

Jede dieser Räteorganisationen wählt aus ihrer Mitte einen Vollzugsausschuß, der die laufenden Geschäfte unter der Kontrolle der Räte besorgt und das Recht hat, Fachleute heranzuziehen. Die oberste wirtschaftliche Rätekörperschaft für die Landwirtschaft ist der Zentralkongreß der Arbeiter- und Kleinbauernräte. Er wählt aus seiner Mitte als führendes Organ den Zentrallandwirtschaftsrat. Dieser gehört dem Zentralwirtschaftsamt an und setzt gemeinschaftlich mit ihm die allgemeinen Bestimmungen für den Betrieb der Landwirtschaft fest.

2.

Die Dorfgemeinden verwalten sich durch Dorfräte. Die laufenden Geschäfte besorgt der Vollzugsausschuß des Dorfrates.

Die Mitglieder des Vollzugsausschusses wie des Dorfrates können jederzeit von ihren Wählern abberufen werden. Die Dorfräte schicken ihre Delegierten zu den Kreis-, Arbeiter- und Bauernräten, diese zu den Bezirks-, Arbeiter- und Bauernräten usw., die gemeinschaftlich mit den übrigen Räten die politische Gewalt in ihrem Gebiet ausüben.

Die bürokratische Bevormundung der Landbevölkerung wird durch ihre Selbstverwaltung ersetzt.

Die Organisation der Partei.

Von Heinrich Brandler.

I.

Der Kommunismus ist die Lehre von dem Befreiungskampf des Proletariats. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, diese Lehre in die Praxis umzusetzen. Der Kapitalismus ist durch den Weltkrieg moralisch und tatsächlich derart geschwächt worden, daß er nur weiter leben kann, wenn die Arbeiter ihn auf Kosten ihrer eigenen Existenz stützen. Das will heute noch ein Teil der Arbeiterschaft. Jener Teil, der in der Vorstellungswelt des Klassenkampfes des Kapitalismus in der Zeit seiner Prosperität befangen ist, als der Kapitalismus dem Proletariat noch eine gewisse Lebenssicherheit gab und deshalb eine revolutionäre Massenkraft nicht aufkommen ließ. Es sind das jene Schichten, die heute noch hinter der abhängigen und unabhängigen Sozialdemokratie stehen. Aus Furcht vor den schweren Kämpfen um die Macht wollen die Sozialdemokraten jetzt den todwunden Kapitalismus wieder herstellen. Die Kommunisten sehen gerade in den Auswirkungen des kapitalistischen Niederbruchs die Kraftquelle zum Sturz des Kapita-

lismus und betrachten es als ihre Aufgabe, den revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu organisieren.

Der Kapitalismus verfällt immer mehr, weil die Existenz der kapitalistischen Wirtschaft an die Beibehaltung des Kapitalprofits gebunden ist. Die Beibehaltung der kapitalistischen Profitwirtschaft verschärft jedoch heute die kapitalistische Ausbeutung so, daß sie für die besitzlosen Massen unerträglich wird. Das schafft in diesen Massen den ernsten Willen und die Kraft zum ernsthaften Kampf um die Beseitigung des Kapitalprofits, zum Sturz der kapitalistischen Staatsmacht und der kapitalistischen Ausbeutung.

Die Abhängigen und die Unabhängigen stellen sich schützend vor den Kapitalprofit, die einen durch Noskes Organisationstätigkeit zur Schaffung einer gegenrevolutionären bewaffneten Macht und durch ihr Flüchten auf den Boden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, der Arbeitsgemeinschaft mit den Kapitalisten wirtschaftlich und politisch; die anderen, die Unabhängigen, auf demselben Boden, nur polternd und Krakeel machend, ohne bis zur Konsequenz Noskes vorzudringen, jedoch nur deshalb, weil sie bislang dazu noch zu schwach waren.

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat stellen sich diese sozialdemokratischen Politikanten vor als eine Ausdehnung ihrer Parteiorganisation, die ihnen die Möglichkeit bietet, ohne ernsthafte eigene Erschütterung den bürgerlichen Staatsapparat zu erobern und die bürgerlichen Minister und Bürokraten durch ihre Partei- und Gewerkschaftssekretäre zu ersetzen. Sie wollen die elementaren Massenaktionen zügeln und abtemperieren zu jener behaglichen Wärme, die ihre demokratisch parlamentarische Gesetzgebungsmaschine betriebsfähig macht, mittels der sie dann die arbeitenden Massen mit „sozialen" und „gerechten" Gesetzen und Verordnungen in das gelobte Land des Sozialismus hineinbugsieren. Ein pazifistisches Spießbürger-Idyll. Ihre Parteiorganisation ist diesen Bedürfnissen angepaßt. Anders wir Kommunisten. Wir setzen dieser kleinbürgerlich-ängstlichen Vorstellungswelt den revolutionären ungezügelten wilden Massenkampf der aus tiefster Not um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterklasse entgegen, die nicht den bürgerlichen Staatsapparat für sich erobern, nein, die die bürgerliche Staatsmacht zerschlagen will; wir setzen ihr entgegen nicht die Bürokratie, sondern die auf die Rätemacht aufgebaute Diktatur des Proletariats. Diesen, den Auffassungen der Sozialdemokratie entgegengesetzten Aufgaben muß die Organisation der Partei angepaßt werden.

II.

Die Organisationsform entspringt nicht aus der blauen Luft. Die Organisation muß anknüpfen an das vorhandene. Die Parteientwicklung der deutschen Arbeiterschaft ist belastet mit den Traditionen der Vergangenheit. Das beste Organisationsstatut schafft diese Traditionen nicht aus der Welt. Diese können nur überwunden werden durch die Erfahrungen im Kampfe selbst. Am schwersten ist die deutsche Arbeiterbewegung belastet durch die Passivität der deutschen Arbeiterbewegung, die in ihrer 70jährigen Geschichte nur selten selbsthandelnd auftrat, sondern dem Wesen der deutschen Arbeiterbewegung entsprechend nur handelnd auftrat mittelbar durch ihre gewählten Vertreter, durch die

Abgeordneten in den Parlamenten und die Bürokratie in den Gewerkschaften. Auch wenn die deutsche Arbeiterschaft in politischen Demonstrationen und gewerkschaftlichen Streiks selbst aktiv in den Vordergrund trat, wurden diese Aktionen immer gegängelt von den „Führern". Elementare revolutionäre Massenausbrüche weist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung überhaupt nicht auf. Die Partei- und Gewerkschaftsstatuten weisen deshalb den Mitgliedern der Partei und der Gewerkschaften nicht bestimmte Aufgaben, sondern nur ein ganz allgemeines Bekenntnis zu. Anders der Statutenentwurf der Organisationssatzungen, der auf dem Vereinigungsparteitag zum Parteigesetz erhoben werden soll. Es heißt da:

Aufgaben der Mitglieder.

§ 2.

Die Parteimitglieder haben die Pflicht, im Sinne der Grundsätze und Taktik der Partei zu wirken und deren Beschlüsse durchzuführen. Sie haben sich in den Betrieben und in allen Körperschaften, in denen die Partei die Arbeit der Kommunisten für notwendig hält, insbesondere in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften zusammenzuschließen und einheitlich in engster Verbindung und im Einverständnis mit der zuständigen Parteiorganisaton unter den Arbeitern der Betriebe und den Mitgliedern der genannten Körperschaften für die kommunistische Bewegung zu wirken.

In den Betrieben haben sich die zur kommunistischen Betriebsfraktion vereinigten Mitglieder einen Fraktionsvorstand zu wählen, der jederzeit zurückberufen werden kann.

Nach den Bestimmungen dieses Statuts genügt es nicht mehr, ein bloßes Bekenntnis zum Kommunismus abzulegen, sondern es enthält als Voraussetzung der Mitgliedschaft die Verpflichtung, für den Kommunismus zu wirken.

Dem Grundgedanken der Kommunistischen Partei entsprechend: die revolutionäre Selbstbetätigung der Mitglieder anzuspornen, ist auch der Aufbau, die Gliederung und die Umstellung der Partei vom Wahlverein auf die Kampforganisation von grundsätzlicher Bedeutung.

So lautet

§ 3:

Die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands baut ihre Organisation nicht auf nach Wahlkreisen, sondern nach Wirtschaftsgebieten, die zu Bezirken zusammengefaßt werden.

Die Ortsgruppe ist als unterste Einheit der Partei beibehalten, ihre Gliederung ist jedoch nicht nur durch die geographische Distriktseinteilung gegeben, sondern gleichzeitig durch die im Statut vorgesehene Mitwirkung der Betriebsfraktionen.

§ 5.

Zur Erledigung der politischen und organisatorischen Aufgaben der Ortsgruppe wird ein Vertrauensmännerkörper von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung der Ortsgruppe gewählt. Die Vorschläge dazu sind von den vereinigten kommunistischen Betriebsfraktionen oder deren Vorständen und den Distriktsversammlungen zu machen. Ferner delegieren in den Vertrauensmännerkörper die kommunistische Fraktion der Betriebsräte, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der

Gemeindeparlamente, sowie die Abteilung für die Frauen- und die Jugendagitation ihre Vertreter.

Die Organisationsform der Kommunistischen Partei ist nicht erfunden worden, sondern sie ist das Ergebnis des entwickelten revolutionären Klassenkampfes. Die Arbeiterbewegung ist durch den Niederbruch des Kapitalismus aus dem Rahmen der parlamentarischen Taktik und aus dem Rahmen eines bloßen Kampfes um Reformen innerhalb des Kapitalismus herausgewachsen; dem trägt der Aufbau der Kommunistischen Partei Rechnung, indem sie als Partei die revolutionäre Vorhut des Proletariats sammelt und durch die Verankerung der Partei in den Betrieben, in den Gewerkschaften und den Betriebsräten die lebendigen Kräfte des revolutionären Massengeschehens durch den Aufbau der Partei selbst freisetzt. Die sozialdemokratische Partei der Vorkriegszeit und jetzt ist eine Partei von kleinbürgerlich-ängstlichen proletarischen Massen, die dem Klassenkampf aus dem Wege gehen wollen, die durch eine Führerschicht, die mit den Klassenfeinden kuhhandelt, einige Reformen erlisten und erbetteln wollen. Die Führer kommandieren, wie Schachfiguren zu sogenannten „Aktionen", ihre Mitglieder, die ihren parlamentarischen und gewerkschaftlichen Scheinkampf wie der Chor im antiken Drama mit Beifall oder, wenn es die Situation erfordert, auch mit Murren begleiten. Dies alles unter dem Deckmantel einer Scheindemokratie der Mitgliedschaften, die in Wirklichkeit jedoch nur Gegenstand mehr oder weniger geschickter Demagogenkniffe sind. Die Kommunistische Partei erfaßt die revolutionäre Vorhut des Proletariats, um als geschlossene Partei die Führung und Leitung der revolutionären Massenkämpfe um die Eroberung der politischen Macht zu übernehmen und nach Eroberung der Macht als Kern des proletarischen Uebergangsstaates während der Periode der Diktatur den Aufbau der kommunistischen Wirtschaft und Gesellschaft zu leiten.

Eine solche ausgesprochene Kampfpartei muß aufs straffste zentralisiert sein. Diese Zentralisation ist jedoch nicht die Diktatur eines Führerklüngels, sondern tatsächlich nur die in freiwilliger Selbstdisziplin verbundene Kampfkraft der revolutionären Vorhut des Proletariats.

Die höchste Instanz ist der Parteitag. Stimmrecht haben nur gewählte Delegierte; die verschiedenen Funktionäre und Vertreter, von der Zentrale bis zu den Fraktionen, haben nur beratende Stimme und nur außer der Zentrale ein Delegationsrecht. Alle Funktionäre können jederzeit abberufen werden, die Zentrale wird auf jedem Parteitag neu gewählt. Die Zentrale gliedert sich in ein Organisationsbüro und in ein politisches Büro, sie hat entscheidende Gewalt gegenüber allen Parlaments- und anderen Fraktionen, sowie über die gesamte Partei.

Die Zentrale wird nicht nur auf jedem Parteitag neu gewählt, sondern wird kontrolliert durch einen Zentralausschuß der Partei, der von Delegierten aus den Bezirken gebildet wird, die bis 20 000 Mitglieder einen, bis 50 000 zwei, über 50 000 drei Delegierte in den Zentralausschuß entsenden. Der Zentralausschuß hat die Gewalt eines Parteitages, wenn aus Gründen der Illegalität ein Parteitag nicht zusammentreten kann.

Dieses neue Parteistatut knüpft an die gegebenen Organisationsverhältnisse an. Für den Spartakusbund ist neues grundlegendes nicht hinzugekommen. Anders für unsere Genossen der linken U. S. P., mit denen wir uns auf dem Parteitag offiziell verschmelzen wollen. Für sie bedeutet dieses Statut einen Bruch organisatorisch, wie ihr Anschluß an die Dritte Internationale den Bruch politisch bedeutet.

Mit diesem Statut ist die zur Zeit größtmöglichste Zentralisation, die unbedingte Voraussetzung für eine revolutionäre Massenpartei ist, gegeben. Die Zentralisation ist aber nicht gegründet auf blinden Kadavergehorsam, oder eine mechanische Unterordnung der Parteikämpfer unter eine über den revolutionären Massen schwebende Zentralgewalt: die durch dieses Statut geschaffene Form der Partei ist die vereinigte revolutionäre Kraft, die zentrale Zusammenfassung der in der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats lebenden Energien. Die große kommunistische Massenpartei, die bislang der deutschen Revolution mangelte, wird hiermit geschaffen. Lebt der Geist, der dem Statut zugrunde liegt, in der neuen vereinigten Partei, dann werden wir siegen.

Die Arbeit in den Gewerkschaften.

Von Jakob Walcher.

Nach der Novemberrevolution kam die Arbeiterklasse in Bewegung. Nur ein geringer Teil des Proletariats war organisatorisch mit den Mehrheitssozialdemokraten und der Unabhängigen Partei verbunden. Der Spartakusbund hatte sich noch nicht selbständig konstituiert. Welche Tendenzen stärkeren und beherrschenderen Einfluß auf die Arbeiterschaft erlangen würden, hing ab vom Verlauf und Wesen der Revolution. Insbesondere in den Gewerkschaften war die Situation ungeklärt. Wäre es gelungen, der Revolution einen ausgesprochen proletarischen Charakter zu geben, so hätte das unstreitig die Gewerkschaftsbewegung, sowohl der Form wie dem Wesen nach, aufs stärkste beeinflußt. Noch auf dem Gründungsparteitag war das vorläufige Geschick der Revolution nicht klar entschieden. Im Gegenteil, die Mehrheit der Kongreßteilnehmer hielt den baldigen Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie für durchaus wahrscheinlich. Es ist deshalb kein Zufall, daß der Gründungsparteitag zum Gewerkschaftsproblem keine Stellung nahm.

Die deutsche Revolution nahm leider einen anderen Verlauf als die Mehrheit des Gründungsparteitages zuversichtlich glaubte. Damit komplizierte sich auch das Gewerkschaftsproblem. Nach dem Verlauf des großen Bergarbeiterstreiks schien die Möglichkeit gegeben, die alten konterrevolutionären Gewerkschaften durch die Unionen, die sich auf die Betriebsorganisationen gründeten, zu überwinden. Es ist zwar nicht richtig, wenn der Zentrale der K. P. D. vorgeworfen wurde, sie sei bei der Gewerkschaftsfrage von einem Extrem ins andere gefallen. Die Zentrale wie die Gesamtpartei hat sich in keinem Stadium für die Unionen eingesetzt. Die Partei hat allerdings einige Monate eine

zögernde Haltung eingenommen, die ihre Begründung in dem unklaren Verlauf der deutschen Revolution fand. Nachdem die Januar- und Märzkämpfe und die Niederwerfung der bayerischen Räterepublik das Schicksal der deutschen Revolution einstweilen entschieden hatten, hat sich die Zentrale mit aller Entschiedenheit für die Tätigkeit der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften eingesetzt.

Was man also der Zentrale mit Unrecht zum Vorwurf macht, trifft allerdings auf einige Bezirke zu. Die Bezirke in Rheinland, Mitteldeutschland, Berlin und an der Wasserkante haben sich mit aller Energie für die Unionen eingesetzt. Die praktische Erfolglosigkeit dieser Arbeit in Verbindung mit der auf dem Heidelberger Parteitag erfolgten theoretischen Klärung haben dazu geführt, daß sich die Partei geschlossen gegen die Unionen wandte — die ganz besonders gearteten Verhältnisse bei den Bergarbeitern ausgenommen — und alle Genossen verpflichtete, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten. Wenn es auch nach dem Heidelberger Parteitag noch einzelne Genossen gab, die mit der neuen Linie nicht einverstanden waren, so ist heute die Partei auch in dieser Frage absolut geschlossen. Die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften, die sich allerdings im konterrevolutionären Sinne geltend macht, ist namentlich im Kapp-Putsch so überragend in Erscheinung getreten, daß man die Augen schon gewaltsam verschließen muß, um die Tatsachen nicht zu sehen.

Es ist klar, wir wären ein gewaltiges Stück weiter, wenn unsere Genossen der Gewerkschaftsfrage mehr Aufmerksamkeit geschenkt und sich praktisch in den Gewerkschaften betätigt hätten. Heute ist nicht zu viel gesagt, wenn wir aussprechen, daß das Schicksal der deutschen Revolution von dem Erfolg unserer Arbeit in den Gewerkschaften abhängt.

„Die Bedingungen, unter denen der gewerkschaftliche Kampf bisher geführt wurde, sind verschwunden, sein Ziel, die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse im Rahmen des Kapitalismus ist zur Utopie geworden. Entweder Versklavung des Proletariats oder Kampf um den Sozialismus, das ist die Lage." (Radek: Die deutsche Revolution und die Aufgaben der K. P. D.)

Diese Feststellung, die selbst die Hilferdinge nicht zu bestreiten wagen, besagt nicht, daß die Gewerkschaften überflüssig geworden sind. Es kommt darauf an, sie zu Organen des Kampfes zum Zwecke der Zertrümmerung des Kapitalismus zu machen. Und dies geschieht, indem wir den Arbeitermassen die Konsequenzen aus den fruchtlosen Lohnkämpfen vor Augen führen, indem wir, nicht in der blauen Luft, sondern an Hand des reichen Tatsachenmaterials, das uns jeder Tag liefert, die rückständigen Massen vom Bankrott des Kapitalismus wie von dem Bankrott der alten Gewerkschaftsbürokratie überzeugen.

Für unser Wirken in den Gewerkschaften ist der Boden heute außerordentlich günstig. Damit aber auch wirklich mit der aufgewendeten Energie der größte Erfolg erzielt wird, müssen wir uns klar sein, wie wir zu arbeiten haben.

Damit haben wir noch nichts gewonnen, wenn wir ständig wiederholen, was schon in Heidelberg festgelegt wurde und was uns der 2. Kongreß der 3. Internationale zur Pflicht machte: Es müssen kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften gegründet werden.

Das ist selbstverständlich. Aber wir würden gut tun, über Selbstverständliches nicht so viel zu reden, daß wir dabei fast das Handeln vergessen. Unsere Genossen sollten sich an den Mehrheitssozialisten ein Beispiel nehmen. Sie reden nicht von Fraktionsbildungen, sie bringen es sogar fertig, gegen fraktionelle Zusammenschlüsse der Kommunisten den Ausschluß aus den Gewerkschaften zu verlangen, während sie gleichzeitig ihre Anhänger in den Gewerkschaften zusammenfassen. Wenn dies noch in bescheidenen Grenzen geschieht, so nur deswegen, weil sie noch die übergroße Mehrzahl der Gewerkschaften beherrschen und andererseits die Dißmänner die Geschäfte der Mehrheitssozialisten so wirksam besorgen, daß diese wahrhaftig keine Ursache haben, sich in große Unkosten zu stürzen.

So notwendig und richtig die engste Zusammenfassung der in den Gewerkschaften tätigen Genossen ist, wichtiger ist die Frage, wieviel unserer Genossen in den Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen sich betätigen. Da begegnet man zuweilen noch recht sonderbaren Vorstellungen. Da sagt ein ganz Vorsichtiger: die Kommunisten haben sich nicht um den alltäglichen Kleinkram zu kümmern, sie dürfen sich nicht zum Fürsprecher bei Lohnbewegungen machen, weil sie sonst rettungslos im Opportunismus versumpfen. Solche Einwände, die glücklicherweise sehr selten sind, verraten eine solche Unkenntnis der objektiven Lage, wie der Aufgaben der Gewerkschaften, daß sie aufs Schärfste zurückgewiesen werden müssen. Diese Methode würde uns mit tötlicher Sicherheit zur absoluten Einflußlosigkeit verdammen. Der Kommunist muß in der Gewerkschaft wie im Betrieb ehrlich, selbstlos für die unmittelbaren Interessen seiner Kollegen eintreten. Nur so wird er Vertrauen gewinnen, nur so wird es ihm möglich sein, seinen rückständigen Kollegen die Schranken der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu zeigen und sie von der Naturnotwendigkeit des revolutionären Kampfes zu überzeugen. Nur in diesem Fall wird uns die Revolutionierung der Gewerkschaften gelingen, nur so werden wir den K. A. P.-Leuten den Beweis liefern, daß ihre Boykottierung der Gewerkschaften der Revolution schweren Schaden zufügt.

Die Gefahr einer opportunistischen Versumpfung unserer Gewerkschaftsfunktionäre in einer Periode, wo der zerfallende Kapitalismus dem Reformismus so viel Boden entzogen hat, wird meines Erachtens überschätzt. Daß sie besteht, bestreite ich durchaus nicht. Ihr werden wir zu begegnen wissen, indem wir von jedem Parteigenossen die strikte Befolgung der Parteidisziplin verlangen müssen. In der K. P. D. wird es nicht möglich sein, daß ein Genosse etwa, wie in der alten U. S. P., zuerst Gewerkschaftler und dann erst Parteigenosse ist. Eine strenge Kontrolle wird darüber zu wachen haben, daß in der Praxis absolute Einheitlichkeit zwischen den örtlichen Parteiorganisationen und den Kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen besteht.

Das alles ist ganz klar und selbverständlich. Schwierigkeiten und ernste Gefahren ergeben sich erst bei der praktischen Ausübung der Kontrolle. Wer soll die Kontrolle ausüben? Die örtlichen Parteisektionen? Wenn das uneingeschränkt geschieht, werden wir vor unangenehmen Ueberraschungen und schweren Schädigungen nicht bewahrt bleiben. Der eine lokale Parteivorstand wird verbrennen, was der andere anbetet. Nicht jeder lokale Parteivorstand bietet auch die

absolute Gewähr, daß er der gewerkschaftlichen Arbeit mit dem erforderlichen Verständnis gegenübersteht. Sollen wir unsere gewerkschaftliche Arbeit durch solche Zufälligkeiten hemmen und stören lassen? Mancherorts könnte ein solcher Zustand für uns eine ähnliche Wirkung wie die Austrittsparole haben und uns von den Massen isolieren. Anscheinend auf Grund ähnlicher Erfahrungen hat der neunte Kongreß der K. P. R. (19. März bis 4. April 1920) folgendes beschlossen:

> Daher muß in jeder Gewerkschaft eine disziplinierte, organisierte kommunistische Fraktion bestehen, jede Parteifraktion ist ein Teil der Organisation, die dem Parteikomitee untergeordnet ist. Die Fraktion des Gesamtrussischen Zentralrates der Gewerkschaften ist dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands untergeordnet. Alle Beschlüsse des Gesamtrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, die die Bedingungen und die Organisation der Arbeit betreffen, sind für alle Gewerkschaftsorganisationen, sowie für die in ihnen arbeitenden Parteimitglieder bindend und können von keinem anderen Parteiorgan, außer dem Zentralkomitee aufgehoben werden. Die Ortskomitees müssen die ideelle Arbeit der Gewerkschaften lenken, dürfen aber auf keinen Fall zu ihrer kleinlichen Bevormundung greifen. Die Beziehungen zwischen den örtlichen Parteikomitees und den Fraktionen der Gewerkschaften sind durch entsprechende Paragraphen der Parteistatuten genau reguliert.

Eine ähnliche Regelung scheint mir auch für uns notwendig. Es ist Sache der Zentrale, zusammen mit den praktisch in den Gewerkschaften tätigen Genossen, das Erforderliche zu veranlassen.

Ein Wort noch zu der Propaganda für die rote Gewerkschaftsinternationale. Daß wir sie mit allem Eifer zu betreiben haben, braucht kaum unterstrichen zu werden. Die Argumente gegen die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale liegen auf der Straße. Wir brauchen sie nur aufzulesen. Die Frage Amsterdam oder Moskau gipfelt in der Alternative: Reformen oder revolutionärer Klassenkampf. Die Anhänger der Betriebsorganisation werfen der Dritten Internationale Inkonsequenz vor, weil sie sich gegen die Austrittsparole wendet. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ist keine lebendige Massenorganisation, sie ist die Einheitsfront zwischen Gewerkschaftsbürokratie und Bourgeoisie. Und die gilt es zu zerstören, um aufzubauen die Einheitsfront der revolutionären Arbeiter des ganzen Erdenrundes. Welches ist die kleinste Einheit, die zweckmäßig die Trennung von Amsterdam vollzieht und den formellen Anschluß an die Rote Gewerkschaftsinternationale bewerkstelligt? Meines Erachtens kann hier nur die Lösung in Betracht kommen, wie sie Genosse Losowski auf Grund der Erfahrungen in Rußland vorschlägt. Er schreibt darüber:

> Was die einzelnen Verbände anbetrifft, die sich dem Internationalen Rat der revolutionären Gewerkschaften bereits angeschlossen haben, so haben sie unbedingt in ihren nationalen Vereinigungen zu verbleiben. Die russischen Textilarbeiter-, Metallarbeiter-, Bauarbeiter- usw. Verbände sind den entsprechenden internationalen Vereinigungen offiziell beigetreten, obgleich der größte Teil dieser Verbände in den anderen Ländern an Amsterdam angeschlossen ist. Innerhalb dieser Internationalen Vereinigung werden die revolutionären Verbände für ihre Ideen kämpfen, sie werden, ebenso wie die Ortsgruppen und Kartelle, in den Organisationen bleiben.

Wer sich darüber klar ist, daß der Anschluß der deutschen Gewerkschaften an die Rote Gewerkschafts-Internationale zur Voraussetzung hat die Revolutionierung der Massen, der wird dem formellen Anschluß keine so große Bedeutung beimessen. Arbeiten wir mit aller Energie, fest und zielsicher in den Gewerkschaften, dann wird die Zeit bald kommen, wo sich große Einheiten der deutschen Arbeiterschaft bewußt auf den Boden der Roten Gewerkschaftsinternationale stellen.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei.

Von Paul Levi.

Der jüngste Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands konnte Anlaß geben zu wehleidigen Gedanken. Denn dieser jüngste Parteitag war zugleich der letzte der Kommunistischen Partei in der Zusammensetzung, wie sie von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegründet worden war. Die Partei stand am Ende einer Epoche, in der sie ein Ungeheures auszustehen hatte an Verfolgung und Unterdrückung, an Kämpfen und an Schlägen, die sie austeilte und die sie erhielt. In schwerer Illegalität war die Partei darauf angewiesen gewesen, nicht nach der Quantität zu sehen, sondern war gezwungen, sich völlig auf die Qualität zu beschränken. Es waren die Prüfungsjahre für die Kommunistische Partei, sie hielt „Leib und Geist in strenger Zucht" und steht so am Ende einer Epoche.

Rückschauend müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehedem mit einem Ja. Wer an die unbeschreibliche Verwirrung denkt, die im deutschen Proletariat obwaltete in den Monaten November-Dezember 1918, wer an das kindlich-naive Sichgehenlassen der Massen denkt, wer daran denkt, wie ohne jedes klare Ziel und wie haltlos sie zwischen dem Morphium der Scheidemann-Partei und dem Campher des Spartakusbundes hin und her wankten, der wird begreifen: Es mußte, und sei es auch nur eine kleine Kommunistische Partei gegründet werden, die ohne jede moralische, politische, ideelle Verbindung mit der U. S. P., mit den Haase, Dittmann, Barth, Crispien usw. den Gedanken des Kommunismus vertrat. Ohne die Gründung dieser Partei wäre der Weg des deutschen Proletariats ein unendlich viel schwererer gewesen und wir können getrost sagen: die langsame aber doch stetige und organische Entwicklung der deutschen proletarischen Massen, namentlich der in der U. S. P., in der Richtung zum Kommunismus ist zu verdanken schon allein der Existenz einer Kommunistischen Partei.

Ueber das Wann und Wie der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands kann man streiten. Das Wann wird man anders entscheiden, als es im Januar 1919 entschieden wurde, namentlich unter dem Gesichtspunkt der nachfolgenden Ereignisse.

Hätte man bei der Gründung der Partei die lange Periode schwerster Verfolgung voraussehen können, so würde man voraussichtlich das Wann in jenem Zeitpunkt anders entschieden haben und wir wissen ja auch, daß der weitsichtigste Organisator, den der Spartakusbund hatte, daß Leo Jogiches schon bei der Gründung der Kommunistischen Partei über den Zeitpunkt eine andere Meinung hegte. Das Wann der Gründung der Kommunistischen Partei kann aber auch anders beurteilt werden, als es im Dezember 1918/Januar 1919 beurteilt wurde, aus einem Gesichtspunkt, der von der größten Bedeutung ist für die Internationale, für die Bildung der Kommunistischen Parteien in allen Ländern.

Für die Bildung einer Kommunistischen Partei sind zwei völlig verschiedene Möglichkeiten und Notwendigkeiten gegeben. Ist das Proletariat noch nicht in revolutionären Aktionen, so kann die Gründung einer Kommunistischen Partei nicht früh genug geschehen. Kein Kommunist ist heute in Deutschland, der nicht tief bedauerte, daß die Gründung einer Kommunistischen Partei nicht schon längst vollzogen wurde in der Zeit vor dem Kriege, daß nicht schon 1903 die Kommunisten, und wenn auch nur als kleine Sekte, sich zusammentaten und eine wenn auch kleine so doch klare Schar bildeten.

Anders aber liegen die Verhältnisse, wenn die Massen bereits in revolutionäre Aktionen eingetreten sind. Dort kann man sagen: Die Kommunistische Partei kann nicht spät genug gegründet werden. Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger Umstellungsprozeß, der Prozeß ihrer Revolutionierung, ein so ungeheuer rascher, werden bestehende Parteiprogramme und bestehende Parteiinstanzen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei bleiben und so den Revolutionierungsprozeß der Parteimitglieder mit führen können, ein Gewinn ist.

Ueber das Wie der Gründung der Kommunistischen Partei ist heute in den Reihen der Kommunisten Deutschlands kein Streit mehr. Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde damals gegründet aus Elementen, die nicht homogen waren. Es war die kleine Schar von Kommunisten, die schon während des Krieges zum Spartakusbund gestanden hatten, es waren die Gruppen, die während des Krieges im Gegensatz zum Spartakusbund bereits aus der U. S. P. ausgeschieden waren, und es waren Gruppen, die sich überhaupt erst während der Revolution gebildet hatten. Tapfere Kämpfer, ehrliche Revolutionäre, aber ohne jede politische Schulung, die in der Revolution einen Vorgang sahen, wie Horaz ihn beschreibt: concurritur; horae momento cita mors venit aut victoria laeta. (Man stürmet, und in der Stunde Verlauf kommt der Tod oder Jubel des Sieges.)

Wir Kommunisten glaubten, und wir hatten darauf ein gewisses Anrecht, daß es der großen Autorität der Gründer der Partei, der Autorität von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches, gelingen werde, diese Kämpfer in kurzer Zeit zu Kommunisten zu machen. Bereits auf dem Gründungsparteitag erlitten die Kommunisten eine grundsätzliche Niederlage. Gegen die Meinung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurde die Nichtbeteiligung am Parlament beschlossen, und wieder war es Leo Jogiches, der die volle Bedeutung

dieser Abstimmung erkannte, indem er verlangte, unter solchen Umständen von der Gründung der Partei abzusehen. Noch ein Moment ist vielleicht bei der Gründung der Kommunistischen Partei unterlaufen, das damals nicht die genügende Beachtung fand. Wie in jeder Revolution und zumal in einer Revolution, die sich anschloß an einen Krieg, der eine völlige Verwilderung großer Volksteile und eine Demoralisierung weiter Schichten herbeigeführt hatte, trat ein besonderer Faktor in die Revolution ein, das Lumpenproletariat. Wir sehen in ihm durchaus nicht eine Absplitterung des Proletariats, im Gegenteil; das Lumpenproletariat, das der Weltkrieg hervorgebracht hat, entstammt vielmehr bourgeoisen und halbbourgeoisen Klassen. Die waren während des Krieges innerlich noch viel mehr zersetzt worden als das Proletariat, und das ganze Geschmeiß von Schiebern und Betrügern, Spitzeln und Banditen, das die Revolution 1918 mit an die Oberfläche brachte, stammt mehr aus der Bourgeoisie als aus dem Proletariat. Aber, und das war das Bedenkliche, vielfach hefteten sie sich an den Namen von Spartakus. Nicht als ob Spartakus jemals in irgendeiner Verbindung mit jenen Elementen gestanden hätte — jene Elemente bemächtigten sich des Namens Spartakus und identifizierten so vor weiten Kreisen, auch des Proletariats, ihre Räubereien und Schurkenstreiche mit der Politik des Spartakusbundes und der Kommunistischen Partei.

Auch damit ist eine grundsätzliche Frage aufgeworfen worden, die damals nicht genügende Beachtung fand. Wir sagen durchaus nicht, daß eine Kommunistische Partei Bewegungen auch des Lumpenproletariats als nicht existierend betrachten solle und sagen durchaus nicht, daß das Proletariat unter allen Umständen dazu verpflichtet sei, Bewegungen dieser ganzen Klasse aus eigenen Kräften niederzuschlagen. Aber von einem sind wir allerdings tief überzeugt: jede auch nur moralische Gemeinschaft mit lumpenproletarischen Elementen muß von Seiten einer Kommunistischen Partei gemieden werden im Interesse des Einflusses dieser Kommunistischen Partei auf die proletarische Klasse selbst. Das allein, der Einfluß auf die proletarische Klasse, ist für diesen Standpunkt das Entscheidende und es kommt ganz und gar nicht etwa dafür in Betracht, dem Bedürfnis der Moralität bürgerlicher Kaffeeschwestern entgegenzukommen. Grundsätzlich stehen wir also auf dem Standpunkt, den Engels in seiner Vorrede zur Geschichte des Bauernkrieges entwickelt:

> „Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut käuflich und absolut zudringlich. Wenn die französischen Arbeiter bei jeder Revolution an die Häuser schrieben: Mort aux voleurs! Tod den Dieben! und auch Menschen erschossen, so geschah das nicht aus Begeisterung für das Eigentum, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß man vor allem sich diese Banden vom Halse halten müsse. Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet oder sich auf sie stützt, erweist sich schon dadurch als Verräter an der Revolution."

Dieses Problem ist vielleicht in den frühesten Stadien der Kommunistischen Partei nicht scharf genug entwickelt worden.

Die zwei Jahre, die uns von dieser Zeit trennen, sind die härteste Schule für eine Partei gewesen, diese Zeit schwerster Kämpfe

und doch blühendsten Lebens und glühendster Begeisterung. Und das ist auch der Grund, weswegen die Kommunistische Partei Deutschlands am Ende dieser Epoche so gar nicht geneigt ist zu wehleidigen Gedanken. Das, was jetzt kommt, ist nichts anders als das, wofür die Schulung der Kommunistischen Partei in diesen zwei Jahren erfolgte. Die Partei verwächst jetzt mit den Massen, für die sie bestimmt war vom ersten Tage der Revolution an. Die Grenzen, die bisher manchmal enge waren, weiten sich und mit den Grenzen muß der Blick der Kommunisten sich weiten. Wir sind des gewiß, daß die Partei dieser neuen und schweren Aufgabe wird gewachsen sein. Wohl wird, das ist selbstverständlich und verzeihlich, dann und wann in den neuen großen Aufgaben der Gedanke auftauchen, wieviel schöner es war in den Zeiten, als man noch klein beieinander war, wenn die Zeiten vielleicht auch damals schwerer waren. Es ist ein Gedanke, den man ebensowenig übelnehmen kann, wie man es dem reifen Manne übelnehmen kann, wenn er der Zeiten gedenkt, wo er klein war und irgendwo auf dem Lande in einem kleinen Häuschen und in einem kleinen Stübchen von Milch und Schwarzbrot sich nährte. Nur darf bei allen schönen Erinnerungen der Wille, der neues schaffen will, nicht rasten. Zu neuen Ufern führt die Partei ein neuer Tag. Sie wird den neuen Aufgaben gewachsen sein.

15. November 1920.

Der Charakter der Weltwirtschaftskrise.

(Auf Grund eines Referats auf dem Parteitag vom 2. November 1920.)

Von A. Thalheimer.

Die kapitalistische Welt ist offenbar in eine neue Periode revolutionärer Stürme eingetreten: Riesenstreiks in England, Riesenaussperrungen in Italien, Massen-Arbeitslosigkeit in Tokio und Chicago, in London und Roubaix, in Kopenhagen und Berlin, in Warschau und Barcelona, in Südafrika und in Indien. Die treibende Kraft dieser neuen Stürme ist eine neue kapitalistische Weltkrise, die den relativen Aufschwung nach Kriegsende abgelöst hat. Der Krieg hat auf der einen Seite kolossale neue Produktivkräfte geschaffen, in Amerika, Japan, England, auf der andern Seite hat er Mittel-, Süd- und Osteuropa ausgehungert, allgemein aber arbeitete die gesteigerte Produktion fast ausschließlich für den Armeebedarf, während der Bedarf der Zivilbevölkerung und der heimgekehrten Soldaten an Kleidung, Wohnung, Hausgerät usw. nicht befriedigt wurde. Nach kurzen zweieinhalb Jahren setzt der Umschwung ein. Wir sehen Ueberproduktion bei gleichzeitiger Unter-Konsumtion der breitesten Massen. In dieser kurzen Zeit von zweieinhalb Jahren waren die Märkte Südamerikas, Ost- und Mittelasiens von Europa überführt, der Krach setzte ein. Es ist bezeichnend, daß der Anstoß zum Weltkrach ausging von Amerika und Japan, gerade

den Staaten, die während des Krieges und durch den Krieg den größten wirtschaftlichen Aufschwung genommen haben. Beide Länder haben sich als „uninteressiert" an Europa erklärt. Beide Länder ergriffen die Flucht vor dem Bankerott Europas. Aber wenn die bürgerlichen Staatsmänner glaubten, sich von diesem Pestherd isolieren zu können, so bewies die Oekonomie schlagend, daß es keine Flucht gibt vor den Gesetzen der kapitalistischen Oekonomie, keine Staatsgrenzen, die die Einwirkung der Wirtschaftsanarchie abhalten könnten. Amerika und Japan haben gut sagen, sie seien uninteressiert, sie haben gut sich weigern, zu helfen, die Wirtschaft demonstriert ihren Weltzusammenhang, indem sie dem Seidefabrikanten in Japan wie dem Stahlmagnaten der Vereinigten Staaten sein Werk stillegt, seine Preise stürzt, die Handelskredite zurückzieht und was dergleichen grimmige Scherze der kapitalistischen Krise mehr sind. Hier einige charakteristische Zahlen für den Gang und den Weltcharakter der Krise:

In Japan brachte der Krieg einen kolossalen industriellen Aufschwung und einen entsprechenden Aufschwung der Preise. So war im Januar 1920 der Preis der Seide für 100 Kin 4000 Yen. Der Preis war am 22. Mai auf 1840 Yen gefallen, ein katastrophaler Preissturz, dem der Sturz der Preise in anderen Industrien parallel ging. Zahlreiche Bankerotte traten ein in der Seidenindustrie, in Reis- und Manufakturbetrieben.

Aus Amerika kamen Ende Mai Nachrichten, Amerika sei am Vorabend einer Wirtschaftskrise, Absatzstockungen ständen bevor. Es erfolgte ein katastrophales Sinken der Preise, in erster Reihe der Textilwaren, fertiger Kleider und Baumwolle. Die Bankkredite wurden eingeschränkt; Ende Juli machte sich ein bedeutender Rückgang der Stahl- und Eisenausfuhr bemerkbar. Einen Gradmesser für die Krise der Textilindustrie nicht nur Amerikas, sondern auch der übrigen Hauptländer, die Baumwolle verarbeiten, bietet der Preis der Baumwolle. Der Baumwollpreis pro Pfund war am 30. Juli 1920 40 Cents, am 2. Oktober war er auf 24,25 Cents gesunken.

Von Amerika griff die Krise über auf England. Einen Maßstab für die Einwirkung der Krise geben die englischen Index-Ziffern für Textilwaren. Diese Index-Ziffern betragen, wenn die Durchschnittsziffer für die Jahre 1901 bis 1905 gleich 500 gesetzt wird, für Januar 1920 2 702½, März 2 994½, Juli 2 594, September 2 362. Entsprechend erlebte England Betriebseinschränkungen und Preisstürze in anderen Industrien.

Die Krise ergriff dann nacheinander die Hauptländer des europäischen Festlandes.

Wenn man die Erscheinungen der Krise in den Vereinigten Staaten in Japan und England für sich betrachtet, so scheint nichts besonderes vorzuliegen. Die Krise scheint die sozusagen normale Weltmarktkrise zu sein, wie sie seit dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts ihre Rundreise um die Welt macht, eine Störung des kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus, die durch diesen Mechanismus selbst immer wieder ausgeglichen wurde.

Diese Ausgleichung pflegte zu erfolgen dadurch, daß ein Teil der überflüssigen Werte vernichtet wurde, daß der Produktionsapparat für

eine Zeitlang still lag, daß das Kredit-Schwindelgebäude, das jeweils bei einer Prosperität sich aufbaut, abgebaut wird, worauf dann der Kreislauf auf erweiterter Produktionsgrundlage weiter geht.

Heute jedoch ist dieser kapitalistische Mechanismus in zentralen Teilen gestört, zusammengebrochen.

In Mittel-, Ost- und Teilen Südeuropas ist die Wirtschaft, der Produktionsapparat selbst, in Abbruch befindlich. In allen diesen Ländern könnte nur die Kooperation der gesamten kapitalistischen Welt die Möglichkeit des Wiederaufbaus schaffen, die kolossale Zerstörung der Produktionsmittel, den Verzehr der Rohstoffe, die Knappheit der Lebensmittel und das dadurch bedingte Sinken der Arbeits-Intensität ausgleichen.

Aber der Mechanismus des kapitalistischen Systems entwickelt aus sich heraus das paradoxe Gesetz, daß, je mehr ein Land durch den Krieg zerstört, je mehr es verarmt ist, je ungünstiger seine Zahlungsbilanz, je tiefer daher seine Valuta gesunken ist, es umso stärker ausgesogen wird durch die noch kräftigeren kapitalistischen Länder.

Der relative Grad der Verarmung, der Zerstörung der Produktivkräfte, drückt sich ziemlich exakt aus in dem relativen Stand der Valuta zweier Länder. Worin besteht praktisch die Wirkung einer tiefen Valuta? In der Aneignung eines Teils des Mehrwerts des Landes mit der tiefen Valuta durch das Land mit der hohen Valuta. Es sei beispielsweise ein Dollar gesetzt = 100 Mark, so bedeutet das, daß das Wertprodukt, einer durchschnittlichen Arbeitsstunde in den Vereinigten Staaten gleichgesetzt wird dem Wertprodukt von mehreren durchschnittlichen Arbeitsstunden in Deutschland. Anders ausgedrückt: Je mehr ein kapitalistisches Land der kapitalistischen Kooperation bedarf (Rohstoffe, Lebensmittel, Produktionsmittel), umso mehr wird es international ausgeraubt. Dasselbe Gesetz aber wirkt im Innern der kapitalistischen Staaten selbst. Die Summe der im Kriege vernichteten Arbeitswerte erscheint unter kapitalistischen Verhältnissen wieder in Gestalt der Staatsschulden. Je größer die Wertvernichtung während des Krieges, umso höher die Staatsschulden, umso schwerer der Druck dieser toten Last auf die übrig gebliebenen lebendigen Produktivkräfte.

Ich führe diese grundlegenden Gesetze der Endkrise des Kapitalismus an, nicht als Kapitel der Moral, sondern als ökonomische Gesetze, vor denen es kein Entrinnen gibt, außer, wenn die kapitalistische Oekonomie selbst fällt.

Diese theoretische Notwendigkeit hat die denkbar kräftigste praktische Bestätigung gefunden durch die Brüsseler Konferenz. Sie lief so aus, wie sie auslaufen mußte: auf die allgemeine theoretische und praktische Bankerotterklärung des internationalen Kapitalismus. Auch das sage ich wieder nicht in moralischem Sinne, sondern als politische Feststellung, die ihrerseits wieder auf der kapitalistischen Oekonomie basiert, auf ehernen Gesetzen, an denen alle philantropische Vernunft eines Keynes und anderer ohnmächtig abprallt.

Alle Auskunftsmittel, auf die man verfallen ist, laufen schließlich hinaus auf Gewährung internationaler Kredite. Wie stellt sich diese Frage ökonomisch und politisch dar?

Auch in der Frage der internationalen Kreditgewährung stößt das kapitalistische Wirtschaftssystem auf einen Grund-Widerspruch, den es nicht überwinden kann. Kreditgewährung, selbst wenn sie in dem Maßstabe möglich wäre, wie sie faktisch nicht möglich ist, würde für den Staat, der die Kredite gewährt, bedeuten: Züchtung eines künftigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt, politisch ausgedrückt: Zunichtemachung des Sieges, der doch gerade hinauslief auf die Niederkämpfung des Weltmarktkonkurrenten.

Selbst wenn diesem Konkurrenten um den Weltmarkt nur ein Teil der Beute überlassen würde, wenn ihm die Rolle des Zwischenmeisters zugewiesen würde, so würde damit dies Grundverhältnis nicht verändert werden. Denn es liegt auf der Hand, daß eine nationale Kapitalistenklasse als Zwischenmeister nur fungieren kann, wenn sie wirtschaftlich wieder aufgerichtet wird. So oder so wird also der künftige Konkurrent wieder herangezüchtet. Ist dieser Konkurrent erst wirtschaftlich wieder gekräftigt, so wird er unfehlbar früher oder später seine politischen Ketten zerreißen.

Dieser innere Widerspruch der kapitalistischen Oekonomie und Politik im Zeitalter des Imperialismus, wirkt sich aus als ein Gesetz der Zerstörung, ein Gesetz, das unfehlbar das ganze internationale System des Kapitalismus zerrütten muß.

Deshalb ist es keine normale Weltkrise, die wir heute vor uns haben, sondern es ist der Anfang des Endkrise des Kapitalismus auf internationaler Stufenleiter, ein Menetekel für die Kapitalriesen Amerika, Japan, England.

Wirtschaftlich stößt der Zusammenbruch Europas diese Länder umso schärfer als Weltmarktskonkurrenten aufeinander, schränkt umso mehr ihren Ausbeutungskreis ein, schafft umso mehr Anlässe zu kriegerischen Katastrophen.

Schon heute machen Amerika, England, Japan sich die schärfste Konkurrenz auf dem Weltmarkt, eine Konkurrenz, bei der Amerika zusehends die Vorhand gewinnt. So haben die Vereinigten Staaten England bereits überflügelt im Schiffsbau. Charakteristisch ferner für das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Länder sind folgende Tatsachen: Der Preis der Stahlschienen ist in England seit 1914 um 283 Prozent gestiegen, in Amerika dagegen nur um 200 Prozent; Amerika hat also England technisch geschlagen auf diesem Feld. Dementsprechend hat Amerika England aus der Ausfuhr verdrängt. 1914 betrug die monatliche Ausfuhr Englands in Stahlschienen 41 670 Tonnen, die Amerikas 38 800 Tonnen. 1919 war die Ausfuhr Englands gesunken auf 7000 Tonnen monatlich, während die der Vereinigten Staaten auf 54 000 Tonnen gestiegen war. Die Vereinigten Staaten haben auf diesem Gebiete England aus dem kanadischen, cubanischen und japanischen Markt verdrängt. Aber die Vereinigten Staaten treten England selbst in seinen eigenen Kolonien, in Aegypten, Indien usw. als erfolgreiche Konkurrenten gegenüber.

Rein ökonomisch betrachtet scheint für diese Länder, so widerspruchsvoll das auch aussieht, der beste Ausweg, um ihr eigenes kapitalistisches System weiter zu führen, die Einführung der kommunistischen Produktionsweise in den durch den Krieg am stärksten mitgenommenen Ländern. In

der Tat, was ist an sich rationeller, rein kapitalistisch gesehen, als die Handelsbeziehungen eines imperialistischen Staates mit einem kommunistischen Staatswesen? Das kommunistische Staatswesen tritt wirtschaftlich dem imperialistischen Staat gegenüber als Abnehmer größten Stils, der dem imperialistischen Staat vermittels der Warenpreise einen ständigen Tribut zahlt, und der doch nicht gefährlich wird als kapitalistischer Konkurrent. Aber dabei ist ein heikler Punkt, den man ruhig aussprechen kann, da man damit der Bourgeoisie kein Geheimnis verrät. So vorteilhaft und rationell Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen und kommunistischen Gemeinwesen vom Standpunkt der Verwertung des Mehrwerts aus sind, so gefährlich wird letzten Endes diese Wirtschaftsbeziehung für das System der kapitalistischen Mehrwerterzeugung selbst. Diese wirtschaftlichen Beziehungen stärken unfehlbar den proletarischen Staat wirtschaftlich und daher auch politisch. Wird ein solches kommunistisches Gemeinwesen selbst vorübergehend gezwungen, einen Teil seiner jährlichen Mehrarbeit dem kapitalistischen Partner hinzugeben, so kann das seinen wirtschaftlichen Aufstieg allenfalls etwas hemmen, aber grundsätzlich nicht hindern. Aber die Existenz, die wirtschaftliche und politische Stärkung eines kommunistischen Gemeinwesens ist Dynamit für das soziale Gefüge der umgebenden kapitalistischen Länder, sie muß notwendig die Rebellion der Proletarier gegen ihre kapitalistischen Herren und zugleich die Rebellion der imperialistischen Sklavenvölker beschleunigen. Diese Wirkung hängt keineswegs ab von kommunistischer Propaganda, sondern einfach von der Existenz und der Kräftigung eines kommunistischen Gemeinwesens. Das Nebeneinanderleben von Arbeitern, die die kapitalistische Ausbeutung überwunden haben, neben solchen, die sie noch nicht überwunden haben, muß auf die Letzteren revolutionierend wirken, ob mit oder ohne Propaganda.

Dieser Grund-Widerspruch ist letzten Endes ausschlagebend für den ständigen Widerspruch in der Politik des Imperialismus gegen Sowjetrußland, wie er sich besonders in der englischen Politik zeigt. Diese Politik schwankt ständig hin und her zwischen dem Versuch, den verfluchten revolutionären Pestherd zu zertreten und dem Trieb, denselben Pestherd auszunutzen als Absatzmarkt zur Realisierung des Mehrwerts, als Rohstoff- und Lebensmittelquelle, als ein Mittel, um die kapitalistische Krise zu lindern. Dieser Widerspruch muß notwendig sich steigern mit der Vertiefung der kapitalistischen Krise, mit dem Anwachsen des von der proletarischen Revolution erfaßten Gebietes.

Herr Simons bringt gegenüber Sowjetrußland diesen Widerspruch so zum Ausdruck, daß er Sinowjew und Losowski ausweist und gleichzeitig Handelsgeschäfte mit Sowjetrußland abschließt. Wir legen als Vertreter der Arbeiterklasse schärfsten Protest ein gegen die Verweisung der Vertreter des russischen Proletariats vom Boden, den das deutsche Proletariat für sich in Anspruch nimmt. Gleichzeitig aber gestatten wir uns, Herrn Simons und seinen in diesem Punkt ebenso weisen Kollegen in England und anderwärts zu sagen: Diese Blüte bürgerlicher Staatsweisheit ist bei Licht besehen vollendete Kinderei. Ihr dankt für den Export russischer Propaganda, aber Euer Export nach Rußland, zu dem Ihr gezwungen seid, Euer tatsächliches Eingeständnis,

daß der Staat mit kommunistischer Wirtschaft ökonomisch Eure letzte Zuflucht ist und zwar eben weil er eine kommunistisch geregelte Wirtschaft hat, dieses Euer notgedrungenes Eingeständnis durch die Tat: Das wiegt hundert Agitatoren von der zehnfachen Beredsamkeit eines Sinowjew oder Losowski auf, das stempelt Euer Tun zur ausgemachten Selbstverspottung.

Diese tatsächlichen Gesetze der kapitalistischen Oekonomie im Stadium ihres Zerfalls bestimmen letzthin die großen Bewegungen sowohl der internationalen Politik wie der inneren Politik der einzelnen Staaten.

Die Lehre aus dem englischen Kohlenarbeiterstreik.

Von Philips Price.

Um die in der englischen Kohlenindustrie durch den Streik der Bergleute geschaffene Lage zu verstehen, muß man bis auf die Entwicklung zu Beginn des Jahres 1919 zurückgehen. Damals war gerade der Krieg zum Abschluß gekommen und die organisierte Arbeiterschaft Englands, unter der Führung der fortgeschrittensten und fortschrittlichsten Gewerkschaften: der „Miners Federation of Great Britain" und der übrigen dem sogenannten „Dreibund" angeschlossenen Verbände, hatte den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um ihre seit vielen Jahren auf den alljährlichen Kongressen beschlossenen Programme zu verwirklichen. Dazu gehörte auch die „Nationalisierung" der Kohlenminen, über die die Arbeiterorganisationen die Kontrolle erhalten sollten. Die Kämpfe, die um dieses Ziel zwischen dem Britischen Bergarbeiterverband und Lloyd George ausgefochten wurden, führten im Sommer 1919 zu der Einsetzung der sog. Sankey-Commission und endeten mit der Niederlage der Bergarbeiter, worauf die Frage der „Nationalisierung" der Gruben auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Die Niederlage war von Anfang an unvermeidlich gewesen. Die Bergarbeiterführer hatten nicht genügend Vertrauen, daß sie sich auf die Massen der Arbeiterschaft verlassen konnten, obwohl damals, im März 1919, eine wirklich revolutionäre Situation in England herbeigeführt wurde und für eine kurze Zeit die tatsächliche Möglichkeit bestand, mit guten Aussichten auf Erfolg die Festung des britischen Kapitalismus durch eine kräftige Massenaktion anzugreifen. Statt dessen ließen sich die Führer von Lloyd George einwickeln und in Kommissionen hineinziehen, wo sie nun mit den Kohlenmagnaten in Schlichtungsämtern saßen, mit dem üblichen Ergebnis, daß der Enthusiasmus der Bewegung verloren ging und Lloyd George siegreich das Feld behauptete. Dieser Versuch der Kohlenbergleute, die „Nationalisierung" der Gruben durch politische und legale Mittel zu erringen, führte zu einem verhängnisvollen Mißerfolg

Die Bergarbeiterführer versuchten es nun mit einer anderen Taktik. Den ganzen Winter 1919-20 hindurch wurde überall im Lande ein großer Propagandafeldzug unternommen, um die Bevölkerung an den Gedanken der Nationalisierung der Bergwerke zu gewöhnen; denn es war der kapitalistischen Presse gelungen, gewisse Konsumentenschichten diesem Gedanken dadurch zu entfremden, daß sie auf die Verteuerung der Kohle hinwies, die angeblich eine Folge der Bergarbeiteragitation sei. Indessen kam der Anstoß zur nächsten Bewegung abermals von den Massen der Bergarbeiter. Dieses Mal aber war die Bewegung der Form nach nicht auf ein direkt politisches Ziel gerichtet, sondern hatte die Erlangung gewisser wirtschaftlicher Konzessionen zum Gegenstand, deren Verwirklichung, falls sie Lloyd George zugestand, allerdings gleichbedeutend gewesen wäre mit einer politischen Revolution. Die Sankey-Commission hatte den Bergarbeitern eine Erhöhung der Löhne zugestanden, um ihr Einkommen mit den während des Krieges andauernd gestiegenen Kosten der Lebenshaltung einigermaßen in Einklang zu bringen. Die höheren Löhne wurden auch genehmigt, aber eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft bedeuteten sie nicht. Im Gegenteil, eher verschlechterte sich diese noch, denn die Verteuerung der notwendigsten Verbrauchsartikel glich im Verlauf des Jahres 1919 sehr bald die auf Anregung der Sankey-Commission zugestandenen höheren Löhne wieder mehr als aus. Der Bergarbeiter-Verband hatte auch ein System aufgestellt, durch welches die Arbeiter nicht nur eine Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, verglichen mit der Vorkriegszeit, zu verhindern, sondern darüber hinaus auch eine positive Verbesserung zu erzielen hofften. Vor allem hatten sie sich zum Ziel gesetzt, eine Durchschnittslohnrate für das ganze Land zu erringen, um in dieser Weise die Kohlenindustrie unter Kontrolle zu bringen und die Abschaffung der rückständigen Praktiken verschiedener Grubenunternehmungen zu erzwingen. Aber die Bergarbeiter wußten, daß die Grubenbesitzer sich für jede etwaigen Ansprüche auf Lohnerhöhung sofort durch erhöhte Kohlenpreise schadlos halten, dadurch zugleich die Konsumentenkreise der Sache der Arbeiterschaft entfremden und eine den Bergleuten feindliche Atmosphäre schaffen würden, die gründlich auszunutzen die kapitalistische Presse stets bereit war.

So wurde der Kampf der Bergarbeiter mehr und mehr ein Kampf um die Kontrolle des „Mehrwertes" in der Kohlenindustrie, im Sinne des Marx'schen Begriffes. Diese Kontrolle über den Mehrwert war aber praktisch undurchführbar, ohne daß man die Kontrolle über die gesamte Industrie als solche errang. Aber die Illusionen der Bergarbeitermassen waren durch die Erfahrung mit den parlamentarischen Methoden im voraufgegangenen Jahre zerstört und so setzten sie sich nun nicht mehr für die Einleitung einer Gesetzgebung ein, die zu einer Nationalisierung der Bergwerke führen sollte, sondern gingen zum direkten wirtschaftlichen Kampf um den Mehrwert in der Kohlenindustrie über. Ihr Instinkt sagte ihnen, daß ein solcher Angriff ebenso gefährlich für die Finanzmagnaten der Londoner City sein mußte, als der politische Angriff im Jahre zuvor es hätte werden können.

Die britische Regierung, durch ihre verschiedenen Departements die Rolle als Verteidiger der Interessen der Grubenbesitzer übernehmend,

brachte nun im Frühjahr 1920 statistisches Material zum Vorschein, das darauf zugeschnitten war, zu beweisen, daß der durch den Betrieb der Bergwerke sich ergebende Reingewinn die Summe von 30 Millionen Pfund Sterling jährlich nicht übersteige. Dem setzte aber der Britische Bergarbeiterverband seine eigene, auf den Berichten seiner Vertrauensmänner beruhende, Statistik entgegen, die schlagend bewies, daß jener Reingewinn des Zechenkapitals über 60 Millionen Pfund, also gerade das Doppelte des von der Regierung behaupteten, betrage. Die Bergarbeiter wiesen darauf hin, daß ein Teil dieses Gewinnüberschusses aus der im vorigen Jahre erfolgten Erhöhung des Kohlenpreises um 14 Schilling 6 Pence herrühre und kennzeichneten dies als eine unverantwortliche, der Allgemeinheit im Interesse des Profits der Zechenbesitzer schwere Lasten auferlegende Preissteigerung. Die Unternehmer, deren jährlicher Reingewinn in der Vorkriegszeit 12 Millionen Pfund nicht überschritten hatte, machten nun, nach der amtlichen Statistik, einen laut Parlamentsbeschluß ihnen durch den Staat gesicherten Profit von 20 Millionen Pfund. Außerdem wurde der gesamte Einnahmeüberschuß aus dem Verkauf von Kohle, der nicht in Unternehmergewinn oder Lohnzahlungen aufging, vom Staat beansprucht, und dieser Einnahmeüberschuß, der sich mit einigen Schwankungen auf durchschnittlich 20 Millionen Pfund bezifferte, kam auf nichts anderes heraus, als auf eine der konsumierenden Bevölkerung in Form eines Zusatzes zum Kohlenverkaufspreis auferlegte Steuer. Zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung haben nun die Bergarbeiter auf ihrem Kongreß von Leamington im Juli d. J. Forderungen aufgestellt, die nicht ausschließlich das eigene Wohl dieser Arbeiterkategorie im Auge hatten. Sie verlangten nicht nur eine Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Schicht, sondern auch eine Ermäßigung des Kohlenpreises von 14 Schilling 6 Pence. Und dadurch kämpften sie tatsächlich nicht nur für sich selbst als Produzenten, sondern für die Allgemeinheit der Verbraucher. Es wurde berechnet, daß die geforderten Lohnerhöhungen jährlich 28 Millionen Pfund, die Ermäßigung des Kohlenpreises 24 Millionen kosten würde; so blieb den Grubenbesitzern immer noch ein Profit von 14 Millionen Pfund. Und damit wären diese in dieselbe Position zurückgedrängt worden, die sie vor dem Kriege inne hatten.

So bescheiden diese Forderung war, so stieß sie doch, wie zu erwarten, auf den denkbar hartnäckigsten Widerstand sowohl der Zechenbesitzer wie ihrer Agenten, der Regierung. Lloyd George erkannte mit seinem schlauen Klasseninstinkt vom allerersten Augenblick an, daß, wenn er erst einmal einer Körperschaft organisierter Gewerkschaften die geringste Einmischung in die Regelung der Kohlenpreise gestatte, es mit dem heiligen Privilegium des kapitalistischen Monopols über den „Mehrwert" ein Ende habe. Daher wurden die gesamten Kräfte der Regierung und ihrer Presselakaien gegen die Bergarbeiter in Bewegung gesetzt. Und, das müssen wir zugeben, der Angriff war nicht ohne Erfolg. Die Front der Bergarbeiter geriet ins Wanken. Sie fühlten sich der Unterstützung seitens der anderen, weniger fortgeschrittenen Schichten des Proletariats nicht sicher genug in einem Kampfe, dessen Durchführung nichts weniger bedeuten mußte als eine Revolution. Ihre

Führer, die aus ihren Erfahrungen mit dem gerissenen Lloyd George, anläßlich der Verhandlungen der Sankey-Commission im vergangenen Jahr, offenbar noch nicht die Lehren gezogen hatten, trachteten immer noch nach Kommissionen und Einigung mit den Grubenbesitzern, hofften immer noch, daß es möglich sein werde, die Nationalisierung der Bergwerke durch allmähliche Einführung des Prinzips der Arbeiterkontrolle über die Kohlenindustrie zu verwirklichen, ohne die Machtprobe mit den gesammelten Kräften der kapitalistischen Regierung Englands bestehen zu müssen. Und so überwog schließlich die Auffassung der Schwäche, und wieder einmal wurde die große, aus den Tiefen kommende Massenbewegung der englischen Bergleute gedämpft und lahmgelegt.

Das Fallenlassen der Forderung der Bergarbeiter auf Ermäßigung des Kohlenpreises um 14 Schilling 6 Pence war für die Zechenbesitzer das Signal zur Generaloffensive gegen den Bergarbeiter-Verband. Durch den Mißerfolg des Bergarbeiter-Verbandes beim Versuch, diese Forderung durchzudrücken, ermutigt, erklärten die Unternehmer, die Bergleute könnten irgendwelche Lohnerhöhungen nur zugestanden erhalten, wenn sie darauf eingingen, die Löhne von der Kohlenförderung abhängig machen zu lassen. Insofern diese Kohlenförderung von technischen Bedingungen abhängt, die sich der Kontrolle der Arbeiterschaft entziehen, ist es klar, daß hier die Grubenbesitzer ein wirksames Mittel in der Hand haben, um die Bergleute kurz zu halten. Die Bergarbeiter waren nun, nachdem sie ihre ursprünglich innegehabte strategische Position aufgegeben hatten, gezwungen, den Kampf auf dem Terrain anzunehmen, das der Gegner sich auswählte. Sie waren in die Defensive getrieben, sie waren darauf beschränkt, eine noch weitere Verschlechterung ihrer Position dem Zechenkapital gegenüber zu verhindern Um diese mehr negativen Ziele und unter solchen ungünstigen Umständen mußten die Bergleute nun in den Streik treten. Damit waren sie von vornherein so gut wie halb besiegt, und der Mangel an Enthusiasmus und an Vertrauen auf Sieg wurde nur allzu deutlich durch die Tatsache bewiesen, daß schon am zweiten Streiktage die Besprechungen zwischen den Bergarbeiterführern und den Vertretern des Zechenkapitals begannen.

So wurde nun vorgeschlagen, dadurch eine Einigung im Streik herbeizuführen, daß die Löhne von den Reingewinnen der Kohlenindustrie abhängig gemacht werden sollten.

Die schließlich zwischen den Bergarbeiterführern und den Grubenbesitzern vereinbarten Bedingungen lauten folgendermaßen:

1. 2 Schilling Lohnerhöhung vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an bis zum 3. Januar, ohne Rücksicht auf die Höhe der Kohlenförderung.
2. Nach dem 3. Januar werden die 2 Schilling Lohnerhöhung der Bergarbeiter und der Anteil der Bergwerkbesitzer an den Gewinnüberschüssen mit der Ziffer der Kohlenförderung proportional steigen oder fallen.
3. Revision der Löhne auf Grundlage der Profite aus dem Kohlenexport.
4. Grubenbesitzer und Bergarbeiter verpflichten sich zur Zusammenarbeit, um die Kohlenförderung zu steigern, und werden für die

Regelung der Löhne ein Schema spätestens bis zum 31. März ausarbeiten.

5. Schaffung eines nationalen Lohnamtes zur Festsetzung von Durchschnittslöhnen für die gesamte Kohlenindustrie des ganzen Landes.

Der Grundsatz, die Löhne von Faktoren abhängig zu machen, die nicht unter der Kontrolle der Bergleute, sondern ihrer Herren stehen, ist hier kaum verhüllt. Gerade dieser Grundsatz, für dessen Beseitigung die Bergarbeiter den Kampf eröffneten, ist in diesen Bedingungen enthalten, die von den Bergarbeiterführern angenommen wurden. Während nun aber die Abstimmung der Bergleute über diese Bedingungen eine Mehrheit *gegen* deren Annahme ergab, so war diese Mehrheit doch nicht groß genug, um nach den Statuten des Bergarbeiter-Verbandes eine Fortsetzung des Streiks zu ermöglichen. Bedenklicher noch ist, daß der Paragraph 3 des Abkommens es zuläßt, daß die Revision der Löhne nach dem 3. Januar von den aus den Kohlenexporten erzielten Profiten abhängig gemacht werden soll. Das bedeutet nichts anderes als die Schaffung der *Arbeitsgemeinschaft zwischen den Grubenbesitzern und dem Bergarbeiter-Verband* in versteckter Form. Auf diese Weise bekommen nun die Bergleute ein direktes Interesse daran, die britische Kohle dem kohlenhungrigen europäischen Kontinent zu möglichst *hohen* Preisen zu verkaufen!

Glücklicherweise braucht man *nicht* zu befürchten, daß die englische Bergarbeiterschaft in ihrer Gesamtheit dieses Schema auch durchführen wird. Sie ist überhaupt zur Wiederaufnahme der Arbeit nur unter der Bedingung zu bewegen gewesen, daß die Lohnerhöhung von 2 Schilling pro Schicht sofort wirksam werde, und das Abkommen ist als ein nur vorübergehendes zu betrachten. Der Sonderberichterstatter für Bergbauangelegenheiten des „Daily Herald" schrieb am 5. November: „Wenn die Grubenbesitzer den Versuch machen werden, die Annahme des Grundsatzes zu erzwingen, daß die Löhne von der Kohlenförderung abhängen sollen, dann wird viel von dem Terrain, das in den letzten sechs Wochen durchschritten worden ist, nochmals durchschritten werden und um dieselben Ziele ein zweites Mal, und dieses Mal *entscheidend*, gekämpft werden müssen." Die Unzufriedenheit weiter Kreise der Bergarbeitermassen mit ihren Führern darüber, daß sie gerade in dem Augenblick, als alles von ihrer Festigkeit abhing, so kompromißbereit waren, drückt sich in einer Bewegung aus, die jetzt beginnt und die die *Säuberung des Bergarbeiter-Verbandes von den Opportunisten und schwächlichen Bonzen* zum Ziele hat. Der „Daily Herald" hat bereits über Resolutionen von Provinzorganisationen des Bergarbeiter-Verbandes berichtet, wonach der Rücktritt des Exekutivkomitees kategorisch gefordert wird. Es ist anzunehmen, daß der Mißerfolg, des Streiks und die Niederlage der Bergleute das Signal geben wird zum Beginn eines Kampfes um die Umwandlung des Bergarbeiter-Verbandes von einer sich revolutionärer gebärdenden, aber im entscheidenden Augenblick stets zu Verhandlungen mit den Kapitalisten bereiten Körperschaft in ein wirklich *revolutionäres Organ des Klassenkampfes*.

Andererseits beanspruchen die Bergarbeiterführer für sich das Verdienst, einen wirklichen großen Gewinn aus dem Streik gesichert zu haben in Gestalt des Nationalen Lohnamtes. Sie weisen darauf hin, daß die Schaffung dieser Instanz, der die Vereinheitlichung der Bergarbeiterlöhne im ganzen Lande zufallen wird, der erste Schritt sei auf dem Wege, die Industrie unter öffentlicher Kontrolle zu vereinheitlichen. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, daß die Grubenbesitzer darauf hinarbeiten, daß die Regierung ihre Kontrolle über die Bergwerksindustrie fallen läßt; mit anderen Worten, sie halten die Zeit für gekommen, die Geschicke der Industrie durch ihre eigenen Direktoren zu lenken, anstatt wie bisher sich Lloyd Georges als Zwischenmannes zu bedienen. Es ist klar, daß das Nationale Lohnamt ein Hindernis für diesen Plan ist, denn es wird die Kohlenindustrie als ein Ganzes behandeln, und sobald die Bergarbeiter in diesem Amt den Grubenbesitzern gegenüberstehen, die gesamte Frage von „Standardlöhnen" für das ganze Land anschneiden und dadurch abermals das Problem der Kohlenförderung und der Preise aufrollen. Dann aber ist — aus der Haltung der Bergarbeitermassen zu schließen, die in den letzten Monaten viel gelernt haben — zu erwarten, daß der Kampf mit verdoppelter Energie wieder aufgenommen werden wird. Dann werden die Bergarbeiterführer — wenn inzwischen nicht überhaupt ein Wechsel in der Führerschaft stattgefunden haben sollte — vor die Wahl gestellt sein, eine mehr revolutionäre Haltung anzunehmen oder aber abzutreten.

Der Kampf wird über die Verteilung des „Mehrwertes" in der Kohlenindustrie entbrennen. Die Politik der Grubenbesitzer, die sich der Regierung als Agenten bedienen, geht dahin, die Kohle im Inland zu einem Preis zu verkaufen, der die Produktionskosten und die garantierten Profite deckt. Der Profitüberschuß wird daher aus dem Kohlenexport erzielt. Dadurch, daß das Nationale Kohlenamt die absolute Kontrolle über die Festsetzung der Löhne hat, wird es ipso facto auch die Verteilung der Profite kontrollieren, die jetzt vom Zechenkapital und von der Regierung Lloyd Georges — mit der Wirkung einer Kohlensteuer für die konsumierende Allgemeinheit — beansprucht werden.

Der Streik, der soeben in England beendigt worden ist, ist nur der erste Akt eines langen Kampfes. Der zweite Akt wird aller Wahrscheinlichkeit nach ausgefochten werden, sobald das Nationale Lohnamt zusammentritt.

Die revolutionäre Bewegung der italienischen Metallarbeiter.

Der Monat September hat in Italien eine revolutionäre Bewegung gesehen, die in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung wohl einzig dasteht. Die italienischen Metallarbeiter und die Arbeiter einer Reihe anderer Industriezweige haben im September während über drei Wochen die Produktion ohne und gegen die Unternehmer weiter geführt. Zu gleicher Zeit hat eine große Aktion des italienischen Landproletariats zur Enteignung des Großgrundbesitzes eingesetzt, die erst nach Beendigung der Metallarbeiterbewegung ihren Höhepunkt erreichte und zurzeit noch fortdauert.

In Rußland erfolgte die Eroberung von Betrieben durch die Arbeiterschaft in der Kerenskizeit, als die bürgerliche Staatsgewalt bereits in der Auflösung begriffen war. Die Arbeiter konnten teilweise den Besitz der Betriebe behaupten, bis die Räterepublik aufgerichtet wurde, die Staatsgewalt der Arbeiterklasse ihnen zu Hilfe kam. Nach der Ergreifung der Staatsgewalt erfolgte die Besitzergreifung der Fabriken durch die Arbeiterschaft allgemein und regellos, um dann allmählich durch die zentrale Zusammenfassung der Betriebsräte und die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände in den planmäßigen kommunistischen Aufbau übergeführt zu werden.

In Ungarn setzte sich die Arbeiterschaft in der der Kerenskizeit ganz analogen Karolyiperiode in den Besitz einzelner Großbetriebe, vor allem in den Besitz des Kohlenbeckens von Salgotarjan, das eine förmliche proletarische Insel im zerfallenden kapitalistischen Staate bildete. In beiden Ländern bildete die Besitzergreifung der Fabriken eine Voraussetzung und die unmittelbare Einleitung der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

Anders in Italien. Das Neuartige an der italienischen Metallarbeiterbewegung ist, daß hier eine Aktion zur Erkämpfung der Kontrolle der Produktion unternommen wurde noch vor irgend einem Angriff auf die bürgerliche Staatsmacht und ohne daß sie einen solchen Angriff unmittelbar nach sich zog. Der Verfall der kapitalistischen Wirtschaft auch in Italien, der die Streikwaffe selbst zur Erkämpfung der nächsten Lebensnotwendigkeiten unbrauchbar macht, die objektive Schwäche der Staatsmacht und die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der fortgeschrittensten Länder drängten zu dieser Aktion und ermöglichten sie; die subjektive Unreife der proletarischen Massen, die erst am Anfang der revolutionären Kämpfe stehen und in deren Bewußtsein die in Jahrhunderten herausgebildete bürgerliche Staatsmacht noch fest verankert ist, was die Regierung durch äußerste Zurückhaltung in der geschicktesten Weise auszunützen wußte, ließen die Bewegung bei weitem nicht an die Grenze ihrer objektiven Möglichkeiten gelangen. Der Widerspruch, unter dem sie zustande kam und an dem sie krankte, war der zwischen der allgemeinen Entwicklung der Weltrevolution und ihrem besonderen Stande in Italien, zwischen der objektiven Reife der Verhältnisse und der subjektiven Unreife der Arbeiterklasse.

Der Kampf der italienischen Metallarbeiter um die Kontrolle der Produktion wuchs hervor aus einer Lohnbewegung. Die italienische Metallindustrie, die erst während des Krieges stark in die Halme geschossen ist, und an den Heereslieferungen märchenhafte Gewinne gemacht hat, findet nach der Einstellung auf die Friedensindustrie keinen genügenden Markt, auf dem sie außerdem noch ausländische, vor allem deutsche Konkurrenz zu bekämpfen hat. So war es zur Lebensfrage für die Metallindustriellen geworden, das Lohnniveau ihrer Arbeiter herabzudrücken. Der Metallarbeiterverband aber, der während des Krieges sehr erstarkt ist, — er ist jetzt mit 400 000 Mitgliedern der stärkste Industriearbeiterverband — stellte im August neue Lohnforderungen. Die Unternehmer schlugen ab mit der offenkundigen Absicht, es zum Kampf mit den Arbeitern kommen zu lassen. Die Arbeiterschaft, die wußte, daß der Streik den Unternehmern den erwünschten Vorwand zur Schließung der Betriebe liefern würde, trieb zunächst Obstruktion: sie arbeitete nicht, blieb aber in den Betrieben. Der Unternehmerverband, der praktisch alle Metallindustriellen Italiens umfaßt, antwortete mit der Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft der metallurgischen Betriebe. Darauf wies der Metallarbeiterverband die Arbeiter an, in den Fabriken zu bleiben und auf eigene Hand weiterzuarbeiten. Die Weisung wurde befolgt, nach Feierabend blieben die Arbeiter in den Fabriken, hißten die rote Fahne, bewaffneten sich aus den Beständen der Waffendepots, verrammelten die Fabriktore und führten die Produktion in den zu Festungen umgewandelten Fabriken weiter. Sie forderten, zunächst allgemein, die Kontrolle der Produktion und der Metallarbeiterverband machte die Forderung zu der seinen. Der größere Teil der Techniker und Angestellten verließ die Betriebe mit den Direktoren, ein kleinerer Teil blieb auf dem Posten. Den Metallarbeitern folgten nach wenigen Tagen spontan die Arbeiter der chemischen und der Schuhfabriken, sowie einzelner anderer Großbetriebe, wie der Kautschukfabrik von Pirelli und der Marmorbrüche von Carrara. Ein Agitationskomitee des Metallarbeiterverbandes übernahm die Leitung der Bewegung. Die Regierung erklärte sich neutral und zur Vermittlung in dem Konflikt bereit.

Am 10. und 11. September tagte in Mailand ein außerordentlicher Kongreß aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der syndikalistischen Gewerkschaften und der sozialistischen Partei, auf der über die Ausdehnung der Bewegung beraten wurde. Die Vertreter der sozialistischen Parteileitung traten dafür ein, daß die Gesamtarbeiterschaft zur Besitzergreifung der Betriebe aufgefordert werde und daß die Leitung der Bewegung, als einer politischen, in die Hände der sozialistischen Partei übergehe. Die Vertreter der Leitung des Gewerkschaftsbundes vertraten dagegen die Auffassung, daß die Bewegung eine gewerkschaftliche sei und weiter unter Leitung der Gewerkschaften bleiben solle, und daß die übrige Arbeiterschaft sie nicht durch Eintritt in die Bewegung, sondern durch finanzielle Hilfe unterstützen müsse. Nach zwanzigstündiger, höchst bewegter Diskussion siegte der Standpunkt des Gewerkschaftsbundes mit 590 000 gegen 410 000 Delegiertenstimmen über den der sozialistischen Parteileitung. Gennari gab darauf im Namen der Parteileitung die Erklärung ab, daß die Partei sich der Entscheidung des Kongresses unterwerfe und weiter ihre gesamte Kraft der Bewegung zur Verfügung stellen werde.

In den folgenden Tagen fanden Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Metallindustriellen unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Giolitti statt, die sich infolge der Intransigenz der Unternehmer höchst langwierig gestalteten. Die Industriellen ließen sich erst dann zum Abschluß eines Abkommens herbei, als Giolitti ihnen unzweideutig erklärt hatte, daß die Regierung außerstande sei, die Arbeiter mit

Waffengewalt aus den besetzten Fabriken hinauszutreiben. Giolitti hat nach Abschluß der Bewegung auf die Angriffe des Großindustriellen und Exministers Ferraris, der ihm vorwarf, das Gesetz nicht verteidigt zu haben, geantwortet, daß die Regierung sich auf die Soldaten nicht habe verlassen können, und daß die Anzahl der Carabinieri, der Sicherheitsmannschaften und der guardie regie (eine nach dem Kriege aus ehemaligen Frontkämpfern gebildete, den Baltikumern entsprechende desperate Truppe) nicht genügt habe, um mit Aussicht auf Erfolg eine Aktion gegen die Arbeiterschaft zu unternehmen. So kam unter dem von Giolitti auf die Unternehmer ausgeübten Druck das Abkommen zustande, in dem der Metallarbeiterverband sich verpflichtete, unter folgenden Bedingungen die Arbeiter zur Rückgabe der Betriebe aufzufordern:

1. Bezahlung der Arbeiter nach der Menge der in der Zeit der Besetzung erzeugten Produkte;

2. Gewährung einer allgemeinen Lohnerhöhung, die etwa den Forderungen der Arbeiter zu Anfang der Bewegung entsprach;

3. Einbringung eines Gesetzes über die Kontrolle der Produktion, das in einer aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer paritätisch zusammengesetzten Kommission unter Vorsitz eines Regierungsvertreters ausgearbeitet werden solle.

Das Abkommen wurde nach seinem Abschluß dem Referendum der gesamten Metallarbeiterschaft unterbreitet. Es wurde mit großer Mehrheit angenommen, wiewohl sich an einigen Zentren, wie Rom und Neapel, starke verwerfende Mehrheiten ergaben. Darauf wurden auf Weisung des Metallarbeiterverbandes am Sonntag, den 26. September, die Fabriken zur Uebergabe bereit gemacht und am folgenden Morgen den Unternehmern wieder übergeben. Mancherorts widersetzten sich die Arbeiter der Räumung, mancherorts kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den zurückkehrenden Angestellten und Technikern, die von den Arbeitern verprügelt wurden, mancherorts kam es zu neuen Konflikten mit den Unternehmern, wo sie sich weigerten, die während der Besetzung erzeugte Produktion zu bezahlen. Im ganzen fand jedoch mit diesem Termin die Bewegung ein einheitliches und verhältnismäßig reibungsloses Ende.

Gleich nach dem Abschluß der Bewegung setzte in der Arbeiterpresse die Diskussion über den Verlauf der Bewegung, über die Kontrolle der Produktion und den zur Ausübung der Kontrolle zu schaffenden Gesetzentwurf ein. Die große Mehrheit der sozialistischen Parteiführer feierte den Ausgang der Bewegung als einen großen Sieg der Arbeiter. Aus den Reihen der äußersten Linken, der kommunistischen antiparlamentarischen Fraktion der sozialistischen Partei dagegen wurde bittere Kritik am Ergebnis des Kampfes und am Verhalten der Partei geübt. Am 21. September schon nahm die Turiner Sektion der antiparlamentarischen Fraktion eine Resolution an, in der die Partei heftig dafür getadelt wurde, daß sie die Bewegung in den Händen des reformistischen Gewerkschaftsbundes gelassen habe und in der die unverzügliche Schaffung einer italienischen Sektion der Kommunistischen Internatjonale verlangt wurde.

Es ist klar, daß bei dem äußerst komplizierten Charakter der Bewegung weder von einem Sieg schlechthin, noch von einer Niederlage schlechthin der italienischen Metallarbeiter und damit der italienischen Arbeiterklasse gesprochen werden kann. Die Zeichnung Scalarinis im „Avanti" vom 29. September, zwei Tage nach dem Abschluß der Bewegung, die den Arbeiter hocherhobenen Hauptes die Fabrik verlassen läßt, während der Unternehmer, geduckt und scheu nach ihm hinblickend, sie wieder betritt, hat ihre Berechtigung, aber entbehrt eben so wenig eines bitteren ironischen Beigeschmacks, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eben durch diesen Akt der Arbeiter der

Peitsche des Unternehmers wieder ausgeliefert wurde. Es ist ganz natürlich, daß der Ausgang des Kampfes sowohl in der Arbeiterschaft, wie in der Bourgeoisie teils als Sieg, teils als Niederlage gewertet wurde, denn er ist tatsächlich Sieg oder Niederlage, je nach dem Standpunkt, von dem aus man ihn betrachtet.

Geht man von der Metallarbeiter-Bewegung selbst aus, betrachtet man sie losgelöst aus dem allgemeinen historischen Zusammenhang als einen gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterschaft der Metallbetriebe mit etwas ungewöhnlichen Kampfmitteln, so endete die Bewegung zweifellos mit einem Erfolge der Arbeiter. Der Vorstoß der Metall-Industriellen, der die Herabdrückung des Lohnniveaus der Arbeiterschaft, die Brechung ihrer Kampfkraft und womöglich die Zertrümmerung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bezweckte, wurde vollkommen abgeschlagen und die Arbeiter erkämpften sich Rechte, die über ihren früheren Besitzstand weit hinausgehen. Sie haben sich nicht nur die geforderte Lohnerhöhung erkämpft, sondern darüber hinaus die Anerkennung eines Einflusses auf die Produktion, dessen Tragweite von der Kampfkraft abhängen wird, mit der sie ihn geltend machen werden. Ihre Organisation steht fester, mächtiger, geachteter da als zuvor. Den Gewerkschaftsführer, der über den Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht hinausblickt, mußte dies Ergebnis mit Stolz erfüllen, den einzelnen Kapitalisten mit dem Gefühl der Demütigung und Entmutigung. Wie sehr das zutrifft, geht z. B. aus der Tatsache hervor, daß die Direktion des größten italienischen Metallbetriebes, der Turiner Fiat-Werke, mit einem Kapital von 250 Millionen Lire und 25 000 Arbeitern, nach dem Ende der Bewegung dem Metallarbeiterverband vorschlug, ihr den Betrieb abzukaufen, ein Vorschlag, den der Metallarbeiterverband abgelehnt hat.

Der Kampf und sein Ausgang gewinnen jedoch ein anderes Gesicht, wenn man sie nicht als einzelne gewerkschaftliche Bewegung, sondern im großen historischen Zusammenhang, als eine Episode der aufziehenden sozialen Revolution in Italien betrachtet. So gesehen, war die Besitznahme der Fabriken nicht ein außergewöhnliches und außergewöhnlich wirksames gewerkschaftliches Kampfmittel, sondern ein Schritt auf dem Wege der Revolution, eine revolutionäre Errungenschaft, die die Arbeiter wieder preisgaben, preisgeben mußten, weil sie die Bedingungen für die dauernde Behauptung dieser Errungenschaft nicht zu schaffen, weil sie die Schlachtreihen des gesamten Proletariats nicht in die Frontlinie dieses äußersten vorgeschobenen Postens voranzuführen verstanden.

Eine Aktion, die einen der wichtigsten Industriezweige in die Hand der Arbeiterschaft bringt, rollt unvermeidlich die Frage der politischen Macht in ihrer ganzen Breite auf. Sollte die Besetzung der Metallbetriebe mehr als ein gewerkschaftliches Kampfmittel sein, sollte sie ein Hebel der sozialen Umwälzung werden, so durften die Metallarbeiter nicht in der alten Weise fortproduzieren, sondern mußten sogleich mit der Umstellung der Produktion auf den Bedarf der arbeitenden Massen beginnen. Das erforderte aber die Umstellung der gesamten Produktion einschließlich der Rohstoff-Zufuhr und der Verteilung, also zum mindesten die Eroberung der Kontrolle über die wichtigsten anderen Großindustrien und die großen Verkehrsanstalten. Um die Verteilung nach proletarischen Gesichtspunkten, durch proletarische Organe, vor allem durch die Konsumgenossenschaften unter Ausschaltung des wucherischen Handels und Schleichhandels zu organisieren, bedurfte es des engsten Kontaktes der kämpfenden Arbeiter mit den gesamten Arbeitermassen, der größten Aktivität und Bewegungsfreiheit der Arbeiter innerhalb und außerhalb der eroberten Betriebe. Die Metallbetriebe waren und blieben aber belagerte Festungen von der Außenwelt abgeschlossen, jeden Augenblick eines

Ueberfalls der weißen Garden gewärtig. Die erste Maßnahme daher, nach der die Situation geradezu schrie, und deren Durchführung nach dem Zeugnis Giolittis selbst möglich gewesen wäre, war die Entwaffnung der weißen Garden der Bourgeoisie und die Bewaffnung der Arbeiterschaft. Erst die Arbeiterschaft in Waffen konnte den Besitz der Fabriken zu einer wirklichen Machtposition ausbauen und konnte, wie die Dinge in Italien lagen, bei dem revolutionären Aufstieg, in dem die gesamte Arbeiterschaft sich befand, bei der Massenbewegung, die im Landproletariat einsetzte, bei dem ausschlaggebenden Einfluß, den die Partei in Hunderten von Gemeinden besitzt, bei der zunehmenden Entmutigung der Kapitalistenklasse und der eingestandenen Schwäche der bürgerlichen Staatsmacht, mit Aussicht auf Erfolg zum Angriff auf die bürgerliche Staatsmacht schreiten.

So gesehen blieb der Ausgang der Bewegung in der Tat weit hinter dem objektiv Möglichen zurück. Die italienische Arbeiterklasse hat es nicht verstanden, in einem Augenblick, wo sie sich eines wichtigen Stückes der wirtschaftlichen Macht bemächtigt hatte, die politische Macht zu erobern, ohne die die wirtschaftliche Macht nicht behauptet und nicht als Hebel der sozialen Umwälzung benutzt werden kann. Sie hat sich auch nicht die sofortige Anerkennung der Kontrolle der Produktion durch ihre selbstgeschaffenen Organe gesichert, sondern diese Anerkennung einem künftigen Gesetz überlassen, das durch burgfriedliches Zusammenarbeiten von Unternehmern und Gewerkschaftsführern in einer Kommission zustande kommen soll, und das zu verschlechtern und zu verschleppen die Bourgeoisie hundert Mittel und Wege finden wird. Auch die Haltung der sozialistischen Partei, die teils der Unreife der Massen geschuldet ist, teils aber auch das Verharren der Massen in dieser Unreife verschuldet hat, fordert zur schärfsten Kritik heraus. Diese Kritik kann sich jedoch unseres Erachtens nicht ganz mit der der Turiner Genossen identifizieren. Nicht das ist der Partei vorzuwerfen, daß sie die Leitung der Bewegung im eigentlichen Sinne des Wortes nicht in ihre Hände nahm. Denn das war nicht die Aufgabe der politischen Partei. Ihre Aufgabe war, den Massen den unvermeidlichen Uebergang der Bewegung, sollte sie nicht mit einer Niederlage enden, in einen politischen Kampf um die Staatsmacht klarzumachen, und die konkreten Parolen unter sie zu werfen, die die Ueberführung der Bewegung in den politischen Kampf erforderte. Und die nächste Parole war gleichzeitig mit der Schaffung der politischen Kampf- und Machtposition durch die Bewaffnung die Schaffung des politischen Kampf- und Machtorgans der Arbeiterklasse: der Arbeiterräte. Allein die politischen Arbeiterräte waren befähigt, den Kampf als einen politischen und wirtschaftlichen Kampf zugleich voranzutreiben, wo die Partei sowohl wie die Gewerkschaften bei der Leitung im eigentlichen Sinne notwendig versagen mußten, weil sie die gesamten werktätigen Massen nicht unmittelbar erfassen.

Die Sozialistische Partei hat weder die Parole zur Schaffung von Arbeiterräten, noch die Parole der Bewaffnung der Arbeiterschaft herausgegeben. Hierin liegt ihr Versagen und ihr Verschulden. Man kann jedoch nicht sagen, daß die Partei als Ganzes im allgemeinen die geistige Vorbereitung des Kampfes um die politische Macht verabsäumt habe. Sie hat die Massen unermüdlich auf die Notwendigkeit des politischen Kampfes hingewiesen. Sie propagiert unermüdlich die politischen Arbeiterräte. Sie bekennt sich zur Diktatur des Proletariats und zur Gewaltanwendung, sie ist Mitglied der Kommunistischen Internationale. Sie ist eine kommunistische Partei in der Theorie, sie hat versagt in der Praxis, als es galt, die Arbeitermassen bei den ersten konkreten Schritten zur Eroberung des Kommunismus zu leiten.

Die Ursachen dieses Versagens sind zweierlei Natur. Einmal ist es die noch mangelnde Erfahrung des italienischen Proletariats im revolutionären Kampf, in dessen Anfang es erst steht und in dessen Schule erst selbst eine kommunistische Partei von den besten Grundsätzen und dem besten Willen sich zum wirklichen, jeder neuen konkreten Situation gewachsenen geistigen Führer der Arbeiterklasse ausbilden kann. Die zweite Ursache des Versagens aber ist die, daß die italienische Partei in ihrem Bestand noch keine kommunistische Partei ist, weil sie noch einen schweren Ballast an reformistischen Elementen mit sich schleppt. Wenn auch diese reformistischen Elemente die Bewegung nicht aktiv verraten haben, sie gar nicht aktiv verraten konnten, wo die Bourgeoisie und die Staatsgewalt selbst passiv blieben, so hemmten sie doch die Aktionsfähigkeit der Partei bei jedem Schritt. So versuchte die Kammergruppe der Partei unter Führung des Reformisten Treves den Konflikt vor das Forum des Parlaments zu bringen, nicht um den Kampf mannigfaltiger zu gestalten, um die Reibungsflächen mit der Bourgeoisie zu vermehren, sondern um den Massenkampf außerhalb des Parlaments zu umgehen.

Das italienische Proletariat erfährt die Lehre der Bewegung bereits am eigenen Leibe: dem Ausbleiben der politischen Offensive von seiner Seite folgte auf dem Fuße die politische Offensive der Bourgeoisie. Die Staatsmacht wird jetzt von der aufgeschreckten Bourgeoisie aus ihrer klugen Scheinneutralität herausgedrängt und entlarvt sich den Arbeitern selbst. Die italienischen Arbeiter werden so immer mehr erkennen, daß der Kampf um die Kontrolle und die Verfügungsgewalt über die Produktion einmünden und gipfeln muß in dem Kampf um die politische Macht des Proletariats. Das ist auch die Lehre, die sich aus der Bewegung für die Arbeiter der übrigen Länder, vor allem für die deutschen Arbeiter ergibt, die wiederum vor neuen schweren Kämpfen um die Kontrolle und Verfügungsgewalt über die Produktion stehen.

Für das italienische Proletariat und die Proletarier ganz Westeuropas ergibt sich noch eine andere Lehre. Es ist die der Notwendigkeit des Kampfes gegen die reformistischen Elemente in der Partei und an der Spitze der Gewerkschaften, der in ihrer organisatorischen Ausscheidung gipfeln muß. Dieser Kampf ist in der Partei bereits im Gange und wird auf dem Dezember-Parteitag in Bologna voraussichtlich zum organisatorischen Austrag gelangen. Er muß aber zugleich, wenn er nicht zu einem bloßen Parteizank herabsinken, wenn er zur Schulung der Arbeitermassen für die bevorstehenden revolutionären Kämpfe das Höchstmaß des Möglichen beitragen soll, unauflösbar verflochten sein mit dem politischen Kampf der Partei an der Spitze der Arbeitermassen, an dessen konkreten Problemen die Gegensätze aufgerollt und die Scheidung vollzogen werden muß, und in dessen Feuer die Partei erst zu der stahlharten und biegsamen Klinge geschmiedet werden kann, die vernichtend auf das Haupt der Bourgeoisie niedersaust. E. H.

Aus der Internationale.

Die revolutionären Gewerkschafts-Komitees.

Von Witness (Paris).

Die Organisation der Gewerkschaftsminderheit innerhalb des französischen Gewerkschaftsbundes (C. G. T.) trägt bereits ihre Früchte.

Der zweite Gewerkschaftskongreß, der Ende September in Orléans stattfand, war, wie man sich erinnert, zu dem Zwecke einberufen worden, mit der revolutionären Minderheit endgültig fertig zu werden, die man für den Mißerfolg der Maistreiks verantwortlich machte. Die Gewerkschaftsführer Jouhaux, Dumoulin, Laurent wiegten sich sogar in der Hoffnung, daß die vernichtende Niederlage der Minderheit ihren Auszug vom Kongreß zur Folge haben würde, und daß sie so den Gewerkschaftlern des Burgfriedens und der Arbeitsgemeinschaft freie Hand lassen würden. „Es wäre besser, wir trennten uns," so hatte Jouhaux einige Zeit vor dem Kongreß gesprochen.

Doch die Hoffnungen des Herrn Gewerkschaftssekretärs sind zuschanden geworden: die Minderheitsresolution, die auf dem Kongreß von Lyon 1919 324 Mandate auf sich vereinigt hatte, erhielt in Tours 602, ohne die 42 Stimmen hinzuzurechnen, die auf die Resolution Verdier fielen, die grundsätzlich und ausschließlich von dem Gedanken revolutionärer Gewerkschaftsarbeit getragen war.

Wenn man sich erinnert, daß der Kampf der Minderheit unter außerordentlich ungünstigen Bedingungen begonnen hatte: Monatte und Monmousson, die wirklichen Führer der revolutionären Minderheit im Gefängnis, drei andere Führer durch Krankheit oder andere Zufälle abwesend, eine schamloser Druck der Gewerkschaftsbürokratie, um sich der Mandate der Abwesenden zu bemächtigen — der vorgebliche Sieg der Mehrheit Jouhaux—Dumoulin erscheint dann in Wirklichkeit als ein Pyrrhussieg.

Wenn die einzig wirklichen Siege diejenigen sind, die man über sich selbst erficht, so kann man sogar sagen, daß die Minderheit gesiegt hat; denn sie hat sich endlich entschlossen, sich zu organisieren.

Der Minderheitskongreß, der am Tage nach dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zusammengetreten ist, hat der Gewerkschaftsopposition die Organisation gegeben, die ihr bisher gefehlt hat, eine Organisation zugleich für die Propaganda und für die Zusammenfassung. Diese Organisation bezweckt, eine Verbindung zwischen den Minderheitszellen herzustellen und ihnen eine Einheitlichkeit in der Führung und eine Geschlossenheit in der Aktion zu geben, ohne welche es nur Zersplitterung und Ohnmacht gibt.

In jeder Gewerkschaft, mögen sie zur Minderheit oder Mehrheit gehören, bilden die Revolutionäre eine „Zelle", die natürliche Grundlage jeder Organisation. An jedem Ort bilden die vereinigten Zellen eine Gruppe: das „Lokalkomitee". Die Lokalkomitees vereinigen sich zu „Bezirkskomitees", über denen als Abschluß das „Zentralkomitee" steht.

Außer dieser Gruppierung nach Gebieten besteht eine Industrieorganisation, das „Zentrale Unterkomitee" für Industrieverbände.

Die Minderheitsgewerkschaften können sich auch als solche der örtlichen Gruppierung anschließen.

Dem endgültig gebildeten Zentralkomitee sind alle der C. G. T. angeschlossenen Gewerkschaften, Berufs- wie Industrieverbände angeschlossen.

Die Gesamtheit dieser festen Organisation, die gebildet ist aus disziplinierten Elementen, und die sich gliedert zugleich nach Berufen wie nach Gewerkschaften, trägt den Namen: „Revolutionäres Gewerkschaftskomitee" (Comités Syndicalistes-Révolutionaires — C. S. R.). Die C. S. R. haben ihre Mitgliedskarten, ihr Budget und ihre Zeitung „La Vie Ouvrière". Sie werden ihre Verbandstage in den Bezirken und für das ganze Land haben und sie haben ihren Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale von Moskau erklärt. Nach der Periode des Verrats, der Abdankung vor der Bourgeoisie, in die die C. G. T. seit 1914 verstrickt ist, entsprechen die C. S. R. einem solchen Bedürfnis innerhalb der Arbeiterschaft, daß ihre Aktivität von Anfang an auf das Höchste gesteigert gewesen ist. Sie haben die Entscheidungsschlacht gegen die augenblicklichen Führer der Arbeiterbewegung und gegen die Amsterdamer Internationale begonnen. Sie sammeln Tatsachenmaterial und beginnen mit statistischen Aufnahmen. Abhandlungen und Broschüren werden veröffentlicht. Die C. S. R. haben auch die Schaffung von Betriebsräten in Aussicht genommen.

„Ihre Geschichte mit den Zellen wird nicht gehen", hatte Dumoulin gesagt; er hoffte, die Minderheitler würden sich in ihrer neuen Organisation gegenseitig auffressen. Doch keiner der erwarteten Widerstände hat sich eingestellt. Ueberall wurde die Verständigung unter den Minderheitlern schnell und vollständig hergestellt, und die Ergebnisse sind so eindeutig, daß das Feldlager der Mehrheitler vom panischen Schrecken ergriffen ist.

Wir haben zunächst die Scheindemission des Vorstandes der C. G. T. gelegentlich des Zusammentritts des nationalen Gewerkschaftskomitees am 8., 9. und 10. November erlebt: nach einer lebhaften Diskussion, in der die Mehrheit die Schalen ihres Zorns über die Zellen ausgoß, wollte der Vorstand eine Resolution Dumoulin-Luquet annehmen lassen, die den Industrieverbänden und den Orts- und Bezirksverbänden das Recht gab, die Anhänger der C. S. R. ohne Berufung an die C. G. T. auszuschließen.

Bei der Abstimmung erhielt der Vorstand nur 72 Stimmen, gegen 25 Stimmen der Minderheit und bei 23 Enthaltungen. Unter denen, die sich der Stimme enthalten hatten, befanden sich die beiden stärksten Bezirksverbände: Seine (Paris) und Rhone (Lyon). Die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter war also dahin gekommen, Jouhaux und Dumoulin die Gefolgschaft endlich zu versagen. Diese hielten ihre Majorität für ungenügend und gaben sofort ihre Demission, die sie übrigens noch am gleichen Abend zurückzogen.

Die Zeitung „La Vie Ouvrière" schrieb darüber am 12. November:

„Das einzige Mittel, das Jouhaux noch verblieben war, um die Gewerkschaftsbewegung in den Bahnen der Kriegszeit zu halten, war heute, da die Minderheit sich organisiert, die entschiedenste Minderheit auszuschließen und die anderen zu terrorisieren. Das war seine einzige Hoffnung auf Rettung. Sie ist zuschanden geworden."

Die C. S. R. können also unter zahlreichen Schwierigkeiten ihre Aufgabe, die Minderheit innerhalb der C. G. T. zu organisieren, fortsetzen. Sie werden es tun, ohne zu schwanken.

Am Sonntag, den 14. November, haben dann die C. S. R. einen zweiten Sieg in Paris auf dem Kongreß der Gewerkschaften des Seine-Departements davongetragen. Der alte Vorstand, der ausschließlich mit Mehrheitlern besetzt war, wurde bei allen Punkten der Tagesordnung geschlagen und gezwungen, sich zurückzuziehen. Er wird übrigens mit dem Ende des Jahres wirklich ausscheiden. In kurzer Zeit wird auch die Gewerkschaftsvereinigung des Rhone-Departements ihren Vorstand säubern, und er wird in die Hände der Revolutionäre übergehen.

Derartig schlagende Erfolge lassen uns mit Vertrauen in die Zukunft blicken: in zehn Monaten, auf dem Gewerkschaftskongreß von Lille, wird von der Mehrheit Jouhaux nicht mehr viel übrig sein, und dann wird es ein Ende haben mit der Gewerkschaftspolitik des Verrats, des Betruges und der Ohnmacht.

Literatur.

L. Trotzky: „Terrorismus und Kommunismus." Anti-Kautsky. Verlag der Kommunistischen Internationale, Petrograd, Smolny, 1920. X. 166 S.

I.

Leo Trotzky wendet sich als Dritter nach Lenin und Radek gegen die Anti-Terrorschreiberei Karl Kautskys. Diese Auseinandersetzung der Führer der kommunistischen Revolution in Rußland mit dem Kopf des Sozialpazifizismus ist keine querelle allemande, kein beiläufiger Gelehrtenzwist über ein theoretisches Problem. Sie ist ein Teil des gewaltigen revolutionären Kampfes um die Machtbehauptung, den die russische Räterepublik seit nun drei Jahren führt, aus diesem Kampfe selbst hervorgewachsen. Denn die ledern-pedantischen Schriften des ledernsten pedantischsten Professors der Zweiten Internationale sind zur gefährlichen Waffe der internationalen Konterrevolution gegen Räterußland geworden. Die Theorie der Gewaltlosigkeit als des besonderen Merkmals der proletarischen sozialistischen Revolution gegenüber allen früheren Revolutionen, die Anklage, daß der Terror der russischen Kommunisten der reinen Lehre von Marx und Engels widerspreche und daß dieser Sünde wider den heiligen Geist des Sozialismus und Marxismus alle Leiden der russischen Proletarier und Bauern geschuldet seien: diese Lehre, die nicht wirkt durch das Gewicht ihrer Gründe, sondern durch das Gewicht des Namens ihres Verfechters, der Jahre hindurch in der russischen revolutionären Intelligenz und Arbeiterschaft als der Wortführer des revolutionären Marxismus gegolten hat, stumpft die Waffen der im Bürgerkrieg und Staatenkrieg kämpfenden Roten Armee ab und rechtfertigt jegliche Schandtat des weißen Schreckens gegen die „unsozialistischen" Gewaltpolitiker Moskaus im Namen des Sozialismus.

So erklärt es sich, daß der Organisator des Sieges der Räterepublik, der Schöpfer der Roten Armee, Leo Trotzky, am gründlichsten mit Karl Kautsky abrechnet. Er bekämpft die Gegenrevolution, er schärft das Schwert der Roten Armee, indem er Karl Kautsky widerlegt.

II.

Im ersten Waffengang hat Lenin in der Schrift: „Das Proletariat und der Renegat Kautsky" derb und rücksichtslos die konterrevolutionäre kleinbürgerliche Auslegung, die Kautsky der marxistischen Lehre von der Diktatur des Proletariats gegeben hat, enthüllt. Indem er Kautskys Theorie an den Quellenstellen bei Marx und Engels gemessen hat, hat er mit Keulenhieben Karl Kautskys Ruf als Marxist zerschlagen.

Radek hat im zweiten Waffengang sich gegen Kautskys „Terrorismus und Kommunismus" gewandt. Elegant, witzig und scharf zupackend hat Radek in der Broschüre „Proletarische Diktatur und Terrorismus" die Beweisgründe widerlegt, die Kautsky mit eifernden Bienenfleiß gegen den Bolschewismus aus aller Herren Länder, aus allen Zeiten seit Erschaffung des Menschen zusammengetragen zu haben glaubte.

Trotzky, im dritten Waffengang, vereinigt die Vorzüge seiner Mitstreiter. Ebenso stark zuschlagend wie Lenin, ebenso gewandt fechtend wie Radek, verstärkt er deren Argumente durch die Erfahrungen, die er, die die russische Revolution im lebendigen Kampf mit der Gegenrevolution gemacht hat. Er widerlegt noch einmal Kautskys Umbiegung der Diktatur des Proletariats in ein Mittel der friedlichen Ueberwindung des Kapitalismus durch die Demokratie, er verspottet diese „Metaphysik der Demokratie", diesen unerschütterlichen Fetischglauben an die Macht des Stimmzettels inmitten des tobenden revolutionären Bürgerkrieges, um dann grundsätzlich mit dem Hauptangriff Kautskys, dem Terrorismus der Kommunisten, sich auseinanderzusetzen. Die Frage, ob der Terrorismus „als solcher" in der Revolution „als solcher" begründet sei, tut Trotzky als blutlose unwirkliche Schematisierung ab. Die wirklichen Revolutionen in der Geschichte, die gewesen sind und noch sind, aus denen allein eine Begriffsbestimmung der Revolution „als solcher" zu gewinnen wäre, wenn man sich überhaupt von einer solchen Abstraktion einen Gewinn verspricht, sind jedenfalls nie ohne Gewaltanwendung gewesen. Zahlreiche Beispiele führt Trotzky dafür an, beginnend mit der religiösen Reformation über die englische und französische bürgerliche Revolution bis zum Sklavenkrieg in den Vereinigten Staaten. Wenn die russische proletarische Revolution ebenfalls der Gewalt nicht entbehren kann, hierin also das Schicksal aller bisherigen Revolutionen teilt, so gibt Trotzky hierfür die Gründe an:

> „Hätte sich unser Novemberumsturz einige Monate oder auch nur einige Wochen nach der Errichtung der Herrschaft des Proletariats in Deutschland, Frankreich und England ereignet, so wäre — darüber besteht kein Zweifel — unsere Revolution die „friedlichste", die „unblutigste" aller auf der sündhaften Erde überhaupt möglichen Revolutionen gewesen. Diese historische Reihenfolge aber, die auf den ersten Blick die „natürlichste" und auf jeden Fall die vorteilhafteste für die russische Arbeiterklasse ist, wurde — nicht durch unsere Schuld, sondern durch den Willen der Ereignisse — gestört: anstatt das letzte zu sein, war das russische Proletariat das erste (S. 43)."

So ist es gekommen, daß der Widerstand der Klassen, die bisher in Rußland geherrscht hatten, ihr Bürgerkrieg gegen die Rätemacht verschärft und verstärkt wurde durch die Unterstützung, die ihnen das internationale Finanzkapital hat zuteil werden lassen. Genau so wie die Vendée und die Koalition des feudalen Europas 1793 die Jakobiner zur Schreckensherrschaft gezwungen hat, hat der Ansturm der Kapitalisten aller Länder in Verbindung mit dem Widerstand der entthronten Bourgeoisie in Rußland selbst

zur Schaffung und Schärfung der Waffen beigetragen, mit denen im Innern und nach außen Räterußland bisher sich seiner Feinde erwehrt hat, vor allem der Roten Armee.

Aber die Kommune, die erste große Arbeiterherrschaft der Geschichte, kannte weder Terror noch Rote Armee, so doziert Kautsky. Trotzky geht, wie vor ihm schon Lenin und Radek, auch diesem Argument nach und zeigt, wie die Kommune, durch die Logik des Kampfes gezwungen, im Prinzip die Gewaltanwendung anerkennt, als sie nach dem Muster von 1793 einen Wohlfahrtsausschuß errichtet. Wäre sie nicht so schnell gefallen, nicht zum mindesten infolge der Kompromisse ihrer leitenden Elemente, infolge ihres Bestrebens, die Bourgeoisie zu „versöhnen", sie wäre im Kampfe gegen Thiers gezwungen gewesen, die schärfsten Maßnahmen zur Unterdrückung des weißen Schreckens zu treffen. Gefallen ist die Kommune nicht, weil, wie Kautsky meint, das Kriegführen nicht die starke Seite des Proletariats ist, sondern weil die Pariser Arbeiter nicht zur Herausbildung einer eigenen Klassenarmee gekommen sind. Die Gründe hierfür legt Trotzky in einem glänzenden Vergleiche der Pariser Arbeiter von 1871 mit dem Petersburger Proletariat von 1917 dar. Hatte dieses nicht die reichen revolutionären Traditionen der Pariser Arbeiter, so hatte es dafür die revolutionäre Erhebung von 1905 und ihre grausame Unterdrückung noch frisch im Gedächtnis. Es war nicht gehindert durch die Ideologie der Demokratie, die die Pariser Arbeiter 1871 hemmte, ihre Führer zu Kompromissen trieb und dadurch den revolutionären Plan der Unterschichten lähmte. So kam es, daß das Militärwesen der Kommune nicht funktionierte, daß von 162 000 eingeschriebenen Nationalgardisten nur 20 bis 30 000 in den Kampf gingen, während das Petersburger Proletariat nicht nur 1917 den ersten Angriff gegen die Bourgeoisie führte, sondern 1919 noch mit seinen Fäusten Judenitsch vernichtete.

Die Erfahrungen der Kommune von 1871 sprechen — schon Marx hat das erkannt — nicht gegen sondern für die entschiedene revolutionäre Gewalt.

III.

Nicht in der Frage, ob Gewaltanwendung oder nicht, unterscheidet sich die proletarische Revolution in Rußland oder in Westeuropa von den bürgerlichen Revolutionen, z. B. der Schreckensherrschaft der Jakobiner. Der Unterschied zwischen bürgerlicher und proletarischer Gewaltanwendung, den Kautskys undialekter historischer Mechanismus nicht sieht, ist der: Die bürgerliche Gewaltanwendung ist die selbstverständliche unvermeidliche Machtgrundlage einer herrschenden Klasse, die sich als solche und damit die Klassenherrschaft erhalten will. Die proletarische Gewaltanwendung dagegen ist das Mittel, mit dem das als Klasse zur Herrschaft gekommene Proletariat den Widerstand der bisher herrschenden Klasse bricht, um nach Niederwerfung der Bourgeoisie sich als Klasse und damit die Klassenherrschaft und die Gewalt überhaupt aufzuheben.

Die Klassenherrschaft der bürgerlichen Gesellschaft, die keine Vielschreiberei Kautskys aufheben kann, ist die Ursache der Gewaltanwendung in jeder bisherigen Revolution. Wie die Gewalt und der Terror an der Schwelle der bürgerlichen Gesellschaft stehen, wie Gewalt und Terror sie auf ihrem Lebensweg begleiten, so stehen sie an ihrem Ausgang. Mit der Gewalt, der Schreckensherrschaft, begründet die Bourgeoisie als Minderheit ihre Herrschaft als ausbeutende Klasse über die breite Masse der Ausgebeuteten; mit dem in die demokratische Watte gewickelten Gewaltapparat der bürgerlichen Staatsmaschinerie erhält sie sich als Klasse; mit dem weißen Schrecken verteidigt sie ihre Ausbeuter- und Machtposition gegen den revolutionären Ansturm des Proletariats, es noch in seinem Siege

bedrohend und es so zur rücksichtslosen Abwehr des Terrors zwingend. Schließt der Charakter der Herrschaft der Bourgeoisie als einer Klassenherrschaft, die sich erhalten will, die Gewaltanwendung als unumgängliches, für sie nicht zu entbehrendes Herrschaftsmittel geschichtlich in sich ein, so enthält dagegen die Gewaltanwendung des Proletariats als Abwehr gegen den weißen Schrecken der aus der Macht gejagten Klasse den Keim ihrer Selbstaufhebung geschichtlich in sich. Die Gewaltanwendung muß verschwinden, wenn das als herrschende Klasse organisierte Proletariat die Klassenherrschaft und damit den Staat in der kommunistischen Wirtschaft aufgelöst haben wird. Aber es kann die Klassenscheidung und damit die Gewaltanwendung — das muß immer wieder gegen die Gewaltlosen betont werden — nur dadurch verschwinden machen, daß es gegen allen Terror, gegen die Verschwörungen der Bourgeoisie im Bürgerkriege rücksichtslos seine Stellung als herrschende Klasse erkämpft und behauptet.

IV.

Daß diese These von der Selbstaufhebung der Gewalt durch die Herrschaft des Proletariats keine leere Vertröstung auf die Zukunft, sondern schon beginnende geschichtliche Erfahrung ist, das zeigt Trotzky in dem vielleicht schönsten Teil seines Buches, dem Kapitel VII, in dem er über die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik, und in dem Kapitel VIII, in dem er über die Probleme der Organisation der Arbeit spricht.

Im Abschnitt VII schildert Trotzky, wie das Proletariat als herrschende Klasse jene unbeugsame Zielklarheit, Wachsamkeit und stets bereite Aktivität erwirbt, die es nach den Worten des Spartakusprogramms gewinnen muß, wenn es den Anschlägen, Ränken und Zettelungen der Bourgeoisie wirksam begegnen will. Dadurch, daß das Proletariat zur Macht kommt, wird seine Ideologie eine andere. Die kommunistischen Samstage und der heroische Kampf der fast unbewaffneten Petersburger Arbeiter gegen die gerüstete weiße Armee Judenitschs beweisen besser als alle theoretischen Auseinandersetzungen die hohe geistige und sittliche Reife, die das russische Proletariat im Kampfe um die Macht und um die Behauptung der Macht sich erworben hat. Partei und Gewerkschaften wandeln sich in ihrer Bedeutung. Bis zur Machtergreifung waren sie Organisationen zur Vorbereitung der Revolution. Nachdem die Arbeiterklasse in den Sowjets ihre Macht als herrschende Klasse organisiert hat, übernimmt die Partei die geistige und taktische Führung in diesen Herrschaftsorganisationen, den Räten, und führt so die Revolution zum endgültigen Siege. Die Gewerkschaften werden zu den unmittelbaren Trägern der gesellschaftlichen Produktion.

So wird das russische Proletariat im Prozeß der Revolution selbst fähig, das Fachleute- und das Bauernproblem, die beide der Marxscholastik Karl Kautskys so große Schmerzen bereiten, zu lösen. Trotzky zeigt, wie die Rätemacht die Fachleute sich eingliedert, ohne die Herrschaft der Arbeiterklasse dadurch zu erschüttern. Er zeigt, wie die Masse der armen Bauern durch die bewußt durchgeführte Klassenspaltung in jedem Dorf der Revolution gewonnen wurden.

Damit ist die Grundlage geschaffen, auf der der kommunistische Aufbau beginnen kann. Die Bahn ist frei für die Aufstellung und Durchführung eines Wirtschaftsplanes, für die Organisierung der Arbeit. Und zur Verwirklichung dieser gewaltigsten Tat, der Rätemacht, dient ihr das Instrument der Gewalt: die Rote Armee. Sie, die die Klassenfeinde im Bürgerkrieg niedergehalten, die den Staatenkrieg durchgeführt hat, verwandelt sich in eine Armee der Arbeit. Sie, die zuerst das Problem der freiwilligen militärischen Unterordnung und Disziplin im blutigen Kampfe um die Rätemacht verwirklicht hat, verwirklicht jetzt das andere Problem das zu lösen das kapitalistische Deutschland und die anderen kapitalistischen

Staaten vergeblich sich bemühen, die freiwillige Arbeitsdisziplin im Dienste des wirtschaftlichen Aufbaues. So wird das Werkzeug der Gewalt im Gang der proletarischen Revolution zum Mittel, die Gewalt überflüssig zu machen durch die Verwirklichung der kommunistischen Wirtschaft, die die Klassen verschwinden macht.

Die Tatkraft, die Kühnheit des russischen Proletariats, das allen Leiden zum Trotz an die Verwirklichung des Kommunismus geht, widerlegt alle Bedenklichkeiten und Verleumdungen Karl Kautskys und seiner Schüler. Ihre beste theoretische Widerlegung ist der in die Tat umgesetzte revolutionäre Marxismus, wie ihn uns Trotzkys Buch aufzeigt. So kann sich Trotzky damit begnügen, in einem Schlußkapitel alle die Wortführer des Kautskytums mit ein paar glänzenden Florettstößen abzutun. Wie er die Renner, Otto Bauer, Max und Fritz Adler und Hilferding mit wenig Worten charakterisiert und erledigt, gehört zu dem Besten, was über die Austromarxisten, die Blüte des Kautskyanertums, geschrieben worden ist. Nur ein Vorbehalt wäre zu machen: wenn Trotzky von Hilferding sagt, er habe ein gutes Buch geschrieben, so ist darauf zu erwidern, daß Hilferdings „Finanzkapital" den theoretischen Problemen des Imperialismus ebenso ausweicht, wie Hilferdings praktische Politik den Problemen der proletarischen Revolution. Theoretisch sind die Probleme des Imperialismus nicht von Hilferding, sondern von Rosa Luxemburg in der „Akkumulation des Kapitals" und der „Antikritik" gelöst worden; und praktisch hat die russische Revolution, hat Trotzkys Buch selbst die menschewistischen Redensarten Hilferdings, die er eben erst wieder in Halle zu einem theoretischen System zusammengefügt hat, schlagend widerlegt.

Das russische Proletariat hat, über alle Aengstlichkeiten und Feigheiten des Menschewismus sich hinwegsetzend, das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, hinter dem die Gewaltlosen aller Länder bänglich sich versteckt haben, zu seinen Gunsten geändert. Trotzkys Buch zeigt, wie das russische Proletariat dabei verfahren ist. Mögen die deutschen Arbeiter aus diesem Buche lernen, wie sie zu handeln haben, damit sie mit ihrem Klassenfeind fertig werden und mit Räterußland zusammen den Kommunismus aufbauen können. E. Ludwig.

Karl Vorländer. Marx, Engels und Lassalle als Philosophen. Stuttgart 1920. J. H. W. Dietz Nachf.

Karl Vorländers kleine Schrift hat ihre Verdienste. Sie beruht auf genauer objektiver Kenntnis des gesamten Materials. Sie versteht es prächtig, und in flüssiger Schreibweise, die philosophische Entwicklung Marx' und Engels' einerseits, Lassalles andererseits zu zeichnen, schildert klar die Zusammenhänge mit der klassischen deutschen Philosophie, vor allem mit dem gewaltigen Denken Hegels, und betont die prachtvolle Logik der Entwicklungslinie — einer Linie von unpersönlicher, gleichsam symbolischer Bedeutung —, die die beiden Dioskuren vom reinsten Idealismus, vom Hegeltum über die geistige Atmosphäre der Bruno Bauer, Feuerbach usw., schließlich zur gemeinsamen Ausbildung des historischen Materialismus kommen läßt. Lassalle andererseits, sehen wir, ist Zeit seines Lebens eigentlich nicht einmal Jung-Hegelianer, sondern bleibt Alt-Hegelianer, wird von dem ihm am meisten verwandten Geist Fichtes aufs lebhafteste angezogen und muß deshalb immer in einem gewissen Gegensatz zu den Dioskuren stehen. Doch das Feuer der Aktivität und das politische Handeln führt ihn dazu, die ökonomischen Tatsachen in eigenartiger Verschmelzung in sein philosophisches Denken aufzunehmen und so der deutschen Arbeiterschaft vom marxistischen Sozialismus das zu bringen, was sie bei ihrem damaligen Reifestadium auffassen konnte. Lassalle ist ganz dramatische

Persönlichkeit, Feuer und Geist, er ist einmalig — Marx und Engels überwinden völlig das idealistische Denken, das sich im historischen Materialismus „aufhebt"; ihr wissenschaftliches Werk, das sich immer mehr von der Abstraktion weg und zur Bloßlegung der konkreten ökonomischen und soziologischen Gesetze hinwendet, ist von größerer Ausbildung und gewaltigerer Tragweite, ist allgemeingültiger, ist unpersönlicher. Der Gegensatz ist in der Verschiedenheit der philosophischen Prinzipien begründet, sie wirken sich verschiedenartig aus.

Vorländer ist genauer Kenner von Kant und Marx. Die genetischen Zusammenhänge sind überall mit größter Objektivität analysiert. Aber Vorländer steht auch den Neu-Kantianern (Nur-Kritizisten) und ihrer verworrenen Haltung zum Sozialismus mindestens nahe. So kommt er zu Konsequenzen, mit denen wir nicht einverstanden sein können. Er kritisiert bedauernd das mangelnde Verständnis Marxens und Engels für eine formale „absolute", kurz, kantische Ethik. Er wünscht ferner (der Kantkenner!) eine Verbindung des Marxismus mit erkenntnis-kritischer, kantischer Grundlegung. Seine Einstellung läßt ihn auch im Kapitel über „Engels letzte Modifikationen des historischen Materialismus" den gewissen formalen Gegensatz zwischen den Aeußerungen des älteren Engels und den ursprünglichen Formulierungen, die unserer Meinung nach durchaus organisch zusammenstimmen, sicher zu sehr überspannen. Zum Schluß rühmt er die Verdienste, die einerseits Männer wie Hermann Cohen und Natorp, andererseits wie Kurt Eisner, Max Adler und Otto Bauer („politisch links wie politisch rechts gerichtete in trautem Verein" Seite 81) um die philosophische Grundlegung des Sozialismus hätten. Zwar hat sich Vorländer unseres Wissens stets vom revisionistischen Schlachtruf: „zurück zu Kant" ferngehalten, aber hier liegt mehr als ein bloßer Methodenstreit vor. Hier spiegelt sich in feinster Form etwas von der geistigen Atmosphäre einer abgelaufenen opportunistischen Aera wider. Andererseits sind die aufgeworfenen Probleme durchaus von Bedeutung. Nur liegt ihre Lösung unseres Erachtens in anderer Linie. Der Marxismus ist ungeheuer entwicklungsfähig. Auf dem Gebiet der allgemeinen Geschichtsbetrachtung stehen gewaltige Aufgaben bevor. Das Wenigste erst konnte geleistet werden. Die marxistische Soziologie kann ein geschmeidiges, geschärftes Instrument zur Analyse der feinsten und verwickeltsten Beziehungen zwischen ökonomischen und ideologischen Formen des gesellschaftlichen Lebens werden. Durch solche wissenschaftliche Arbeit selbst weiter entwickelt, wird die Soziologie plastische Bilder, scharfe Linien, klare kausale Zusammenhänge der ökonomischen Epochen, der sozialen Schichtungen, Psychologien, philosophischen, religiösen und anderen Denkformen für die gesamte Geschichte der primitiven und der Klassengesellschaften geben können. Dabei erst wird sich die materialistische Soziologie mit ihren methodischen Grundthesen weiter entwickeln, abgrenzen, ausbreiten und endgültig konstituieren. In der blauen Luft der Abstraktion wird der Streit um die Methoden dem der mittelalterlichen Scholastiker gleichkommen, die zu berechnen versuchten, wieviele Erzengel auf einer Nadelspitze Platz hätten. — Aber wann wird sich diese ungeheure wissenschaftliche Arbeit ermöglichen? Erst in einer einigermaßen gefestigten und mit Ruhe gesättigten kommunistischen Gesellschaft wird die Muße zu solcher Tätigkeit gegeben sein. Einstweilen hat die Historie ihren revolutionären Jüngern nicht die Kontemplation, sondern das Handeln aufgetragen — und wir sind es zufrieden. Wie sagt doch der 23jährige Karl Marx? „Was innerliches Licht war, wird zur verzehrenden Flamme, die sich nach außen wendet". Nun wohl, die Jahrzehnte historischer Vorbereitung sind zu Ende, die „verzehrende Flamme" hat längst begonnen als ein Steppenfeuer die kapitalistischen Länder zu durcheilen. Sie wird das Ihre tun.

Eingegangene Schriften.

K. P. D. Propaganda Nr. 15. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. Inhalt: Der Sozialisierungsschwindel. Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft von Fleisch und Kartoffeln. (Haltung der Partei zur Aufhebung der Zwangswirtschaft.) . . . . . Preis 1,25 Mk.

K. P. D. Propaganda Nr. 16. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. Inhalt: Zur Landagitation (Richtlinien, Aus dem Deutschen Landarbeiterverband, Von der Landwirtschaft, Die Rüstungen der Junker, Landarbeiter und Revolution). Zur Frauenagitation. Wirtschaftliches (Arbeitslosenfrage, Steigender Gewinn bei fallender Produktion, Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft) . . . . . Preis 1,25 Mk.

K. P. D. Propaganda, Sondernummer zum 7. November 1920. Herausgegeben von der Zentrale der K. P. D. (1 Vortragsplan) . . Gratis.

Die Kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. Manifest des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Herausgegeben vom Verlag der Kommunistischen Internationale . . Preis 1,— Mk.

Bericht über den 4. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands am 14. und 15. April 1920 . . . . . Preis 4,50 Mk.

Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. Beschlossen vom 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale Moskau, vom 17. Juli—7. August 1920. Herausgegeben vom Verlag der Kommunistischen Internationale . . . . . Preis 2,50 Mk.

Sinowjew, Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg. Preis 1,— Mk.

Das ABC des Kommunismus. Von N. Bucharin und E. Preobraschensky. Verlag der Arbeiterbuchhandlung, Wien.
Band I Preis 4,— Mk.
Band II eben Preis 4,— Mk.

Die Textilarbeiter in Sowjetrußland. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54. Preis 1,25 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 11. Churchill als Verschwörer. (Golowins Memorandum an Sasanow.) . Preis 0,50 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 12. A. Bogdanow: Was ist proletarische Dichtung? . . . . . Preis 0,50 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 13/14. N. Lenin: Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht . . . Preis 1,— Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 15/16. L. Trotzki: Die Arbeiterklasse und ihre Sowjetpolitik . . . . . Preis 1,— Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 17. Die Tätigkeit des Allrussischen Metallarbeiter-Verbandes in den Jahren 1917—1920. Preis 0,50 Mk.

Kleine Bibliothek der Russischen Correspondenz Nr. 18. Die Probleme der Sowjetukraine. (Lenin: Brief an die Arbeiter und Bauern der Ukraine. C. Rakowski: Die Beziehung zwischen den Sowjetrepubliken. Mich. Pawlowitsch: Die Ukraine als Objekt der internationalen Gegenrevolution.) . . . . . Preis 0,50 Mk.

Die Kommunistische Internationale Nr. 12. Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg . . . . . Preis 7,50 Mk.

Festzeitschrift. Der 7. November. 1917—1920. Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) Preis 0,60 Mk.

G. Sinowjew und A. Losowski: „Wer beleidigt das deutsche Proletariat?" Offener Brief an die deutschen Arbeiter. Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig . . . . . Preis 0,50 Mk.

„Offener Brief an die Arbeiter Englands." Von der Russischen Gewerkschaftsdelegation. Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig Preis 0,50 Mk.

Leitsätze für politische Arbeiter. Leitsätze für Betriebsräte. Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Anhang.

Beſchlüſſe des Kommuniſtiſchen Parteitags.

(2. bis 5. November 1920.)

Resolutionen:

Ueber die internationale Lage.

Der Abwehrkrieg Sowjetrußlands gegen Polen hat nicht zu seinem Ziele geführt: der Entwaffnung Polens. Weite Gebiete von vorwiegend russischer Bevölkerung bewohnt, müssen von Sowjetrußland der polnischen Bourgeoisie und Junkerherrschaft überlassen werden.

Die gegenwärtige polnische Regierung hat bereitwilligst diese Gebiete angenommen, um selbigen Tages ihre Friedensverpflichtungen zu brechen. In den trotz aller heuchlerischen Versicherungen von Polen unterstützten Handstreichen von Zeligowski, Balachowitsch und Petljura, durch die Armee von Wrangel führt Polen den Krieg weiter.

Hinter Polen steht Frankreich. Frankreich hat den Angriff Polens gegen Sowjetrußland mit Menschen und Waffen organisiert. Es hält und unterstützt Wrangel, es versucht, Ungarn und die sogenannte kleine Entente zusammenzuschließen zu einem Ring gegen Sowjetrußland.

Frankreich ist durch den Versailler Vertrag sowie durch ökonomische Abhängigkeit aufs Engste mit England verbunden. Trotz mancher scheinbaren Differenzen vertritt Frankreich in diesen Dingen die Gesamtinteressen des westeuropäischen Kapitalismus. Im Kampfe auf den Schlachtfeldern Europas um Rußland steht dieses dem russischen Proletariat gegenüber.

Deutschland, wenn auch aufs tiefste geschlagen und heute selbst das Opfer des westeuropäischen Imperialismus, schlägt sich auf die Seite des westeuropäischen Kapitalismus. Die Ausweisung der russischen Genossen aus Deutschland, die verschärfte Absperrung von Rußland, bedeutet die Kampfansage: die Unterstützung Wrangels, die offene Kriegserklärung an Sowjetrußland. Die deutsche konterrevolutionäre Politik scheut vor einem Zusammengehen mit dem westlichen Imperialismus auch nicht zurück in einem Augenblick, in dem dieser darauf ausgeht, den Rest des deutschen Staates durch Abspaltung von Bayern noch weiter zu zersplittern.

In dieser Situation ist der Kampf Sowjetrußlands an seinen westlichen Grenzen, wie zumal der Kampf gegen England in Mittel- und Kleinasien, der Kampf gegen den westeuropäischen Imperialismus überhaupt. Sowjetrußland vertritt in seinem Kampfe das Interesse aller von diesem unterdrückten Klassen und Nationen. Der Kampf ist nicht nur ein Kampf für die Aufrechterhaltung der russischen Sowjetrepublik, sondern für die Befreiung dieser Klassen und Nationen. Es ist das Lebensinteresse der Proletarier aller Länder, in diesem Kampfe Rußland durch die Tat zu unterstützen.

Das deutsche Proletariat hat in dem letzten akuten Stadium dieser weltpolitischen Krise im Juli und August 1920 versagt und seine Aufgaben nicht erkannt. Es ist die Aufgabe der Partei, diese Zusammenhänge dem Proletariat aufs eindeutigste darzulegen und es zu befähigen, bei kommenden Krisen mit kräftigen Aktionen seine Solidarität zu bekunden.

Zentrale K. P. D.

Zur innerpolitischen Lage.

Die innere Lage Deutschlands charakterisiert sich durch Folgendes:

Wirtschaftlich schreitet der Auflösungsprozeß voran. Die scheinbare Hochkonjunktur und Prosperität vom vergangenen Jahre ist in eine schwere Krise umgeschlagen, die an sich die ganze Welt umfaßt, in Deutschland aber durch Teuerung, Arbeitslosigkeit, Lebensmittel- und Warenmangel verschärfte Formen annimmt. Der Kapitalismus steht dieser Krise, die allmählich zur Zerstörung des gesamten Produktionsapparates führen muß, hilflos und ohne auch nur den Versuch einer Besserung zu machen, gegenüber.

Politisch führt diese Entwicklung in Verbindung mit der weltpolitischen Situation dauernd zu einer Verschärfung der revolutionären Krise.

Die Konterrevolution bewaffnet sich. Unbekümmert um den von ihr abgeschlossenen Friedensvertrag und die Entwaffnungsgesetze behält sie die Waffen. Sie behält die Einwohnerwehren und die Zeitfreiwilligenorganisationen. Sie baut neue bewaffnete Organisationen (Orgesch usw.) auf, die für alle inner- und außenpolitischen Zwecke der Bourgeoisie dienen sollen. Gestützt auf diese Machtfaktoren glaubt die Bourgeoisie durch einen gesetzlichen Ausnahmezustand die kommunistische Bewegung zerstören zu können. Gestützt auf diese Machtpositionen glaubt die Bourgeoisie, der Stütze durch die Sozialdemokratie, deren sie in den ersten kritischen Zeiten der Revolution bedurfte, entbehren zu können. Ganz entsprechend den Vorgängen in anderen Ländern schwindet der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Regierung täglich.

Demgegenüber beginnt auch in den Reihen des Proletariats der Prozeß der Konzentration. Die Spaltung der U. S. P. bedeutet ein Bekenntnis großer proletarischer Massen zum Kommunismus und schafft die Voraussetzung für die Bildung einer großen revolutionären kommunistischen Partei. Die Gegensätze innerhalb des Proletariats sind damit auf den einen großen Gegensatz: Revolution oder Reformismus reduziert.

Die Kommunistische Partei hat in dieser Situation folgende Aufgaben:

1. Die aus der inner- wie außenpolitischen Situation sich ergebenden Krisen zu revolutionären Aktionen auszunützen.

2. Den Kampf des Proletariats gegen die Zerstörung der Wirtschaft durch die Bourgeoisie durch die Betriebsräte zu organisieren und zu führen.

3. Innerhalb der Arbeiterschaft die Arbeit für die revolutionäre Konzentration mit allen Kräften zu fördern und den Kampf gegen den Sozialreformismus in allen seinen Pflanzstätten (Sozialdemokratie, rechte U. S. P., Gewerkschaften) zu führen.

Zentrale K. P. D.

Leitsätze für die politischen Arbeiterräte.

I.

Der Staat ist der Machtapparat der herrschenden Klasse. Im kapitalistischen Staat hat sich die Bourgeoisie organisiert und eine bewaffnete Macht, die Reichswehr, Sipo, die Polizei zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft geschaffen. Im kapitalistischen Staat hat die Bourgeoisie die Gesetzgebung, die Gerichte, die Gefängnisse, die Schule, die Kirche und tausend andere Beeinflussungsmittel in den Dienst der Erhaltung ihrer Macht gestellt und wendet alle diese Mittel rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse an.

Die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus verschärft sich von Tag zu Tag. In Deutschland steigt die Zahl der Arbeitslosen, die Zahl der Wohnungslosen, die Zahl der verkürzt Arbeitenden, steigen Not und Elend der Besitzlosen ins Unerträgliche.

Die Produktion stockt, die Grundlagen der Produktion werden zerstört, Fabriken um Fabriken werden stillgelegt, abgebrochen und ins Ausland verschachert. Die Rückwandlung des Industriekapitals in seine Ausgangsform, Handels- und Wucherkapital, ist bereits soweit vorgeschritten, daß der Kapitalteil, der in Fabriken und Maschinen festgelegt war, flüssig gemacht und von dem Privateigentümer in Sicherheit gebracht wird.

Die Versuche seitens der Betriebsräte, der Zerstörung der Produktionsmittel die Kontrolle der Produktion entgegenzustellen, stoßen überall auf die organisierte Staatsmacht der Kapitalisten, auf die Gesetze, die den kapitalistischen Privateigentümern das Recht geben, die Produktion weiter zu zerstören.

Betriebsräte, die den Abbruch der Maschinen hindern, werden bestraft. Unternehmer, die Produktionsmittel zerstören, geschützt. Die ökonomischen Kämpfe, die die immer mehr verelendende Arbeiterschaft um ihre nackte Existenz in Gestalt von Lohnkämpfen, als Kämpfe um die Kontrolle der Produktion führt, spitzen sich immer mehr zu und werden von der kapitalistischen Staatsmacht mit allen Mitteln niedergehalten, sie schlagen um in Kämpfe um die Beherrschung der Staatsmacht, werden politische Kämpfe.

II.

Die Staatsfinanzen sind im Stadium des latenten Bankrotts. Die zerstörten Produktionsmittel der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft sind nicht nur vernichtet, sondern lasten wie ein Gespenst in Gestalt der Schuldtitel der Bourgeoisie auf der Arbeiterklasse.

Die vernichtete Kaufkraft des Geldes ist mit eine Folge dieses Bankrotts. Der zehnprozentige Steuerabzug ist der Versuch, den offenen Bankrott hinauszuschieben. Die Arbeiterschaft rebelliert dagegen wie in Stuttgart, weigert sich, die Steuern abziehen zu lassen, die Regierung schließt im Bunde mit den Unternehmern die Arbeiter aus den Betrieben, besetzt die Betriebe mit Reichswehr und Sicherheitspolizei, läßt die Arbeiter in die Gefängnisse und Zuchthäuser werfen, der Kampf gegen den Steuerabzug schlägt, auf die Spitze getrieben, um in einen Kampf um die politische Macht

III.

Die Sozialdemokraten, die abhängigen wie die unabhängigen, und die Gewerkschaftsführer stützen diese Politik. Sie fallen der gegen diese Zustände kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken und sind übergelaufen ins Lager der Gegenrevolution. Den revolutionären Kampf um die Kontrolle der Produktion fälschen diese Politikanten um in einen Sozialisierungsschwindel, der den Arbeitern einredet, die Sozialisierung der Bergwerke als „reife Betriebe" sei möglich, mit und durch die Unternehmer. Die Arbeiter nehmen die Sozialisierung ernst und führen den aktiven Kampf gegen die Unternehmer, indem die Arbeiter Besitz ergreifen von den Bergwerken, die Unternehmer entfernen und die Bergwerke leiten durch die zentral zusammengefaßten Betriebsräte. Die Regierung Scheidemann-Noske schlägt die Ruhrbergleute blutig nieder, greift als Staatsmacht der Kapitalisten ein, mit Schandgericht, gesetzlichen und ungesetzlichen Arbeitermorden und Zuchthausstrafen. Der ökonomische Kampf um die Sozialisierung scheitert an den Machtmitteln des kapitalistischen Staates, wird zum politischen Kampf.

IV.

Die Arbeitslosen kämpfen mit den Betriebsräten um ihre Eingliederung in den Produktionsprozeß und Sicherung ihrer nackten Existenz. Die Regierungen aller Länder, ganz gleich, ob rein bürgerlich oder sozialdemokratisch, haben kein Geld für die „unproduktiven Zwecke" einer ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, keine Macht gegen die Unternehmer, die die Betriebe schließen, Maschinen abbrechen und die Arbeitslosen oder verkürzt Arbeitenden zur Verzweiflung treiben. Diese Regierungen als Machtorgane der Kapitalistenklasse haben aber Geld zur Bezahlung der Reichswehr, der Grünen und Blauen und benutzen ihre bewaffnete Macht zum Niederschlagen der Arbeitslosen. Der Kampf um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit wird so zum politischen Kampf um die Diktatur des Proletariats, um den Produktionsprozeß im Interesse der Arbeiterklasse umbauen zu können.

V.

Die unter der Wohnungsnot und der Lebensmittelnot leidenden Massen, die den Kampf um die Beseitigung dieser Nöte beginnen, stoßen überall auf die Schranken der kapitalistischen Staatsmacht, die die Kämpfenden überall niederhält, wo das Interesse der herrschenden Kapitalistenklasse gefährdet ist. Der Kampf gegen diese Nöte wird zum politischen Machtkampf.

VI.

Das Bürgertum, einerseits bedroht durch die zunehmende Kampfstimmung der Arbeiterschaft und andererseits bedroht durch den Friedensvertrag von Versailles, seine legale bewaffnete Macht zu vergrößern, hat sich neben der von allen unsicheren Elementen gereinigten Reichswehr und Sipo in der Orgesch, den Bürgerwehren und Selbstschutzorganisationen bis auf die Zähne illegal bewaffnet. Das Proletariat ist rücksichtslos entwaffnet worden und die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung des Proletariats ist ein politischer Kampf um die Macht.

VII.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus ist im breitesten internationalen Rahmen eine Tatsache geworden, die fortwährend zu größten weltpolitischen Kämpfen der imperialistischen Weltmächte untereinander, sowie aller kapitalistischen Mächte gegen das Kraftzentrum der Weltrevolution, gegen Sowjetrußland, führt. Der Krieg Polens und Wrangels gegen Sowjetrußland, die diplomatischen Intrigen Frankreichs und Englands zur Bildung einer konterrevolutionären Front von Bayern, Horthy-Ungarn, Tschechoslowakei, Deutschösterreich und Rumänien, das Bündnis mit Ludendorff, Horthy, Kramarsch, Averescu und der österreichischen Christlichsozialen zur Niederwerfung Sowjetrußlands und zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung in den eigenen Ländern ist ein politischer Machtkampf der Bourgeoisie gegen das Proletariat im Weltmaßstab. Die Vernichtung Sowjetrußlands würde die größte Niederlage des Proletariats jedes Landes bedeuten, weil die Arbeiter- und Bauernmacht in Räterußland die größte Macht, die einzige als Staatsmacht organisierte proletarische Kraft in der ganzen Welt darstellt.

Der Kampf gegen Räterußland ist also ein Kampf gegen uns selbst, gegen unsere Macht, ist ein Kampf um die proletarische Macht im Weltmaßstab.

VIII.

Der Kampf des Proletariats, der beginnt als Kampf um die nackte Selbsterhaltung des Proletariats und anfangs schwächlich, voller Halbheiten und zersplittert ist, kann nur enden mit der Beseitigung der kapitalistischen Staatsmacht, mit der Machtergreifung des Proletariats und Verwirklichung der Diktatur des Proletariats zur Befreiung von allen Nöten, die die Arbeiterklasse in diesen Kampf zwingen.

Die Diktatur des Proletariats ist notwendig zur Vernichtung all der Widerstände, die das Proletariat hemmen, die Wirtschaft neu aufzubauen im Sinne des Kommunismus, im Interesse der gesamten besitzlosen Klasse, im Interesse der Menschheit überhaupt.

Indem das Proletariat sich befreit von der Beherrschung durch die kapitalistische Staatsmacht und von der kapitalistischen Ausbeutung, hebt es jede Herrschaft, jede Ausbeutung endgültig auf. Die Periode der Diktatur des Proletariats kann nur solange anhalten, als die Versuche, die kapitalistische Herrschaft neu zu errichten, andauern. Kein Mensch weiß heute, wie lange diese Periode dauern wird, jeder Einsichtige begreift jedoch immer mehr, daß dies das einzigste Mittel ist, aus dem Niederbruch des Krieges herauszukommen.

Der ökonomische Kampf wird geführt durch die Gewerkschaften und die Betriebsräte. Die Kommunistische Partei hat die Aufgabe, der unter den hundertfältigen Formen dieser Nöte leidenden Arbeiterschaft den Weg zur Befreiung zu zeigen.

Solange diese Kräfte nicht ausreichen, den Kampf um die Eroberung der Macht aufzunehmen, genügen zu ihrer Führung die Betriebsräte, weil diese Kämpfe in dem ersten Stadium vorwiegend ökonomischer Natur sind.

Je mehr jedoch diese Teilkämpfe an den Gegenwirkungen der kapitalistischen Staatsmacht scheitern und dadurch in der Arbeiterschaft der ernste Wille erwacht, den Kampf um die politische Macht aufzunehmen, je mehr vor allem der Klassenkampf zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie entbrennt, und das

oder die Kraftzentren des Proletariats aus der Verteidigung zum Angriff übergehen, ist es an der Zeit, durch die Wahl von politischen Arbeiterräten die revolutionär um die politische Macht kämpfenden Arbeitermassen zu sammeln und zum Sturm auf die kapitalistische Staatsmacht anzusetzen.

Die politischen Arbeiterräte können ihre Kraft nur entfalten, wenn hinter ihnen stehen die wirklich revolutionär handelnden Arbeiter. Das beweist die Geschichte der politischen Arbeiterräte in Rußland und Deutschland. In der Zwischenzeit ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei, den Zweck, die Aufgaben und die Bedeutung der politischen Räte zu propagieren.

Die Aufgaben der Betriebsräte.

Die Betriebsräte entstanden nach Zusammenbruch des Krieges 1918 in unmittelbarer Anknüpfung an die Vertrauensmänner-Körperschaft der Gewerkschaften. Sie benützten die in der Verwirrung des Zusammenbruchs erlangte Erweiterung der formalen politischen Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse zur Erreichung größerer wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit in den Betrieben. Mit dem Sieg der Konterrevolution wurde auch der Einfluß der „wilden" Betriebsräte wieder zurückgedrängt. Die Gewerkschaftsbürokratie verwandelte sie im Bunde mit der siegreichen Konterrevolution in Organe der Arbeitsgemeinschaft. Das Betriebsrätegesetz weist ihnen die Aufgabe des Antreibers und Wachhundes für das kapitalistische Unternehmertum zu. Die Betriebsräte müssen aber Organe der sozialen Revolution werden. Sie müssen im Kampf um den kommunistischen Aufbau die Aufgabe des Pioniers übernehmen. Die Betriebsräte haben die Aufgabe, den Kampf um die Kontrolle der Produktion zu organisieren und zu leiten. Das kann nur durchgeführt werden in enger Verbindung mit den Gewerkschaften und Genossenschaften, setzt jedoch die schärfste Ablehnung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft, der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, wie ihn die Gewerkschaftsbürokratie bislang vertritt, voraus. Für die Durchführung der Kontrolle der Produktion sind folgende Aktionen sofort erforderlich:

1.

Allgemeine und vollständige Inventuraufnahme, Feststellung und Erfassung aller Rohstoffe, Hilfsstoffe und Produktionsmöglichkeiten.

a) Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.
b) Unterstützung der Arbeitslosen zum vollen Lohnsatz der Arbeitenden auf Kosten der Unternehmer. Die Betriebsräte haben die Besteuerung der Unternehmer ihrer Industriegruppe zur Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel zu organisieren.
c) Die Konsumenten-Organisationen haben den Bedarf der arbeitenden Massen festzustellen und mit den Betriebsräten die Lieferung und Versorgung durchzuführen.

2.

Organisation der Kohlenverteilung
zum Aufbau der zerstörten Wirtschaft, zur Sicherstellung der Existenz der Arbeiterklasse. (Fabriken und proletarische Haushalte.)

a) Zur Lebensmittelversorgung.
b) Zur Produktion der Bedarfsgegenstände, an denen die arbeitenden Massen Mangel leiden.
c) Zur Lösung der Wohnungsnot der besitzlosen Bevölkerung (Baumaterialienproduktion, Wohnungsbau, Reparaturen).

3.

Einstellung aller unproduktiven Arbeit:
a) Ausschaltung der Waffen- und Munitionsproduktion,
b) der Luxusproduktion.

4.

Transportkontrolle:
Verhinderung der Belastung des Transports zu unproduktiven Zwecken.
a) Waffen, Munition und Soldaten.
b) Verhinderung der Kapitalausfuhr und Ausfuhr abgebrochener Produktionsmittel.
c) Verschiebung von Nahrungsmitteln ins Ausland und zu Spekulationszwecken.

Aufstellung eines Transportkalenders zur vorzugsweisen Beförderung folgender Güter:
a) Lebensmittel zur Massenversorgung.
b) Kohle und andere Roh- und Hilfsstoffe für die Produktion.
c) Beförderung der arbeitenden Bevölkerung.

5.

Ein- und Ausfuhrkontrolle:
a) Einfuhr von unentbehrlichen Produkten zur Erhaltung der arbeitenden Bevölkerung und Aufrechterhaltung der Produktion.
b) Verhinderung der Luxuseinfuhr.
c) Verhinderung der Verschiebung von Lebensmitteln, Kapital und Produktionsmitteln.

6.

Finanzkontrolle:
a) Feststellung des Geldkapitals der Unternehmungen. Ueberwachung des Bankverkehrs, Verhinderung der Geldschiebungen und Spekulationen.
b) Kontrolle der Banken und der Börsentätigkeit.

7.

Kontrolle der Lebensmittelbeschaffung und -verteilung:
a) Unmittelbare Verbindung der Kleinbauern und Landarbeiter mit den Betriebsräten der Industrie, des Handels und Verkehrs zur wechselseitigen Versorgung mit Erzeugnissen der Landwirtschaft und der Industrie.
b) Betriebsräte, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften einerseits, die Gutsräte der Landarbeiter und Kleinbauernkomitees andererseits bilden gemeinsame Kommissionen, die regeln und kontrollieren:

1. die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse,
2. die Preise der industriellen Erzeugnisse und Handelswaren, deren die ländliche proletarische und kleinbäuerliche Bevölkerung bedarf gemeinsam festsetzen,
3. die wechselseitige Belieferung der Arbeiter und Angestellten mit Lebensmitteln, der Landarbeiter und Kleinbauern, Tagelöhner, Händler usw. mit Kleidung, Schuhwerk, Hausgerät, Kolonialwaren, Ackergerät, landwirtschaftlichen Maschinen, mineralischem und anderem Kunstdünger, Futtermitteln usw.

8.

Aufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen mit Sowjetrußland.

a) Herbeischaffung von Aufträgen.
b) Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln.
c) Austausch von Arbeitskräften.

Alle diese Aufgaben sprengen das Betriebsrätegesetz und sind keine neuen Aufgaben der Gewerkschafts-Statistik, sondern sind nur durchzuführen im lebendigen revolutionären Kampf um die Erweiterung der Macht der Betriebsräte. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion muß einmünden in den Kampf um die Eroberung der politischen Macht durch die arbeitenden Massen, in die Leitung der Produktion durch das Proletariat, zu der die Organe des proletarischen Staates, die politischen Arbeiterräte, Bezirks-, Industriegruppen- und Wirtschaftsräte mit den Betriebsräten zusammenwirken.

Zur Organisation der Betriebsräte.

Die Betriebsräte haben die Aufgabe, die Kräfte des gesamten Proletariats zum Kampf um die Kontrolle und Uebernahme der Produktion zu organisieren. Diesem Zweck muß die Organisationsform angepaßt sein. Der Kapitalismus übt seine Herrschaft doppelt aus: Er unterwirft sich die Menschen durch sein Besitzmonopol über die Produktionsmittel, macht sie in ihrer Existenz von sich abhängig und unterwirft sie so seiner Ausbeutung. Das Kapital beherrscht kraft seiner Macht über den Produtionsprozeß auch die Staatsorganisation, ganz gleich, welche Staatsform, Monarchie oder bürgerlich-demokratische Republik, besteht. Er regiert entweder selbst oder unterwirft jede Regierung seiner Macht, indem er sie in Abhängigkeit zu sich bringt, und zwar solange sein Besitzmonopol über die Produktionsmittel bestehen bleibt.

Die Betriebsräte führen den Kampf gegen die ökonomische Macht der Bourgeoisie, weil sie heute zum völligen Verfall der Wirtschaft, Abbruch der Produktionsmittel, Massenarbeitslosigkeit und Massenelend führt. Aufgabe der Betriebsräte ist es, die sachkundige einheitliche Leitung zum Kampf gegen die Zerstörung der Wirtschaft durch die kapitalistische Herrschaft zu führen. Die Organisationsform der Betriebsräte muß deshalb die größte Beweglichkeit und Anpassung aufweisen.

Die in dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes und der Afa übernommene Gliederung und Zusammenfassung der Betriebsräte in Industriegruppen, Wirtschaftsbezirke und Reichszentrale muß beibehalten werden. Die Bevormundung der Betriebsräte durch die Gewerkschaftsbürokratie, die die Betriebsrätezentrale dem Gewerkschaftsbund und der Afa übertragen will, die in den Unterbezirken die Betriebsräte durch die Gewerkschaftsbürokratie majorisiert, muß unter allen Umständen abgelehnt werden.

Die Beschränkung in der Zusammenfassung auf die freigewerkschaftlichen Betriebsräte ist ebenfalls nur der Ausfluß des Versuchs der Gewerkschaftsbürokratie, die Betriebsräte zu Organen der Arbeitsgemeinschaft zu machen und, wie das Betriebsrätegesetz es will, zu Organen der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft und Besitzverhältnisse herabzuwürdigen. Da die Betriebsräte Organe des revolutionären Kampfes sein müssen, gilt es, alle Betriebsräte zu diesem Kampf zusammenzufassen, unabhängig von ihrer politischen oder gewerkschaftlichen Zugehörigkeit. Eine Verschmelzung der Betriebsräte und Gewerkschaften scheitert gegenwärtig noch an der Zersplitterung der Gewerkschaften in 54 Berufsverbände. Erst wenn die Arbeiter ihren Zunfts- und Berufsdünkel überwunden und ihre Berufsverbände zu mächtigen Industrieverbänden umgeschaffen haben, die auf den Betrieben aufgebaut sind, ist die organisatorische Vorbedingung für die Vereinigung von Gewerkschaften und Betriebsräten gegeben.

Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften die revolutionären (!) Tendenzen ihrer Bürokratie überwinden, wie sie bewußt zu Organen der Revolution werden, können die Betriebsräte und Gewerkschaften zusammen verschmelzen. Heute muß neben der Zusammenfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften zur Erledigung der gewerkschaftlichen Funktionen die selbständige Zusammenfassung der Betriebsräte durchgeführt werden.

Die Finanzierung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften ist wegen ihrer notwendigen engen Zusammenarbeit anzustreben. In den Fällen, wo wegen der arbeitsgemeinschaftlichen Politik der ausschlaggebenden Gewerkschaftsbürokratie die Betriebsräte gehindert werden, ihre revolutionären Aufgaben zu erfüllen, müssen jedoch die Betriebsräte zur selbständigen Finanzierung übergehen. Im gesteigerten revolutionären Kampf wird es Aufgabe der Betriebsräte sein, dem kapitalistischen Unternehmertum die Kosten aufzubürden.

Auch die Organisationsform der Betriebsräte ist keine Organisationsschematik, sondern ein lebendiger Kampf um Inhalt und Aufgaben der Betriebsräte und Gewerkschaften. In dem Umfange, in dem es gelingen wird, die Gewerkschaften zu revolutionieren und von dem Geist der Harmonieduselei zwischen Kapital und Arbeit, wie er heute noch in der Gewerkschaftsbürokratie vorherrscht, freizumachen, nur in diesem Umfange wird es möglich sein, den Betriebsräten und Gewerkschaften die Organisationsform zu geben, mit der sie imstande sind, ihre historische Aufgabe zu erfüllen. Der lebendige Kampf um die Befreiung der notleidenden Arbeiterklasse drückt sich auch aus in dem Kampf um die Organisationsform der Betriebsräte und Gewerkschaften.

Für den Inhalt verantwortlich: Georg Schumann, Leipzig. — Druck: Neustädtische Vereinsdruckerei.